Sozialappell an die Bundesregierung Seite 5

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 22 vom 4. Juni 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



In Peine machten Stahlkocher Dampf, **als am 25. Mai die Aktionärsversammlung und anschließend auch noch der Aufsichtsrat des Stahlkonzerns Peine-Salzgitter (P+S) tagte. Die Belegschaft legte die Arbeit nieder und zog aus dem Werk, um vor dem Tagungsort der Aktionäre gegen die Absicht der Konzernherren zu protestieren, den Stahlstandort Peine scheibchenweise zu demontieren. Dies war innerhalb von wenigen Wochen bereits der zweite Proteststreik gegen die Arbeitsplatzvernichtung im P + S-Werk in Peine. Diesmal wurde die Belegschaft auch von solidarischen Peiner Bürgern aktiv unterstützt. Rund 4000 Menschen beteiligten sich an der Protestaktion (ausführlicher Bericht auf Seite 3).**

BRD raus aus der NATO!

Heißer Empfang für Reagan

Nur noch wenige Tage, dann beginnt die Tagung des Nordatlantischen Kriegsbündnisses in Bonn. Nur wenige Tage noch, dann wird das Oberhaupt des US-Imperialismus, Ronald Reagan, die Bundeshauptstadt besuchen und auf Einladung aller Bonner Parteien vor dem Bundestag die Werbetrommel für die US-Rüstungsstrategie und die stramme Gefolgschaft der gesamten NATO rühren.

Reagan wird ein heißer Empfang zuteil werden. Am 10. Juni in Bonn, am 11. Juni in Westberlin, bereits am 5. Juni in Hamburg werden weit über 100000 Menschen auf die Straße gehen, gegen die Kriegspolitik, für die Erhaltung des Friedens.

Wie von der US-Regie geplant, kommt Reagan mit dem Mantel des verhandlungswilligen, friedensbereiten Politikers nach Bonn. Er wird sicher mächtig herausstreichen, welch ein Erfolg die START-Verhandlungen seien, die tatsächlich nach Zustimmung der UdSSR am 29. Juni in Genf beginnen sollen. Eine neue Verhandlungsrunde, mit der der Friedenskampf in die Irre geleitet werden soll, während deren Verlauf beide Seiten munter weiter aufrüsten werden.

Dennoch bleibt Reagan in den Augen der allermeisten Rüstungs- und Kriegsgegner die Symbolfigur des skrupellosen Imperialisten. Und dementsprechend wird er von diesen Kräften empfangen werden. Wir von der KPD werden unser Teil dazu beitragen.

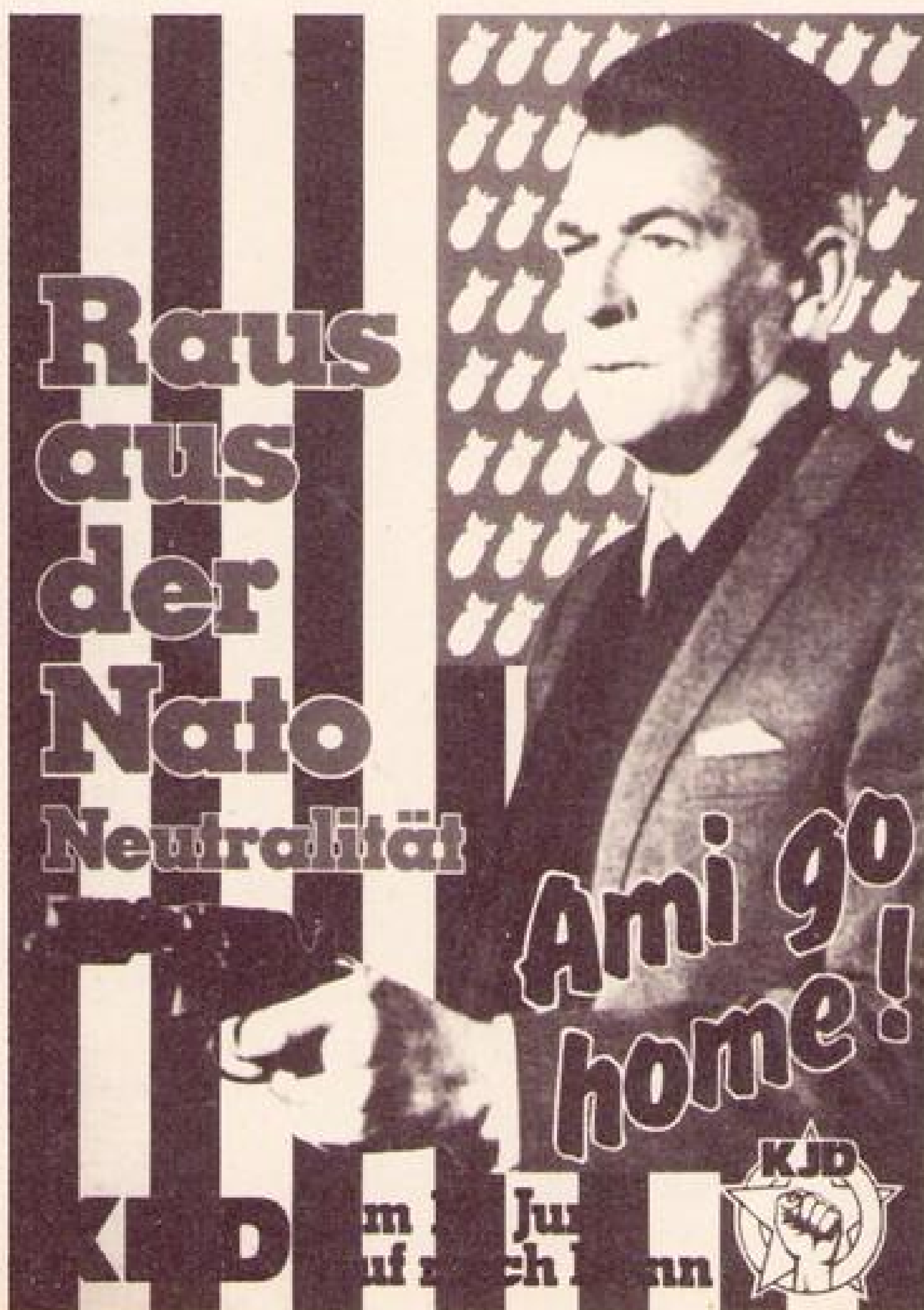
Am 5. Juni wird es in Hamburg eine große Anti-Reagan-Demonstration geben. Denn die Hamburger, für die der 10.6. kein Feiertag ist, können nicht mit allen Kräften nach Bonn kommen. Die Aktion beginnt um 11.00 Uhr an der Moorweide.

Am 10. Juni in Bonn wird sich die KPD auf den einzigen Zug konzentrieren, der auch durch die Innenstadt geht: Sammelplatz zwischen 11.00 und 12.00 Uhr Hauptbahnhof/Thomas-Mann-Straße. Wir rufen alle Freunde der KPD auf, sich dort zu sammeln, auch wenn sie mit Zügen oder Bussen direkt in Beuel ankommen. Der Weg zum Hauptbahnhof ist ja nicht weit. Hier werden sich auch die Kräfte sammeln, die ursprünglich den im Verhältnis zum offiziellen Aufruf politisch weitaus besseren Göttinger Aufruf unterstützt hatten. Es ist somit zu erwarten, daß dieser Zug die klarste politische Stoßrichtung haben wird.

Die KPD tritt dafür ein und wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür sorgen, daß Parolen das Bild der Demonstration bestimmen, die klar Stellung nehmen gegen den Kriegskurs der USA, gegen die kriegstreiberische Politik der Bundesregierung, gegen die NATO und für den Austritt der Bundesrepublik aus diesem Kriegspakt. Auch gegen die Bonner Unterstützung für die britische Kriegspolitik im Südatlantik werden wir die Bonner Unterstützung für die britische Kriegspolitik im Südatlantik werden wir demonstrieren.

In Westberlin unterstützt die KPD die Demonstration und verschiedene Aktionen am 11. Juni.

Bundesweite Demonstration in Bonn
10. Juni
Aufstellung ab 11 Uhr
Hauptbahnhof/Thomas-Mann-Straße.



Lohnrunden Bekleidung und Chemie: Unternehmerprovokationen

Urabstimmung, die einzig richtige Antwort!

DÜSSELDORF. — Zu immer dreisterem Vorpreschen reizt die Gewerkschaftsführung durch ihre Kapitulationspolitik die Unternehmer. Die Chemie-Kapitalisten erklärten die Tarifverhandlungen im Bezirk Hessen für gescheitert. Der Grund: Die Gewerkschaft weigerte sich, auf das Hohnangebot von 3,8 Prozent einzugehen. Bei Bekleidung wollen die Unternehmer den Beschäftigten gar eine fünfmonatige Lohnpause aufzwingen.

In der hessischen Chemie-Industrie wird es zu einer Schlichtung kommen. Das dort gültige Schlichtungsabkommen beinhaltet den Einlassungszwang für beide Parteien, wenn eine Seite die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Kommt kein Schlichtungsspruch zustande, erlischt die Friedenspflicht. Dies gilt auch für den Fall, daß erneut Verhandlungen aufgenommen werden.

Letzteres wäre jedoch vom gewerkschaftlichen Standpunkt ein Unding! Angesichts der Tatsache, daß die Chemie-Kapitalisten eine außergewöhnlich günstige Konjunktur und enorme Profitspannen verzeichnen, ist ihr extrem scharfes Vorgehen bei den Tarifverhandlungen der Versuch, die Gewerkschaft regelrecht zu demütigen.

Noch unverschämter gehen die Kapitalisten der Bekleidungsindustrie zur Sache. Seit Mai herrscht in diesem Industriezweig tarifloser Zustand. Die Kapitalisten wollen den rund 230000 Beschäftigten einen fünfmonatigen Lohnstopp und einen Niedrigabschluß von nur 3 Prozent ab 1. Oktober '82 aufzwingen. Umgerechnet auf zwölf Monate wären dies ganze 1,75 Prozent!

Daß IG-Textil-Boß Keller bislang nicht die Urabstimmung eingeleitet hat, ist angesichts des brutalen Unternehmerverhaltens ein Skandal! Die Kampfbereitschaft in den Betrieben wäre stark genug. Warnstreiks am 18. und 24. Mai in insgesamt 70 Betrieben in Süddeutschland, an denen rund 10000 Beschäftigte beteiligt waren, beweisen es.

Diese Woche

Gesamtschule

Bei dem sogenannten Kompromiß der Länderregierungen übe. die Gesamtschule hat die CDU/CSU ihre reaktionären Ziele weitgehend durchgesetzt. Seite 2.

Atomkraftwerke

Nach dem Schnellen Brüter rückt jetzt zunehmend auch der Hochtemperaturreaktor (HTR) in die öffentliche Diskussion: Die Kosten steigen ins Gigantische — und zahlen müssen die Werktätigen. Seite 2.

DGB-Aufsichtsräte

Eine ganze Reihe von DGB-Bonzen hat Einkünfte aus Posten in Aufsichtsräten oder Vorständen von Unternehmen nicht satzungsgemäß abgeführt, sondern in die eigene Tasche gesteckt. Seite 3.

Arbeitsplatzvernichtung

Mit Proteststreiks haben die Kollegen aus dem Gabelstapler-Betrieb Still in Hamburg auf die geplante Vernichtung von Arbeitsplätzen reagiert. Seite 4.

Anti-Reagan-Demo

Mit Polizeigewalt geht der Westberliner Senat gegen die Propaganda für die Demonstration vor, die anläßlich des Reagan-Besuchs in Westberlin vorbereitet wird. Seite 6.

Ausländerfeindlichkeit

Mitglieder der NPD-gesteuerten Hamburger „Liste für Ausländerbegrenzung" gingen mit brutalem Terror gegen einen gelähmten Engländer vor. Seite 7.

Blut an Thatchers Händen

Britische Kommunisten im Kampf gegen Kriegspolitik

LONDON/BUENOS AIRES. — Der Krieg um die Falkland/Malvinen-Inseln vor der argentinischen Küste wird immer blutiger. Fast tausend junge Menschen haben dabei schon ihr Leben verloren. Verloren im Streit zweier reaktionärer Regierungen um ein Gebiet, das Ansprüche auf die Antarktis eröffnet und strategisch zentral liegt. Der Krieg scheidet die politischen Fronten. Am deutlichsten äußerte sich der US-General Rogers, Europachef der NATO: Der Krieg zeige eben, daß Prinzipien verteidigt werden müßten.

Nach längerem Schwanken haben sich also die USA wohl endgültig auf die britische Seite geschlagen, weil sie meinen, so ihre eigenen imperialistischen Interessen in Lateinamerika am besten verteidigen zu können. Das dabei verteidigte Prinzip heißt, daß die imperialistischen Mächte ein Recht auf von ihnen eroberte Gebiete haben.

Deswegen auch die nach wie vor ungebrochene Solidarität der anderen westeuropäischen imperialistischen Staaten, die trotz aller Wendungen Thatcher die Stange halten.

Die Forderung nach einem sofortigen Rückzug der britischen Truppen und nach einem sofortigen Ende der Solidarisierung mit Großbritannien werden dabei vor allem von jenen politischen Kräften vertreten, die die Ursache des Krieges in der Politik der herrschenden kapitalistischen Klasse erkennen. Bei verschiedenen Protestdemonstrationen in englischen Städten waren deshalb die Blöcke der Revolutionären Kommunistischen Partei Britanniens (M-L) auffallend groß. Unsere britische Bruderpartei führt von Beginn an einen entschiedenen Kampf gegen die Kriegstreiberei Thatchers und stellt sich der organisierten Hetze mutig entgegen.



Der Block des Kommunistischen Jugendverbandes Britanniens auf der Londoner Antikriegsdemonstration am 16. Mai

Kommentar der Woche

„Bundestag gibt Weg zu Mieterhöhungen frei" — unter solchen und ähnlichen Überschriften standen in der letzten Woche die Berichte der bürgerlichen Presse über die Beschlüsse, die im Parlament zur Änderung des Mietrechts gefaßt wurden.

Der Inhalt dieser Beschlüsse rechtfertigt eine solche Berichterstattung denn auch voll und ganz. Der Mietspiegel wird so verändert, daß in den nächsten drei Jahren eine Mieterhöhung bis zu 30 Prozent ermöglicht wird. Diese Mieterhöhungen sind wesentlich kurzfristiger als bisher und ohne besondere Begründung möglich. Und für Neubauwohnungen kann schon bei Vertragsabschluß der Vermieter für die nächsten zehn Jahre die kontinuierliche Erhöhung diktieren.

Damit werden all jene Vorschriften des Mieterschutzes,die in der ersten, der sogenannten „Reformphase" der sozialliberalen Koalition eingeführt wurden, entweder wieder abgeschafft oder wesentlich ausgehöhlt.

Damit wird ein Großteil der Forderungen, die von den Organisationen der Hausbesitzer und der Bauwirtschaft seit fast zwei Jahren erhoben werden,erfüllt. Das heißt: Erhoben wurden diese Forderungen, seitdem die Verbesserungen im Mieterschutz eingeführt worden waren, aber massiv wurde die Kampagne erst mit der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise geführt.

Mietrecht — Bonner Spiegelbild

Die Entwicklung, die zu diesem praktisch neuen Mietrecht führte, ist ein Abbild der Verhältnisse in der Bundesrepublik, ein formgerechter Ausschnitt unserer Wirklichkeit. Was man leicht nachweisen kann.

Verabschiedet wurden die Änderungen mit den Stimmen der Koalitionsparteien. Dabei war ohne Zweifel die FDP die treibende Kraft. Vor allem jene Parteikreise um den adligen Wirtschaftsminister, die als Interessenvertreter der Versicherungswirtschaft arbeiten, haben sich dabei hervorgetan. Und diese Versicherungen gehören schließlich zu den größten Hausbesitzern in der Bundesrepublik.

Die SPD gibt sich wieder einmal gezwungen — Bauminister Haack sprach, einmal mehr von einem notwendigen Kompromiß, der bei einer SPD-Alleinregierung natürlich nicht zustande gekommen wäre. Wie wenig glaubhaft solche Beteuerungen sind, das zeigt nicht allein die Politik in jenen Bundesländern, wo es eine SPD-Regierung ohne die FDP gibt. Unglaubwürdig sind solche Schutzbehauptungen auch aufgrund der gesamten Haltung der SPD zur kapitalistischen Wirtschaft. Denn solange die Wohnungen der Menschen ein Objekt der Profitwirtschaft bleiben, solange muß eben auch die Rendite stimmen, sonst wird anderswo investiert, wo das angelegte Kapital mehr einbringt. Und hier hat die SPD klar Stellung bezogen: mehr Wohnungen durch verstärkten privaten Wohnungsbau. Also auch hier: Investitionsanreize. Wie in der Industrie. Und der wichtigste Investitionsanreiz beim kapitalistischen Wohnungsbau, der heißt eben: hohe Mieten.

Die CDU/CSU hat dagegen gestimmt. Aber nicht etwa, weil sie für die Mieter ist. Sondern weil ihr das alles noch nicht weit genug geht. Noch mehr Mieterhöhung — das ist die Losung der Bonner Opposition. Und dies wird im Fall der neuen Mietrechtsvorschriften sogar — ausnahmsweise — ganz offen gesagt.

Und die IG Bau Steine Erden spricht sich dafür aus — wenigstens ihre Führung tut dies. Denn so würden Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gesichert. Auch hier also einmal mehr das Argument mit den Arbeitsplätzen,um unsoziale Maßnahmen zu begründen. Dabei dürfte es bei einiger Überlegung kein Geheimnis sein, daß es gerade die Wirtschaftskrise, beziehungsweise ihre kapitalistische Beantwortung ist, die die Arbeitsplätze vernichtet. Die großen Monopole kaufen kleinere Betriebe auf und rationalisieren durch: Entlassungen. Öffentliche Bauaufträge werden weniger, außer vielleicht Raketenstellungen.

Berücksichtigt man dann noch die Tatsache, daß Politiker aller Parteien in großen Baugesellschaften tätig sind und daß es auch die Neue Heimat gibt, dann sieht man, außer der politischen Interessenvertretung, auch die persönlichen Gründe für diese Gegenreform.

Und so soll, und damit wird das Bonner Abbild vervollständigt, auch bei den Mieten nach Bonner Kalkül die Frage nur so stehen: Mieterhöhungen mit der SPD/FDP oder noch größere Mieterhöhungen mit der CDU/CSU. Aus diesem Teufelskreis, den die Kapitalisten und ihre Parteien vor den westdeutschen Werktätigen aufgerichtet haben, kann man nur mit echten wirtschaftspolitischen Alternativen ausbrechen, wie sie in der wirtschaftspolitischen Erklärung der KPD „Die Reichen sollen die Krise bezahlen" dargestellt sind.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Schnelles Abkommen nach erneutem CSU-Vorstoß

Gesamtschule wird weiter ausgehöhlt

Am Freitag der letzten Woche einigten sich die Kulturminister der Bundesländer auf einen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse. Legt kein Bundesland Widerspruch ein, so tritt dieser Vertrag am 25. Juni in Kraft. Noch zwei Tage zuvor hatten die CDU/CSU-Fraktionschefs in den Landtagen auf Betreiben der CSU-Landtagsfraktion in München einen erneuten Vorstoß gegen die Gesamtschule geführt.

Mit diesem Vertrag seien die Positionen der CDU und CSU zur Geltung gekommen, meinten nach Abschluß eben diese Vorsitzenden der verschiedenen Landtagsfraktionen von CDU und CSU. Und in der Tat haben sie Recht, trotz gegenteiliger Beteuerungen der SPD-Minister. Wesentlichster Inhalt des Abkommens ist es, daß in den Gesamtschulen eine weitere Leistungsdifferenzierung eingeführt werden muß, um den dortigen Schulabschluß gleichberechtigt neben den Gymnasialabschluß stellen zu können. Bestätigt wird in diesem Vertrag auch, daß die Noten um die Oberstufe der Schulen besuchen zu können, in den Gesamtschulen wesentlich besser sein müssen als an den Gymnasien. Mit einem Wort: Das Gymnasium bleibt die von der CDU gewünschte Eliteschule, die Gesamtschule ist zu einer Zweitklassigkeit verurteilt.

Damit hat ohne Zweifel die konservative Opposition gegen eine Schulreform einen wichtigen Erfolg errungen. Diese Opposition, die von den Unions-Parteien politisch vertreten wurde, bestand vor allem aus den rechtesten Kreisen der katholischen Kirche und den verschiedenen Unternehmerverbänden. Wobei oftmals das bürokratische, halbherzige Vorgehen von SPD-Schulverwaltungen es dieser Opposition ermöglichte, breitere Teile der Bevölkerung, vor allem aus kleinbürgerlichen Kreisen, gegen die Schulreform zu mobilisieren.

Aber nicht nur bürokratisches Vorgehen der SPD hat der Gesamtschule geschadet. Vor allem waren dies die Abstriche, die von Beginn an an dem ursprünglichen Konzept gemacht wurden, die mit Geldmangel und dem konservativen Widerstand begründet wurden. Anders gesagt: Man wollte es sich mit den Unternehmerverbänden nicht verderben. Und dies gilt heute um so mehr, da von den Zentralen des organisierten Kapitals eine Wende in der Schulpolitik gefordert wird. Unter Stichpunkten wie Eliteförderung, zu viele Abiturienten und Studenten wird eine solche reaktionäre Kampagne in den letzten beiden Jahren verstärkt geführt.

Und wo früher Geldmangel angeführt wurde, um bestimmte Projekte von vornherein zu unterbinden, da ist es heute die Rotstiftpolitik, die auf das — wenige — erreichte in der Schulreform einwirkt. Die SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen sah sich nicht umsonst im letzten Monat dem Widerstand von Zehntausenden Eltern, Schülern und Lehrern gegenüber, die dagegen protestierten, daß mit dem Rotstift der Gesamtschule faktisch ein Ende durch die SPD beschert wird.

Die Einführung der Gesamtschule, daran sei in diesem Zusammenhang erinnert, war einmal einer der großen Schlager der SPD-Wahlversprechungen. Dort sollte die Chancengleichheit für die Arbeiterkinder hergestellt werden, ein gesundes und freies Lernen ermöglicht und alles was man sich vorstellt, wenn man von guten Schulen spricht. Natürlich war diese SPD-Propaganda von jeher sehr fragwürdig. Denn in der politischen Propaganda dieser Partei war die Gesamtschule ein entscheidender Schritt zur Beseitigung der Klassengesellschaft, bzw. der Benachteiligung der Werktätigen. Dies konnte so eine Schulreform aber gar nicht leisten, denn ein gleicher Schulabschluß ersetzt weder Vermögen noch Beziehungen. Aber es war ein Schritt in die richtige Richtung, der deshalb auch von allen fortschrittlichen Kräften unterstützt wurde und auch gegen seine inhaltliche Veränderung durch die SPD selbst verteidigt wurde.

Heute aber steht die SPD da — obwohl sehr viele Parteimitglieder und Wähler diese Schulreform nach wie vor wünschen — auf der anderen Seite. NRW-Kultusminister Girgensohn jedenfalls ließ schon mal vorsorglich all jene, die an den Protestdemonstrationen gegen die Kürzungen in Düsseldorf und Köln teilnahmen, notieren. Den Gegnern der Gesamtschule in NRW war so etwas nicht passiert — wofür auch niemand plädiert.

Aber die Verteidigung der Schulreform oder gar die Forderung nach ihrer weiteren Fortsetzung, wie sie auch die KPD in ihrem Aktionsprogramm fordert, die müssen offensichtlich die Betroffenen selbst in die Hand nehmen.



Im Mai fanden in Nordrhein-Westfalen mehrere Demonstrationen zur Verteidigung der Gesamtschulen statt.

Eine „Dortmunder Einheitsfront" entstand über Nacht

Hammer Reaktor soll von der Bevölkerung bezahlt werden

Bonns Forschungsminister von Bülow hat sich unbeliebt gemacht. Zumindest in Dortmund. Von da kam der lauteste Protest gegen die Absicht, aus Geldmangel den Hochtemperaturreaktor (HTR) in Hamm nicht weiter zu bauen. Bülow meinte, der Bund könne nur entweder diesen HTR oder den Schnellen Brüter von Kalkar bezahlen aber niemals beides. Dagegen sprachen sich nun an einem Tag der Dortmunder Oberbürgermeister Samtlebe (SPD), der Dortmunder CDU-Bundestagsabgeordnete Gerstein und der Vorsitzende der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) Knizia aus.

Samtlebe kündigte eine massive Beschwerde bei Helmut Schmidt an und meinte der Presse gegenüber, Bülow sei für diese Entscheidung drei Nummern zu klein. Gerstein meinte, so gäbe es in Westfalen 6000 neue Arbeitslose. Und Knizia sah gar die totale Katastrophe für die deutsche Forschung.

So einen massiven Einsatz, den sich mancher in Dortmund zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei Hoesch gewünscht hätte, sah man tatsächlich noch selten. Und in der Tat: Es geht um große Interessen. Und zwar um die der Elektrizitätswirtschaft und der Kraftwerksbauer.

Man muß sich dabei vor Augen halten, daß der Reaktorbau und die Entwicklung sogenannter „Linien" (also Typen) in den letzten zwei Jahrzehnten für die Kapitalisten die Quelle von märchenhaften Profiten war, nicht zuletzt aus den von Bonn eingetriebenen Steuergeldern bezahlt. Nun wollte man in Bonn auch an diesen Zuschüssen, die bis zu 90 Prozent der Rechnungen ausmachen, etwas sparen. Bei Kalkar sollten die Unternehmen ein bißchen mehr beisteuern und in Hamm auch. Das wiederum fanden die Unternehmer eine Majestätsbeleidigung, denn wie kann man ihnen zumuten, solche Investitionen etwa selbst zu machen, wo bleibt da der staatliche Selbstbedienungsladen?

Also entschied man sich in Bonn dafür, den armen Unternehmern den Schnellen Brüter zu bezahlen. Des einen Freud, des anderen Leid: Die in Hamm engagierten Unternehmen fanden dies nun gar nicht gut.

Aber die drei genannten Fürsprecher des Hammer HTR wissen einen Ausweg aus der Klemme. Wenn die Bundeskasse leer ist — wegen der vielen anderen Zuschüsse an Unternehmen — und sie selbst nicht zahlen wollen, dann bleibt immer noch eines über: die Bevölkerung muß selbst bezahlen. Einen Strompfennig (es können auch mehrere sein) schlug Herr Knizia als Lösung vor, und die beiden anderen Herren zeigten sich keineswegs abgeneigt.

Billigeren Strom durch AKWs zu versprechen ist in letzter Zeit, nachdem immer mehr praktische Erfahrungen vorliegen, ohnehin nicht mehr sehr glaubwürdig gewesen, also kann man doch gleich in die Vollen gehen.

Daß man den Strom in der Region braucht, wagt man angesichts der gegenwärtigen Auslastung der E-Werke aufgrund der wirtschaftlichen Lage auch nicht mehr zu behaupten. Also bleiben nur noch Forschung und Arbeitsplätze als Alibi. Also soll die Bevölkerung die sogenannte Forschung der Unternehmen bezahlen.

Diese Einheitsfront, die Bülow schlägt, meint damit also eben jene Bevölkerung, in deren Interesse man vorgibt sich zu ereifern. Denn die vielbeschworenen Arbeitsplätze ließen sich auch bei anderen — gestrichenen — Projekten erhalten bzw. schaffen.

Matthöfer will noch höhere Postgebühren

Als Hans Matthöfer vom Finanzministerium ins Postministerium wechselte,hieß es, er tue dies, um wegen seiner Gesundheit einen ruhigeren Posten zu übernehmen. Ganz so ruhig allerdings mag er es wohl nicht. Denn seine erste Handlung als Postminister, die Vorlage des Berichts für das Geschäftsjahr 1981, nutzte er, um die am 1. Juli in Kraft tretenden Preiserhöhungen als nicht ausreichend zu bezeichnen und weitere anzukündigen.

Die Post wird Ende dieses Jahres in drei Jahren 5,1 Milliarden Gewinn eingebracht haben. Davon hat sie dann mindestens eine halbe Milliarde an den Bundeshaushalt abgeführt und sich für weitere Investitionen mit rund zehn Milliarden Krediten verschuldet. Die Ursache für diese Entwicklung hat Matthöfer denn auch wahrhaft blitzschnell erkannt: Briefe und Pakete sind die Schuldigen, deshalb müssen sie in Zukunft ständig teurer werden.

Wie stets, wenn solche Einrichtungen wie Post oder auch Bahn oder auch die Krankenkassen Preise erhöhen, ist es der Verbraucher, der Schuld trägt, der Benutzer, kurz: die breite Masse der Bevölkerung. Und sie muß dann mehr bezahlen. Und wie stets wird dabei Verschiedenes in der Öffentlichkeit erst gar nicht genannt. Sondertarife für die Unternehmen in allen Bereichen, wie es sie auch bei der Strom- und Wasserversorgung gibt, ja gar Verbilligungen in solchen Bereichen, die nur von Unternehmen genutzt werden, wie bei der Post die Telexverbindungen.

Und ganz und gar stillschweigend wird darüber hinweggegangen, daß die großen Investitionen der Post vor allem den Elektrokonzernen zugute kommen, die der Post, wie in anderen Bereichen,in denen der Staat als Kunde auftritt auch, die Preise diktieren dürfen...

4000 demonstrierten in Peine gegen Arbeitsplatzvernichtung

Der Stahlstandort Peine muß gesichert werden!

PEINE. — Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen traten die Stahlwerker in Peine in einen Proteststreik, um sich gegen die geplante „scheibchenweise Demontage“ des Stahlstandortes Peine durch die Konzernbosse von Peine-Salzgitter (P + S) zu wehren. Diesmal hatten sie jedoch aktive Unterstützung: Fast 2000 Peiner Bürger beteiligten sich an der Protestdemonstration, zu der die IG Metall aufgerufen hatte.



Anlaß für die Aktion: Am gleichen Tag (Dienstag, 25. Mai) tagte in Peine die Hauptversammlung von P + S,und im Anschluß daran fand eine Aufsichtsratssitzung des Stahlkonzerns statt. Der Salzgitter-Konzern, zu dem P + S gehört, befindet sich im Besitz des Bundes. Die Bundesregierung ist daher letztlich der eigentliche Adressat des Protestes gegen die Rationalisierungspläne der P + S-Bosse.

Die demonstrierenden Stahlkocher und Peiner Bürger wollten natürlich den Aktionären, Aufsichtsräten und Konzernbossen von P + S ihre Empörung und Kampfbereitschaft über die geplante Arbeitsplatzvernichtung wirkungsvoll vor Augen führen. Gewisse Kräfte, wie etwa die Stadtherren von Peine, aber auch die Bonzen aus IGM-Ortsverwaltung und Betriebsratsspitze, die sich momentan als führender Teil der Protestbewegung ausgeben, wollten genau dies verhindern.

In der „Peiner Allgemeinen Zeitung“ wird folgendes berichtet:

„Sie (die Straße, zu der sich der Demonstrationszug hinbewegte — RM) führte direkt auf den Parkplatz vor dem P + S-Ausbildungszentum, indem die Aktionärsversammlung stattfand. Zunächst wurde versucht, den Zug nur bis auf die Mitte der Stahlwerkstraße zu lassen, um die P + S-Hauptversammlung nicht zu stören'. Der Hinweis eines Ordnungshüters, hier handele es sich um Privatgelände, verfing nicht. ,Was heißt hier Privatgelände? Ich arbeite doch bei P + S', meinte ein älterer Stahlarbeiter. Ganz kurz stoppte die Menschenmenge, weil das Fahrzeug mit der Mikrofonanlage den Verbindungsweg versperrte. Nach wiederholtem Rufen ,weitergehen, weitergehen', entstand ein Geschiebe und Gedränge. Wenig später waren die Demonstrierenden auf dem Parkplatz.“

Massive Abwiegeleien der IGM-Bonzen während dieser Aktion lösten unter den Stahlarbeitern großen Unmut aus. So auch die Art und Weise, wie der 1. Bevollmächtigte Paul Becker sich beeilte, die Kundgebung auf schnellstem Wege abzubrechen. In diesem Zusammenhang wurde dann unter den Kollegen der Ruf laut, dem oppositionellen Betriebsratsmitglied Jürgen Eggers, der wegen seiner Mitgliedschaft in der *Volksfront* aus der IGM ausgeschlossen ist, solle das Wort erteilt werden. (Siehe auch nebenstehende Arbeiterkorrespondenz).

Während der Kundgebung wurden dem Aufsichtsratsvorsitzenden von P + S, Ernst Pieper, 18000 Unterschriften übergeben, die für den lebensnotwendigen Bau einer kombinierten Draht- und Feinstraße im Peiner Stahlwerk gesammelt wurden (ohne den Bau dieser Anlage ist der „Tod auf Raten“ für den Stahlstandort Peine abzusehen).

Pieper weigerte sich, zu den Demonstranten zu sprechen. Er erschien nur kurz, um die Unterschriften entgegenzunehmen und verschwand dann sofort wieder. Durch den IGM-Bevollmächtigten Becker ließ er das Versprechen übermitteln, daß er sich für den Erhalt des Stahlstandortes Peine einsetzen würde.

Solchen Versprechungen ist natürlich nicht im geringsten zu trauen. Daß Pieper solche Zusicherungen macht, ist allerdings Ausdruck der Furcht, die die Herren in der Konzernspitze vor eventuellen weitergehenden Kampfmaßnahmen der Belegschaft haben.

Die Aktion vom 25. Mai hat immerhin sehr deutlich gezeigt, daß dazu die Bereitschaft bei den Stahlarbeitern in Peine durchaus vorhanden ist. Die Bonzen haben große Schwierigkeiten, den Kampf in den Grenzen relativ harmloser Protestäußerungen zu halten.



„Peine muß Stahlstadt bleiben.“ 4000 Stahlarbeiter und Peiner Bürger demonstrierten gegen die Rationalisierungspläne der Bosse von Peine/Salzgitter.

Arbeiterkorrespondenz aus Peine

Angst vor der Sprengung der Aktionärsversammlung

Bis zum letzten Tag verschwiegen die Verantwortlichen von IGM und Betriebsratsspitze, daß am 25. Mai überhaupt etwas laufen würde. Begründung: Würde zu früh etwas bekannt, dann könnte es passieren, daß die Aktionärsversammlung und die Aufsichtsratssitzung von Peine verlegt wird und damit sei der Aktion doch der Effekt weggenommen.

Trotz dieser Geheimdiplomatie, die wohl eher von der Furcht vor einer allzu starken Mobilisierung der Arbeiter inspiriert war, beteiligten sich rund 4000 Menschen (natürlich auch die Stahlarbeiter), an der Aktion. Von der KPD wurde einen Tag vorher ein Mobilisierungsflugblatt verteilt.

Um 11 Uhr versammelte sich alles auf dem Herner Platz vor Tor 5. Von da aus marschierten wir dann einige hundert Meter in Richtung Bildungszentrum, wo die Aktionärsversammlung stattfand. Die Stahlwerkstraße, die einzige Zufahrtsmöglichkeit, wollten die Bonzen blokkieren. Das klappte aber nicht. Wir sind einfach durchmarschiert bis auf den Parkplatz vor dem Bildungszentrum.

Auf den Platz unmittelbar vor dem Bildungszentrum aber wurden wir nicht vorgelassen. Er war abgeriegelt. Dann begann die Kundgebung. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall und der stellvertretende Bürgermeister von Peine sprachen. Ihre Reden überboten sich vor Langweiligkeit.

Die Gewerkschaftsjugend versuchte mit Zwischenrufen und Parolen Stimmung aufkommen zu lassen. Die kam dann auch ein wenig später!

Einige Kollegen gingen los, um den Salzgitter-Chef Ernst Pieper aus der Aktionärsversammlung herauszubitten. Sofort setzte sich ein Pulk in Bewegung, um dieses Ansinnen zu unterstützen. Jetzt brach bei den IGM-Bonzen die reine Panik aus. Von allen Seiten eilten Funktionäre herbei und wiegelten heftig ab. Sie hatten eine wohl nicht ganz unberechtigte Angst, daß die Aktionärsversammlung von empörten Stahlkochern gesprengt werden würde.

Pieper kam dann tatsächlich heraus und ließ sich die gesammelten Unterschriften überreichen. Er verschwand aber sofort wieder.

Die meisten Kollegen waren empört. Nun herrschte eine kämpferische Atmosphäre. Da ging der 1. IGM-Bevollmächtigte Paul Becker ans Mikrofon und sagte, Herr Pieper lasse durch seinen Mund übermitteln, daß er zu seinen Aussagen auf der Aktionärsversammlung stehe. Und zwar hatte Pieper dort behauptet, er würde nie seine Stimme dafür hergeben, den Standort Peine zu vernichten.

Anschließend faselte der IGM-Bevollmächtigte noch einiges von „Hoffen“ und von „Vertrauen in gegebene Zusagen“, um dann die Kundgebung für beendet zu erklären.

Viele Kollegen waren darüber sehr sauer und wollten sich nicht damit abfinden. Der Lautsprecherwagen wurde sofort umlagert und es wurde gefordert, die Kundgebung müsse weitergehen, mindestens bis Pieper eine klare Aussage direkt vor der Belegschaft und allen Versammelten gemacht habe.

Mehrere Kollegen forderten auch, der oppositionelle Betriebsrat Jürgen Eggers müsse das Wort erhalten. Der 1. IGM-Bevollmächtigte Paul Becker lehnte dies ab und zwar mit der läppischen Begründung, dies sei eine Kundgebung der IG Metall, Nichtmitglieder könnten hier nicht sprechen (Kollege Jürgen Eggers, früher Vertrauensmann der IG Metall, wurde von den Bonzen wegen seiner Mitgliedschaft in der *Volksfront* aus der IG Metall ausgeschlossen). Der IGM-Bevollmächtigte zog sich durch diese Äußerung noch mehr den Unmut der Arbeiter zu.

Aber Becker baute blitzschnell das Mikrofon ab. Es entwickelten sich noch heiße Debatten. Erst nachdem schon viele Kollegen abgezogen waren, räumte auch Becker das Feld: Er ging in die Aktionärsversammlung, zu der er eingeladen war. Im Betrieb sind die Kollegen jetzt sauer, weil diese Aktion abgewürgt wurde. Nach alter Bonzenmanier.

Weiche Mitbestimmungssessel

„Da wurden wie wild Schecks ausgeschrieben“

Mitten hinein in den DGB-Bundeskongreß in Westberlin war unter anderem die Enthüllung des „Sterns“ geplatzt, daß von einer großen Zahl von Gewerkschaftsvertretern, die im Rahmen der Mitbestimmung Aufsichtsratsposten bekleiden, der vorgeschriebene Anteil an ihren Tantiemen nicht oder nur teilweise an die Hans-Böckler-Stiftung abgeführt worden ist. Inzwischen haben eine Reihe der im „Stern“ genannten „Kollegen“ zum Scheckbuch gegriffen ...

Die im „Stern“ veröffentlichte Tabelle enthält eine große Zahl prominenter Namen. Unter ihnen etwa die berüchtigten DGB-Rechtsaußen Adolf Schmidt, (Vorsitzender der IG Bergbau und Energie), Hermann Rappe, (stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie, Papier und Keramik), Berthold Keller, (Vorsitzender der Gewerkschaft Textil und Bekleidung) und Günter Döding, (Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten).

Döding und Keller allerdings widersprechen dem Vorwurf, sie hätten das ihnen nicht zustehende Geld für sich selbst behalten. Angeblich können beide nachweisen, daß sie die eigentlich der DGB-eigenen Hans-Böckler-Stiftung zustehenden Summen an andere „gemeinnützige“ Einrichtungen bzw. an Stiftungen ihrer eigenen Einzelgewerkschaft überwiesen haben.

Selbst wenn das stimmen sollte, haben Döding und Keller damit eindeutig gegen die entsprechenden Beschlüsse des DGB verstoßen.

Adolf Schmidt hat bislang noch keinerlei Erklärung geliefert, was er mit dem der Hans-Böckler-Stiftung vorenthaltenen Geld gemacht hat. Ebenso Hermann Rappe. Einige andere Mitbestimmungsprofiteure hingegen haben ihre Unterschlagungen zugegeben.

So wird in der letzten Ausgabe des „Sterns“ berichtet, daß der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der großen Kölner Firma Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD), Paul Bleffert, sein Verhalten mit der Behauptung gerechtfertigt hat, er verdiene so wenig, daß er seine Aufsichtsratsbezüge dringend zum Leben brauche. Deshalb habe er die 40350 Mark, die er als Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von KHD für das Jahr 1981 an die Hans-Böckler-Stiftung hätte abführen müssen, für sich behalten.

Jeder Kommentar zu einer solchen Begründung dürfte sich erübrigen. Zu erwähnen wäre höchstens, daß Bleffert schon seit vielen Jahren als skrupelloser Arbeiterverräter und intimer „Sozialpartner“ der KHD-Kapitalisten berüchtigt ist.

Ein anderer Bonze reagierte vorsichtiger als Bleffert. Der Arbeitsdirektor von den Volkswagenwerken, Karl Heinz Briam, der als IG-Metall-Vertreter im VW-Vorstand die sogenannte Mitbestimmung praktiziert, griff blitzartig zum Scheckheft und überwies rückwirkend für die vergangenen fünf Jahre 350000 Mark an die Hans-Böckler-Stiftung.

So wie Briam machten es wohl noch eine Reihe weiterer „Kollegen“, denen ihre Einkünfte offensichtlich auch ohne die illegale Einbehaltung der abzuführenden Tantiemen-Anteile zum Überleben ausreichen (was ja bei KHD-Bleffert anders ist). Der „Stern“ berichtet, ein Gewerkschaftsvorsitzender habe geäußert, es sei nach der „Stern“-Enthüllung ungewöhnlich viel Geld bei der Stiftung eingegangen: „Da wurden wie wild Schecks ausgeschrieben“.

Schon Lenin hat seinerzeit die Tatsache analysiert, daß in den imperialistischen Ländern sich die Bourgeoisie bestimmte Vertreter der Arbeiterklasse mittels ihrer riesigen Extraprofite kauft. Lenin bezeichnete diese korrumpierte Schicht als „Arbeiteraristokratie“. Er wies darauf hin, daß sich diese Typen in ihrer ganzen Lebens- und Denkweise den Kapitalisten angleichen und daß ihr Wirken innerhalb der Arbeiterbewegung objektiv das von Agenten der Bourgeoisie ist.

Nicht nur der Neue-Heimat-Skandal hat uns in der jüngsten Zeit Lehrbeispiele zu der Aktualität von Lenins Analyse geliefert. Auch das, was die DGB-Führung als „Mitbestimmung“ bezeichnet, und was der Berliner Kongreß erneut als angebliches Mittel zur Einschränkung der Macht des Kapitals herausstellte, schafft wahre Brutstätten der Arbeiteraristokratie.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.



Proteststreik bei Still in Hamburg

„Kampf um jeden Arbeitsplatz"

HAMBURG. — Am Montag letzter Woche (24. Mai) traten rund 1200 Beschäftigte der Hamburger Gabelstaplerfabrik Still nach der Mittagspause für eine Stunde in einen Warnstreik. Mit dieser Aktion protestierten die Kollegen gegen die geplante Verlagerung der Teilefertigung und die Vernichtung von 116 Arbeitsplätzen im Hamburger Still-Werk.

Anlaß für die Protestaktion war eine Tagung des Wirtschaftsausschusses. Die streikenden Arbeiter zogen in zwei Zügen durch das Werk und versammelten sich vor dem Verwaltungshochhaus. An der Spitze der Streikenden wurden zwei Transparente mit folgenden Aufschriften mitgeführt:

„Teilverlagerung = Stills Tod auf Raten — Wir fordern: Rücknahme! — Kampf um jeden Arbeitsplatz!" und „Kampf um jeden Arbeitsplatz — 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn".

Die demonstrierenden Kollegen forderten den Betriebsrat und die Geschäftsleitung auf, über die Rationalisierungspläne und den Stand der Verhandlungen an Ort und Stelle zu berichten. Ein Sprecher der Firmenleitung versuchte,die Arbeiter zu beschwichtigen, indem er heuchlerisch behauptete, Entlassungen würde es nicht geben. Zugleich jedoch bestätigte er jedoch, daß die Teilschließung und die Vernichtung von 116 Arbeitsplätzen tatsächlich geplant ist; dies würde jedoch entweder „im Zuge der natürlichen Fluktuation" abgewickelt, oder aber ein noch von früheren Massenentlassungen herrührender Sozialplan werde wieder in Kraft gesetzt. Also doch Massenentlassungen!

Die Kollegen sahen sich durch diese Äußerungen in der Notwendigkeit ihres Kampfes nur bestätigt. Unmut löste jedoch auch Betriebsratsvorsitzender Drost aus, als er den gerechten Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze demagogisch in Mißkredit zu bringen versuchte: Protestieren, so Drost, sei ja erlaubt, aber: *„Bleibt ruhig und betreibt keine Maschinenstürmerei."*

Das ist reine Unternehmerhetze! Der Widerstand gegen Rationalisierungsterror und Arbeitsplatzvernichtung wird als Maschinenstürmerei diffamiert!

Nach ca. 40 Minuten zogen die Kollegen vom Verwaltungsgebäude wieder ab, jedoch nicht, um (wie die Still-Bosse aber auch Drost es herbeisehnten) unverzüglich die Arbeit wieder aufzunehmen. Vielmehr marschierte man nun zu der von der geplanten Stillegung bedrohten Abteilung hin. „Sehen wir uns doch diese Abteilung mal an, solange sie noch existiert", war die Parole.

Dort sprach ein Kollege aus dieser Abteilung und bedankte sich für die Solidarität aus dem gesamten Werk. Außerdem wurde eine Aufstellung von aktuellen Entlassungsplänen in Hamburger Betrieben vorgelesen. Daran wurde deutlich: Abfindungen aus einem Sozialplan sind keine Alternative, denn die Chancen, eine neue Arbeit zu finden, werden immer winziger.

Nach gut einer Stunde wurde die Aktion dann geschlossen beendet.

RGO-Betriebsgruppe Still

„Erste Warnung"

Am 26. Mai brachte die RGO-Betriebsgruppe Still ein Flugblatt für die Kollegen heraus, das auf die Protestaktion vom 24. Mai und auf die weitere Perspektive des Kampfes eingeht. Wir geben es hier im Wortlaut wieder.

Montag nach der Mittagspause: gähnende Leere in vielen Werkshallen. 500 bis 600 Kolleginnen und Kollegen hatten sich vor dem Verwaltungshochhaus versammelt, um gegen die geplante Produktionsverlagerung zu protestieren.

Die Geschäftsführung sah sich dadurch zu einer Stellungnahme gezwungen. Fillbach verteidigte erwartungsgemäß die Verlagerung „aus Kostengründen" und versuchte, zu beschwichtigen: „Wir beabsichtigen nicht, jemanden zu entlassen."

Seit wir diesen Satz zum letzten Mal auf Fillbachs Mund hörten (bei der Stillegung der Jarrestr.), sind jedoch schon über 120 Arbeitsplätze vernichttet worden. Sollte das diesmal ernst gemeint sein, so muß er uns das schon schriftlich geben!

Teilverlagerung = Stills Tod auf Raten Wir fordern: Rücknahme! Kampf um jeden Arbeitsplatz!

So lautete das Transparent der Kollegen aus der Teilefertigung. So denken auch die meisten. Deshalb hat die Belegschaft mit dieser Aktion den Anfang gemacht und der Geschäftsführung gezeigt: Die Arbeitsplatzvernichtung wird nicht tatenlos hingenommen.

Es geht hier ja nicht nur um die Solidarität mit den direkt Betroffenen, sondern um die Zukunft aller unserer Arbeitsplätze. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß diese Verlagerung schon lange geplant war. Wenn wir nichts unternehmen, dann wird je nach wirtschaftlicher Lage ein Bereich nach dem anderen dichtgemacht — bis zum Schluß sichtbar wird: Möglicherweise heißt der gesamte Plan:

Still-Legung

Dann hätte Linde erreicht, was schon von vielen anderen Firmen vorgemacht wurde:

Konkurrenz aufkaufen, um den Absatzmarkt in die Hand zu bekommen; und dann kaputt machen.

Angesichts der Lage auf dem heutigen Arbeits(losen)markt bleibt uns keine andere Möglichkeit, als um unsere Arbeitsplätze zu kämpfen.

Klar, daß sich solche Pläne nicht mit ein, zwei Warnstreiks verhindern lassen. Vielmehr müssen wir uns alle auf eine harte und lange Auseinandersetzung einstellen. Das kann uns auch der beste Betriebsrat nicht abnehmen, geschweige denn der jetzige.

Unser Ziel dabei ist:

Rücknahme der Verlagerungspläne! Erhalt aller Arbeitsplätze!

Je mehr Kollegen sich an diesem Kampf beteiligen, je entschlossener wir ihn führen, desto größer ist die Chance, unser Ziel zu erreichen; desto eher wird Linde aber auch von weiteren Angriffen dieser Art absehen! Daß in diesem Kampf Erfolge möglich sind, zeigt das Beispiel der Kollegen aus der Frankfurter Firma Rockwell-Golde.

Still-GmbH Hamburg — Hintergrund der Streikaktion vom 24. 5.

Teilschließung und Massenentlassung angekündigt

Wie dem Betriebsrat der Gabelstaplerfabrik Still in Hamburg am 10. Mai mitgeteilt wurde, beabsichtigt die Geschäftsführung eine Teilschließung der mechanischen Teilefertigung. Die bislang noch in dieser Abteilung hergestellten Teile sollen spätestens ab 1983 von der Werksgruppe Güldner Aschaffenburg (WGA) bezogen werden. Wie auch die Still GmbH ist WGA eine Tochterfirma des Lindekonzerns.

Die Teilstillegung bei Still würde insgesamt 116 Arbeitsplätze vernichten. Bei den betroffenen Kollegen handelt es sich um Dreher, Fräser, Bohrer, Konstrukteure, Arbeitsvorbereiter, Verwaltungsangestellte und Gemeinkostenlöhner. Mindestens 50 Kollegen wollen die Still-Bosse auf jeden Fall entlassen.

Begründung der Still-Bosse: Durch diese Rationalisierungsmaßnahme würden jährlich 4 Millionen Mark eingespart.

Im Aschaffenburger Güldner-Werk ist in letzter Zeit gerade im Bereich der Teilefertigung enorm rationalisiert worden. Neue computergesteuerte Maschinen und neue Formen der Arbeitsorganisation (z. B. die „Nester-Fertigung": Die Maschinen sind im Kreis angeordnet) sowie die Einführung von Schichtbetrieb brachten eine erhebliche Kapazitätsausweitung.

Man muß deshalb davon ausgehen, daß die Teilschließung in Hamburg Bestandteil eines langfristig angelegten,den Gesamtkonzern umfassenden Rationalisierungsfeldzuges bei Linde ist. Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß die Verlagerung der Teilfertigung von Hamburg nach Aschaffenburg nur ein Schritt in einem Gesamtkonzept ist, das auf die Schließung des gesamten Hamburger Still-Werkes abzielt.

Natürlich ist es für die Linde-Kapitalisten profitabler, die Gabelstaplerproduktion auf einen einzigen Standort zu konzentrieren. Und Profit ist für die Kapitalisten immer der einzige Maßstab. Das „Problem Still" besteht für die Linde-Kapitalisten vermutlich lediglich darin, bei einer Schließung des Hamburger Werkes den Markt von Still zu behalten.

Die Vertrauenskörperleitung bei Still brachte bereits einen Tag, nachdem sie über die geplante Teilschließung informiert worden war, ein Vertrauensleute-Info heraus. Darin heißt es:

„Es ist denkbar, daß die teilweise Schließung der Mechanik weitere Konsequenzen für andere Bereiche nach sich zieht. Von daher ist jeder betroffen. Auch wenn es auf Sicht „nur" um die genannten 116 Arbeitsplätze geht, ist die Belegschaft aufgefordert, nach Wegen für den Erhalt zu suchen. (...)

Wenn wir um den Erhalt der Arbeitsplätze kämpfen, wird es ein Kampf gegen das Unternehmerziel, so schnell und so viel Gewinn wie möglich zu erzielen. Hier stehen wieder einmal Arbeitsplätze (unsere Existenzgrundlage) gegen Gewinnmaximierung."

Die direkt betroffenen Kollegen reagierten sofort. Am selben Tag, als sie von der Stillegungsabsicht erfuhren, führten sie eine Abteilungsversammlung durch. Seither ist keine Ruhe mehr im Werk eingekehrt.

Eine Woche später fand eine Sitzung des IGM-Vertrauenskörpers statt. Alle an der Diskussion beteiligten Vertrauensleute drängten auf Aktionen für den Erhalt der Arbeitsplätze. Zu dieser Sitzung wurde auch ein Betriebsratsmitglied der Firma Ortmann & Herbst eingeladen, einem Hamburger Metallbetrieb, in dem drei Tage zuvor ein dreistündiger Streik gegen Entlassungen stattgefunden hatte (siehe Artikel auf dieser Seite). Der Bericht des Kollegen von Ortmann & Herbst trug mit zu der kämpferischen Stimmung der Still-Vertrauensleute bei.

Das Bewußtsein wächst in der Belegschaft, daß die Teilschließung keineswegs nur das Problem der Kollegen der betroffenen Abteilung ist. Auf längere Sicht kann eben nur der geschlossene Widerstand der Belegschaft gegen jede Arbeitsplatzvernichtung und jede Entlassung die Gefahr bannen, daß die Linde-Herren das ganze Hamburger Werk dichtmachen.

Die Aktion vom 24. Mai zeigt, daß dieses Bewußtsein jetzt in kämpferisches Handeln umgesetzt wird. Weitere Aktionen werden folgen müssen. Die Kollegen sollten sich dabei am Beispiel von Rockwell Golde in Frankfurt orientieren, wo die Belegschaft fünf Tage lang gestreikt und den Betrieb besetzt und sich dabei unmißverständlich das Ziel gesteckt hat: **„Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze! Wir wollen keine Abfindungen, sondern unsere Arbeitsplätze behalten."** Dort mußte die angekündigte Entlassung von 120 Kollegen voll zurückgenommen werden.

Widerstand gegen Entlassungen bei Ortmann & Herbst

Werkstor mit Kette blockiert

HAMBURG. — Als die Belegschaft der Maschinenfabrik Ortmann & Herbst am Morgen des 14. Mai wie gewohnt zur Arbeit kam, war das Werkstor optisch effektvoll mit einer schweren Eisenkette nebst Vorhängeschloß verriegelt. Ein Transparent verkündete: „Arbeitgeber, keine Hetze — wir brauchen unsere Arbeitsplätze".

Die Blockade-Aktion war nicht etwa von irgendwelchen Außenstehenden ausgegangen, sondern vom Vertrauenskörper der IG Metall. Und die Belegschaft reagierte solidarisch. Auch die Angestellten beteiligten sich. Obwohl für sie zwei Eingänge frei waren, blieben sie geschlossen mit draußen.

Es ging gegen die Entlassung von 26 Kollegen. Vier Wochen vorher hatte die Geschäftsleitung angekündigt, man müsse wegen der schlechten Auftragslage „über einen Personalabbau nachdenken".

Dies löste in der 530 Beschäftigte starken Belegschaft um so größeren Unwillen aus, als gleichzeitig in einigen Bereichen des Betriebes Überstunden gefahren werden.

Der Betriebsrat protestierte gegen die Entlassungspläne und schlug der Geschäftsleitung vor, die „Durststrecke" mit Kurzarbeit im gewerblichen Bereich zu überbrücken. Die Antwort der Bossse: Kündigungsschreiben für 26 Facharbeiter!

Drei Stunden verharrte die gesamte Belegschaft vor dem verschlossenen Werkstor. Dann beschlossen die Kollegen demokratisch per Abstimmung, den Proteststreik zunächst zu beenden. Die Kette wurde durchgeschnitten.

Der Geschäftsleitung hat die Aktion einen ziemlichen Schrekken eingejagt. Sofort danach vereinbarte sie mit dem Betriebsrat, neue Verhandlungen aufzunehmen.



Drei Stunden lang weigerten die Arbeiter und Angestellten der Hamburger Maschinenfabrik Ortmann & Herbst sich am Morgen des 14. Mai, die Arbeitsplätze einzunehmen.

Für eine Großdemonstration gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung

Bereits der erste Kongreß „Maßnahmen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung", der am 3./4. April dieses Jahres in Oer-Erkenschwick stattfand und an dem Betriebsräte, Gewerkschafter und verschiedene Initiativen teilnahmen („Roter Morgen" 15/1982, S. 8) sprach sich für eine Großdemonstration im November gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung aus. Am 12. Juni soll der 2. Kongreß stattfinden. Unsere Partei begrüßt die Durchführung dieses Kongresses, die Unterschriftensammlung für den auf dieser Seite abgedruckten Sozialappell an die Bundesregierung sowie den Plan, am 13. November eine Großdemonstration in Gelsenkirchen durchzuführen.

In der Einladung zum ersten Erkenschwicker Kongreß hatte es geheißen: „Wir dürfen der Operation '83 nicht so hilflos gegenüberstehen wie der Operation '82. Das trifft den Nagel ziemlich auf den Kopf. Natürlich war der Widerstand der Arbeiterklasse gegen die umfassenden Angriffe auf die sozialen Rechte im letzten Jahr zu schwach. In erster Linie hing das sicher damit zusammen, daß es den klassenbewußten Kräften in den DGB-Gewerkschaften nur lokal und ansatzweise, nicht aber auf breiter Front gelungen ist, die Gewerkschaften gegen den Widerstand der im wesentlichen auf Zusammenarbeit mit der Regierung und Wahrung der Sozialpartnerschaft bedachten Gewerkschaftsführungen in eine Kampfstellung gegen die Krisenangriffe der Unternehmer und der Regierung zu bringen. Ob sich die relative „Hilflosigkeit" von 1982 in diesem Jahr wiederholen wird oder nicht, wird natürlich in erster Linie wiederum davon abhängen, ob es in diesem Jahr gelingen wird, den gewerkschaftlichen Widerstand wesentlich breiter und machtvoller zu entfalten als im Herbst '82.

Die Chancen dafür aber stehen um so besser, je breiter sich allgemein in der Bevölkerung aktiver Widerstand gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung regt. Um dazu beizutragen, daß sich, wie es in der Erklärung des Erkenschwicker Kongresses heißt, „sozialer Widerstand verbreiten und organisieren kann" sind die in der Erklärung gemachten Vorschläge (Organisierung überregionaler Konferenzen, Aktionstage im Rahmen der Haushaltsberatungen '83, Woche des sozialen Widerstandes im September, bundesweite Protestdemonstrationen in Gelsenkirchen) sinnvoll und nützlich.

Wie von verschiedener Seite bereits auf dem Erkenschwicker Kongreß angesprochen, erscheint es auch uns notwendig, stärker als bisher die Position des Klassenkampfes der Arbeiter und Angestellten gegen die Unternehmer und die Angriffe des bürgerlichen Staates zu betonen, die Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes und vor allem der Losungen „Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze" und „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" im Rahmen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit entsprechend zu unterstreichen.

In diese Richtung weist in unseren Augen auch der Sozialappell an die Bundesregierung Mängel auf. Wir finden es richtig, daß die Form eines Appells an die Regierung gewählt wurde, weil dadurch sicher breitere Bevölkerungskreise angesprochen werden können als durch einen einfachen Aufruf zum Kampf gegen den Sozialabbau. Richtig finden wir auch, daß ein solcher Appell, um die notwendige breite Unterstützung zu erlangen, in Rechnung stellen muß, daß die Mehrheit der Menschen in diesem Land den bürgerlichen Staat keineswegs bereits als Klassenstaat sieht. Dazu wäre es aber nicht notwendig gewesen, daß wie in den erläuternden Teilen des Sozialappells auf jede klassenkämpferische Orientierung verzichtet wird, sich nur auf die angebliche Pflicht des bürgerlichen Staates zur Fürsorge mit den „Schwachen und Schwächsten" berufen wird.

Zur Herstellung einer breiten Kampffront gegen den Sozialabbau trägt es wenig bei, wenn nur an das Mitgefühl mit den Ärmsten, Schwachen, Bedürftigsten usw. appelliert wird. Von dieser Position aus läßt sich wenig gegen die bürgerliche Propaganda ausrichten, derzufolge Solidarität in der Krise eben bedeutet, Opfer zu bringen; denn tatsächlich kann fast jeder irgendeine Bevölkerungsgruppe ausmachen, die noch „bedürftiger" ist. Folglich stellt die bürgerliche Propaganda fast jeden vor die Frage, ob es nicht ein Gebot der „Solidarität in der Krise" ist, zugunsten der „Allerschwächsten" auf den Kampf für die Verteidigung seiner Interessen zu verzichten. Die Forderungen des Appells sind geeignet, die Einheit gegen diese spalterische Propaganda der Bourgeoisie herzustellen. Seine erläuternden Teile nicht.

Diese Mängel aber ändern nichts daran, daß auch der Sozialappell eine ausgezeichnete Initiative ist. Daß in kürzester Zeit über 70000 Unterschriften dafür gesammelt werden konnten, ist ein guter Erfolg. Unsere Partei will dazu beitragen, daß es möglichst schnell wesentlich mehr werden.

Der Sozialappell und der Erkenschwicker Kongreß gehen zurück auf die Initiative Soziale Sicherheit, die von den Falken in NRW und der Zeitschrift „REVIER" ins Leben gerufen wurden. Schon mit dem ersten Kongreß in Erkenschwick hat diese Initiative erfolgreich verstanden, ihre Arbeit auf eine breitere Basis zu stellen. Der Aufruf zum zweiten Kongreß bietet eine gute Grundlage für weitere Fortschritte. Vieles was am Sozialappell zu kritisieren ist, hat in politisch klarerer Weise Eingang gefunden. Insbesondere zu begrüßen ist die stärkere Bezugnahme auf die Probleme des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung und die diesbezügliche innergewerkschaftliche Auseinandersetzung.

Auf dem zweiten Kongreß soll auch die Konstituierung eines „Bundesverbandes Initiativen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung" diskutiert werden. Das hört sich bombastisch an und kommt plötzlich. Wenn aber damit gemeint ist, daß Bedingungen für demokratisch legitimierte zentrale Koordinierungs- und Öffentlichkeitsarbeit geschaffen werden müssen, ist das sicher ein nützlicher Schritt.

Es ist zu hoffen, daß sich zum zweiten Kongreß noch mehr Betriebsräte, Gewerkschafter und Initiativen zur Mitarbeit einfinden. Es ist ja wahr: „Wir dürfen der Operation '83 nicht so hilflos gegenüberstehen wie der Operation '82".

2. Kongreß

Der 2. Kongreß unter der Losung „Maßnahmen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung" findet am 12. Juni in Duisburg statt. Anmeldung bei: Initiative Soziale Sicherheit, Hohenstaufenallee 1, 4650 Gelsenkirchen.

Aufruf zum II. Kongreß

Maßnahmen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung

Am 12. Juni im Ratskeller Duisburg-Hamborn, 10.00 Uhr

Die Folgen der Operation '82 kann inzwischen jeder am eigenen Leib spüren. „Sparmaßnahmen" wird dieser Sozialabbau genannt. Gespart wird aber nur an uns, den Arbeitern, Angestellten, Schülern, Studenten, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Rentnern.

Gespart wird aber nicht an den Unternehmern und den Reichen. Im Gegenteil. Ihnen werden weiter Subventionen, Investitionsprämien und Steuererleichterungen gewährt. Ihnen werden höhere Gewinne garantiert, z.B. durch Mietpreislockerung und Zwangsarbeitsgesetze (Zumutbarkeitsklausel / 8-Wochen-Sperrfrist bei Eigenkündigung). Auf unsere Kosten.

Und diese Operation '82 soll nur der Anfang gewesen sein. Die Operation '83 beginnt im Juli. Die Unternehmerverbände, CDU/CSU und FDP sind schon in den Startlöchern. Bis jetzt fordern sie:
— den Wegfall der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle;
— mit der Einschränkung des Schüler-Bafögs einen weiteren Schritt in der Beseitigung der Ausbildungsförderung;
— abermals eine Senkung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe;
— eine weitere Senkung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe;
— eine weitere Senkung der Unternehmer- und Einkommenssteuer;
— weitere Sondergesetze gegen ausländische Kollegen.

Diesem Klassenkampf von oben werden die SPD nichts, die Gewerkschaftern kaum etwas entgegensetzen — solange wir uns nicht bewegen. Unter dem Druck der CDU/CSU und FDP streicht auch die SPD das soziale Netz zusammen.

Regierungsfähigkeit ist für die Partei alles. Regierungsfähigkeit heißt aber nicht, die Interessen der Wähler, der Mitglieder durchsetzen, sondern solange wie möglich Ministersessel drücken.

Rücksicht auf die Regierungsfähigkeit der SPD, dem ordnen sich auch große Teile des DGB unter. Als die Operation '82 anstand, demonstrierten in Stuttgart 70000 Metaller. Warum fanden in Duisburg, Köln, Hamburg, München und Frankfurt keine Demonstrationen statt? Die Kollegen wären gekommen, sie wurden nur nicht gerufen.

Im Betrieb stehen die Gewerkschaften mit dem Rücken an der Wand. Die mangelhafte Durchsetzungsfähigkeit ist aber nicht nur der Übermacht der Unternehmer geschuldet — bei Teilen des DGB ist auch keine Konfliktbereitschaft mehr vorhanden. Die Erfahrungen der IG Druck und Papier im Kampf um die 35-Stunden-Woche zeigen:

Nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Einzelgewerkschaften ist dieser beschäftigungspolitische Durchbruch zu erringen. 1984 stünde dies an.

Die IG Chemie suchte aber schon dieses Jahr den Ausstieg. Teile der IG Metall bereiten ihn vor. Obwohl die „neue Beweglichkeit" den Kollegen 1981 mit dem Argument begründet wurde: Die Streikkassen müssen geschont werden, 1984 steht die 35-Stunden-Woche an.

Wenn unsere Interessen von der SPD-Führung und einem wichtigen Teil der Gewerkschaftsspitze nicht mehr vertreten werden — müssen wir sie selbst vertreten. Nicht weil wir Gewerkschaftsfeinde sind, nicht weil wir die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie suchen. Nein, weil wir nicht tatenlos zusehen wollen, wie alle gewerkschaftlichen Kampferfolge der letzten 20 Jahre, wie alle staatlichen Reformmaßnahmen geopfert werden. Denn die Folgen dieser Politik sind nicht nur materielle Not für Millionen, sondern auch
— ein Anstieg von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus;
— eine Frau-an-Heim-und-Herd-Ideologie;
— mangelnde Bildungschancen für Jugendliche;
— Überarbeitung und mangelnde gesundheitliche Fürsorge für die Beschäftigten;
— psychisches Elend für die Betroffenen;
— weiterer Raubbau an der Natur, „um Arbeitsplätze zu schaffen";
— weitere Militarisierung der Gesellschaft, „um Arbeitsplätze zu sichern";
— die steigende Bereitschaft „unsere Erdölquellen", andere Rohstoffe durch Militäraktionen zu „schützen";
— ein weiterer Abbau der Demokratie, um mit der Polizei Ruhe und Ordnung im selbstgeschaffenen Chaos zu erzwingen.

Dabei trat die SPD mal
— für mehr Umweltschutz,
— für eine bessere Bildung der Arbeiterkinder,
— für die Entspannung mit dem Osten,
— für den Nord-Süd-Ausgleich,
— für eine Sicherung des Lebensabends,
— für eine ausreichende Gesundheitsversorgung an.

Wollte mehr Demokratie wagen — durch mehr soziale Gerechtigkeit.

Heute zerstören Schmidt und Genscher, wofür Brandt und Scheel gewählt wurden. Dem muß Einhalt geboten werden — von uns.

Deshalb beschlossen wir auf dem 1. Kongreß am 3./4. April in Oer-Erkenschwick
1. einen Ausbau der überregionalen Koordination im Kampf gegen den Sozialabbau und die Arbeitsplatzvernichtung.
2. im September dezentral unseren Protest in einer „Woche des sozialen Widerstandes" zu dokumentieren.
3. am 13. November 1982 in Gelsenkirchen eine bundesweite Demonstration gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung — parallel zum NRW-Tag der SPD in Dortmund — durchzuführen.

Zur Vorbereitung dieser Aktion findet am 12. Juni 1982 im Ratskeller in Duisburg-Hamborn der 2. Kongreß „Maßnahmen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung" statt.

Tagesordnung

1. Darstellung der verschiedenen Bereiche des Widerstandes (alle Initiativen werden gebeten, Informationsmaterial mitzubringen).
2. Vorbereitung gemeinsamer Aktionen. Kurzberichte über den Stand der Mobilisierung. Woche des sozialen Widerstandes im September, bundesweite Demonstration und Protestkundgebung am 13. November 1982 (Diskussion über Ort, Termin und Bedingungen).
3. Konkrete Vorbereitung der Demonstration. Beschlußfassung über einen Aufruf. Wahl eines Organisationskomitees.
4. Konstituierung eines Bundesverbandes „Initiativen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung".

Sozialappell an die Bundesregierung

Das Gesicht der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Aus dem vermeintlichen krisenfreien Wirtschaftswunderland wurde ein Land mit mehr als einer Million Dauerarbeitslosen. Dies obwohl Hunderttausende von ausländischen Kollegen in ihre Heimatländer zurückkehrten, obwohl Frauen zunehmend aus dem Berufsleben gedrängt wurden, obwohl ältere Kollegen zuhauf als Frührentner abgeschoben wurden.

Tausende von Jugendlichen leben ohne eine Chance auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz; sie haben ihre Zukunft schon hinter sich. Das Einkommen vieler Arbeitsloser, Sozialhilfeempfänger und Rentner liegt beim Existenzminimum.

In dieser Situation kürzt die sozialliberale Bundesregierung bei der Arbeitslosenversicherung, der beruflichen Bildung und Rehabilitation, der Förderung der Arbeitsaufnahme, bei älteren Arbeitnehmern, bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, beim Kurzarbeitergeld, bei der Renten- und Krankenversicherung, bei Behinderten, beim Wohngeld und der Ausbildungsförderung. Betroffen sind Arbeitslose, Alte, Kranke, Rentner, Kriegsopfer, Behinderte, Auszubildende, Studenten und über die Wohngeldkürzungen die unteren Einkommensgruppen; betroffen sind also die Bedürftigsten und Schwächsten.

Ganzen Branchen (z.B. Textil, Stahl) droht der Zusammenbruch, in anderen Bereichen soll mit öffentlicher Hilfe zwecks Konkurrenzfähigkeit weiter rationalisiert werden. Weitere Arbeitsplätze sind bedroht. Die augenblicklich existierende Arbeitslosigkeit ist Resultat der Konjunktur- und Strukturkrise. Fortlaufende Krisenerscheinungen der Wirtschaft, die zu Beginn der sozialliberalen Koalition unter dem Stichwort „Globalsteuerung" bekämpft wurden, werden heute hingenommen. Mitte der 70er Jahre wurde dem arbeitenden Menschen versprochen: „Die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen". Heute wissen wir: Die Rationalisierungsinvestitionen von damals brachten die Arbeitslosigkeit von heute.

Wohin führt eine solche Politik? Steuern wir englischen Zuständen mit mehr als drei Millionen Arbeitslosen entgegen? Werden die Enttäuschten, Verzweifelten und Hoffnungslosen abermals rechtsradikalen Rattenfängern in die Arme getrieben?

Wer den Sozialstaat abbaut, muß wissen; daß er einen Grundpfeiler der Demokratie ins Wanken bringt.

Statt in dieser schwierigen Situation den betroffenen Arbeitnehmern, Rentnern, Arbeitslosen, Jugendlichen, Sozialhilfeempfängern etc. helfend unter die Arme zu greifen, bewirken die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung das genaue Gegenteil.

Die bisherige Lebenssituation der arbeitenden Menschen darf sich nicht verschlechtern.

Deshalb fordern wir:
— Öffentliche Subventionen nur mit Beschäftigungsauflagen!
— Bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln Eigentumsanteile für die öffentliche Hand!
— Garantie einer qualifizierten beruflichen Ausbildung!
— Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit!
— Beschäftigungsprogramme unter öffentlicher Kontrolle!

Insbesondere fordern wir im einzelnen:

Die Sicherung des Lebensstandards
— Stopp dem weiteren Ausbau indirekter Verbrauchssteuern, die besonders Einkommensschwache treffen!
— Keine Erhöhung der öffentlichen Tarife (Bahn, Post) für Privatverbraucher!
— Kein Abbau öffentlicher Dienstleistungen (Erwachsenenbildung, Beratungsstellen etc.)!
— Kein Abbau von Arbeitsplätzen in Kindergärten, Schulen und Berufsschulen!

Die Sicherung der menschlichen Existenz bei Arbeitslosigkeit!
— Keine Kürzung des Arbeitslosengeldes!
— Keine Abschiebung der ausländischen Kollegen bei Arbeitslosigkeit!
— Keine Erweiterung der „Zumutbarkeitsklausel"!

Die Sicherung der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit
— Die Tarifautonomie der Gewerkschaften darf nicht unterlaufen werden!
— Gewerkschaftliche Erfolge, wie z.B. die Lohnfortzahlung, dürfen nicht kalt auf dem Wege der Gesetzgebung abgeschafft werden!
— Rücknahme der verordneten Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst!

Die Sicherung der Gesundheitsfürsorge
— Kassenleistungen dürfen ebensowenig gestrichen werden, wie notwendige Maßnahmen der Rehabilitation!
— Statt einer Eigenbeteiligung der Versicherten ist das Gesundheitssystem nach überzogenen Kostenverursachern (z.B. Pharmaindustrie) zu durchforsten!
— Die Versicherten dürfen im Krankheitsfall nicht durch einen dreitägigen Lohnausfall bestraft werden!

Die Sicherung des Lebensabends
— Beibehaltung der bruttolohnbezogenen Rente einschließlich der Krankenkassenbeitragsfreiheit!

Die Sicherung der Zukunft der arbeitenden und lernenden Jugend
— Keine Kürzung der Ausbildungsförderung!
— Hände weg vom Kindergeld und der Lehr- und Lernmittelfreiheit!
— Maßnahmen der Jugendbildung und -freizeit sind mindestens in der bisherigen Höhe zu gewähren!

Wir wissen, daß sozialstaatliche Politik finanzielle Voraussetzungen hat. Es gibt einen Weg, den Staatshaushalt zu entlasten: Die Vergeudung materieller Ressourcen für den Rüstungswettlauf muß zum Halt gebracht werden, Rüstungsgelder müssen eingespart werden.

Wir appellieren an alle verantwortungsbewußten und verantwortlichen Politiker des Bundestages, der Landtage, der Kreistage und Gemeinden, an alle Gewerkschaften, Parteien und Kirchen, an alle Mitbürger:

Unterstützen Sie unsere Forderungen an die Bundesregierung!

Die Krise erfordert nicht den Abbau, sondern den Ausbau des Sozialstaates!

Die ökonomische Krise darf nicht auf dem Rücken der Schwachen und Schwächsten ausgetragen werden!

Solidarität erweist sich gerade in Krisenzeiten. Verhindern Sie, daß ganze Bevölkerungsgruppen in den Schatten gestellt werden!

NATO-Tagung in Bonn

DGB begrüßt Demonstrationen

„Die anläßlich des NATO-Gipfels geplanten Demonstrationen bringen die Sorge der Bürger unseres Landes um den Frieden in Europa zum Ausdruck."
Um diesen selbstverständlichen Satz brauchte man wahrlich nicht viel Aufhebens zu machen — wenn er nicht einer offiziellen Erklärung des DGB entnommen wäre.

Noch vor einem halben Jahr hatte die DGB-Führung ihren Mitgliedern, speziell der Gewerkschaftsjugend, untersagt, sich offiziell an der Demonstration zu beteiligen, die dann über 300000 Kriegsgegner in Bonn zusammenführte.

In Abgrenzung zu den bestehenden Friedensbestrebungen versuchte der DGB-Vorstand dann, mit der Unterschriftensammlung unter einen eigenen Appell — der die Bundesregierung völlig aus dem Schußfeld nahm und zu nichts verpflichtete — sein Ansehen aufzupolieren und die Bewegung in dem von ihm beeinflußten Umfeld in die ihm genehmen Bahnen zu lenken. Sowohl das Verbot als auch der untaugliche Appell haben der Sache des Friedens geschadet, die niemals siegen wird, wenn sich nicht die organisierte Arbeiterschaft an die Spitze des Kampfes stellt.

In Bonn haben damals Tausende Gewerkschafter demonstriert, auch unter ihren Organisationsfahnen. Und die angestrebten 2 Millionen Unterschriften unter den DGB-Appell wurden nicht annähernd erreicht.

Die DGB-Führung mußte umdenken. Das unter den gegebenen Umständen eben gar nicht so selbstverständliche Gutheißen der Demonstration zum Reagan-Besuch ist ein Erfolg für die Friedenskämpfer in den Gewerkschaften, und das muß bei der Mobilisierung innerhalb des DGB — dazu wiederum trägt die Führung nichts bei — ausgenutzt werden, kann diese erleichtern.

Inhaltlich bringt die Stellungnahme, die die „Frankfurter Rundschau" unter der leider treffenden Überschrift „Was der DGB von Reagan erwartet" abdruckte, keine Fortschritte. Besonders im dritten und am Ende des vierten Absatzes wird die falsche Orientierung auf die Verhandlungen, das Schüren fataler Hoffnungen auf die Einsicht Ronald Reagans und die angeblich bisher „konstruktive Abrüstungspolitik" der Bundesregierung deutlich. Letztere wird selber wieder nicht in die Pflicht genommen, einseitige Maßnahmen zu ergreifen, und damit bleibt die Ablehnung der Raketenstationierung weiterhin eine unverbindliche Meinungsäußerung.

Hat sich hier aber doch gezeigt, daß der von der Gewerkschaftsbasis ausgeübte Druck bereits etwas bewirkt, also eine gewisse Stärke erreicht hat, so muß dies eine Ermutigung sein, ihn noch zu verstärken, aus möglichst vielen Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen heraus für die Bonner Demonstration zu mobilisieren und darüber hinaus die notwendige Steigerung gewerkschaftlichen Engagements in der Friedensbewegung herbeizuführen. Die Auseinandersetzung um die richtigen Forderungen, für die Durchsetzung der richtigen Orientierung des Friedenskampfes gegen die Bundesregierung, gegen die NATO muß offensiv in den Gewerkschaften weitergeführt werden.



Demonstration trotz Verbot, Protest gegen das unverbindliche Friedensgerede der DGB-Führung: Opel-Metaller am 10.10.81 in Bonn

Dokumentation

Erklärung des DGB zum NATO-Gipfel

Anläßlich des NATO-Gipfels in Bonn bekräftigt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) seine Forderung, daß die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa ernsthaft und zügig fortgesetzt werden. Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben.

Die Bedrohung des Friedens versetzt alle Menschen, auch unseres Landes, in große Sorge. Das anhaltende Wettrüsten sowie die von den beiden Weltmächten praktizierte Politik der Stärke und der Konfrontation sind ein wachsendes Risiko für den Weltfrieden und für das Überleben der Menschheit. Die Erhaltung des Weltfriedens und die Achtung der Menschenrechte müssen vorrangiges Ziel aller Politik sein.

Der DGB erklärt weiter: Wir erwarten daher vom NATO-Gipfeltreffen ein eindeutiges Bekenntnis zur Entspannungspolitik und zu Verhandlungen mit dem Ziel des Rüstungsabbaus in Europa. Wir fordern den Präsidenten der USA, Ronald Reagan, auf, als praktischen Beweis für seinen Willen zur Abrüstung und zu ernsthaften Verhandlungen auf die Produktion der Neutronenbombe sowie von B- und C-Waffen zu verzichten.

Wir fordern: Keine Erhöhung der Rüstungshaushalte in allen Ländern; sofortiger Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West einschließlich der Neutronenbombe, deren völkerrechtliche Ächtung angestrebt werden muß; Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Weitergabe atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien; weitere konstruktive Beiträge der Bundesregierung bei allen derzeit aktuellen Abrüstungsverhandlungen.

Die anläßlich des NATO-Gipfels geplanten Demonstrationen bringen die Sorge der Bürger unseres Landes um den Frieden in Europa zum Ausdruck. Der DGB erwartet einen friedlichen Verlauf dieser Veranstaltungen, weil nur damit der Friedenswille glaubhaft dokumentiert werden kann.

Justiz im Dienste der Aufrüstung

HAMBURG. — Auf dem Evangelischen Kirchentag im vergangenen Jahr bewarf ein Hamburger Student den gepanzerten Wagen des Bonner Kriegsministers Hans Apel mit einem Beutel, der mit Rinderblut gefüllt war. Für ihn war das ein symbolischer Ausdruck seiner Protestes gegen die Rüstungspolitik.

Der Wagen des Ministers wurde weder beschädigt noch an der Weiterfahrt gehindert. Der Fahrer brauchte lediglich den Scheibenwischer einschalten. Später erwies sich das Blut auch noch als leicht abwaschbar. Irgendwelche Gefahr für die Person Apels bestand sowieso nicht.

Ende Mai verurteilte das Hamburger Oberlandesgericht den Studenten wegen „Landfriedensbruchs".

Weder Sachbeschädigung noch Gefährdung, interpretierte das Gericht seine ungeheuerliche Entscheidung, sei notwendige Voraussetzung von Gewalttätigkeit als Merkmal des Landfriedensbruchs. Entscheidend sei die „physische Berührung". Im übrigen sei eine Sachbeschädigung „möglich" (wie, darauf ging man vorsichtshalber nicht ein), eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit sogar tatsächlich „gegeben" gewesen. Denn: Apel sei nicht als Einzelperson, sondern als Bundesminister betroffen, und damit automatsich auch Teile des Volkes, „die den Frieden mit der Waffe sichern wollen". Aufgrund der Art des Vorgehens und der Person des Ministers könne nicht von einer Bagatelle gesprochen werden.

Das ist eine unerhörte Ausweitung des Strafrechts in der Frage des Landfriedensbruchs, die bisher ohne vergleichbares Beispiel ist. Vorgenommen als Reaktion auf einen Protest gegen die Rüstungspolitik der Regierung. Das unterstreicht, wie hierzulande im Interesse der Absicherung dieser Politik die Justiz eingespannt wird. Dabei kann ein Protest gegen Apels Politik viel harmloser doch kaum ausfallen. Das läßt absehen, wie man juristisch gegen wirklich wirksame Protestaktionen vorzugehen gedenkt.

„Malwettbewerb" in Westberlin

In Westberlin bereitet sich die Staatsgewalt auf den bevorstehenden hohen Besuch aus USA vor. Reagan soll nichts vorfinden, was ihn stören, was sein empfindsames Auge beleidigen könnte. Deshalb werden keine Parolen, keine Transparente mehr geduldet, die in den Augen der Verantwortlichen für Frontstadtpolitik eine Beleidigung unseres obersten Beschützers darstellen.

Ständig sind Stadtverschönerungstrupps der Polizei unterwegs, um Parolen auf Hauswänden zu übermalen. Allerdings kommen sie nicht so richtig nach; als die verstärkten berufsfremden Bemühungen der Ordnungshüter bekannt wurden, stieg die Zahl der Parolenmaler sprunghaft an. Inzwischen sollen die überforderten Beamten dazu übergegangen sein, nur noch Teile von Parolen zu übermalen, auf daß man ihren reaganfeindlichen Inhalt nicht mehr erkennen könne.

In Mode gekommen ist es auch, sich auf die Begrüßung Reagans durch das Aushängen von Tranparenten vorzubereiten, die allerdings bei der Polizei auch wieder für Überstunden sorgen. Sinnreiche Parolen, wie z.B. „Reagans Spezialisten — Mörder und Faschisten" sorgen immer wieder für Aufklärung über die wahre Natur der ungebetenen Besucher. Die Polizei ließ kürzlich mehr als 50 Häuser durchsuchen — Begründung: „Gefahr im Verzug" — und Transparente beschlagnahmen. Aber sie tauchen immer wieder auf. Die Polizei begnügt sich nicht mit der Beschlagnahmung dieser Transparente. Ebenso wie Parolenmaler müssen die Besitzer mit Strafanzeigen wegen „Beleidigung" rechnen, viele solcher Anträge wurden bereits gestellt.

Reagen selbst wird, wenn er nach Westberlin kommt, streng abgeschirmt. Fast alle Wege sollen im Hubschrauber zurückgelegt werden. Lediglich im Garten des Charlottenburger Schlosses wird es etwas geben, was als „Kontakt zur Bevölkerung" deklariert wird — der US-Präsident wird einem kleinen Kreis von ausgewählten Vorzeigebürgern die Ehre geben.

Generalprobe

Zu den Proben der Staatsgewalt für den Reagan-Besuch gehörte auch der großangelegte Polizeieinsatz in Westberlin am „Tag der alliierten Streitkräfte". Die Briten hatten das Gebiet um die Militärparade an der Straße des 17. Juni zur Bannmeile erklärt, mehr als 3000 Polizisten waren im Einsatz, um über die Einhaltung dieser Verfügung zu wachen.

Dennoch durchbrachen einige Demonstranten die Absperrung und setzten sich auf die Straße, so daß die Parade kurzzeitig ins Stocken kam. Sie wurden heruntergeprügelt. Eine Demonstration von der Tempelhofer Paradestraße aus war verboten worden. Über 600 Polizisten besetzten den vorgesehenen Abmarschplatz und zerstreuten eine Ansammlung von etwa 100 Menschen. Beobachtende Journalisten wurden vorübergehend festgenommen. Im Bannmeilengebiet wurde jeder festgenommen, bei dem die Polizei ein Flugblatt fand! Insgesamt waren davon mehr als 100 Personen betroffen. Ihnen wurde eine Strafanzeige wegen „Verstoß gegen das alliierte Kontrollratgesetz', angekündigt.

Immer wieder hielten trotz dieses Terrors verschiedene Leute Flugblätter mit der Aufschrift „Schwerter zu Pflugscharen" hoch. Sie wurden sofort überfallen und festgenommen. Bis zum Schluß aber hielten die Proteste an.

ZELTLAGER

- Fußballfreundschaftsspiel Thiergarten/KJD
- Filmnacht
  Nordsee ist Mordsee
  Töte — Amigo
  Montery Pop
  Das Testament des Dr. Mabuse
- Aktionen gegen Jugendarbeitslosigkeit
- Tagesausflug nach Trier, Besuch des Karl-Marx-Geburtshauses, Besichtigung eines Weinkellers und Weinprobe
- Geländespiel, Nachtwanderung, Lagerfeuer...
- Film und Diskussion zur Lage in der BRD
  Kaltgestellt — Der erste deutsche Polit-Thriller
- Schwimmen, ausschlafen, gut essen...

Thiergarten im Hunsrück

17.-31.7.

Anmeldung und 80,— DM Anzahlung bis zum 25. Juni 1982, Postscheckamt Dortmund, Konto-Nr.: 13456-464, ZK der KJD — Stichwort: Thiergarten

Die restlichen 100,— DM sind bei der Anreise zu zahlen. Zelte, Luftmatrazen, Schlafsäcke, Essgeschirr, Badehose und Gummistiefel sind mitzubringen. Ein Küchenzelt und ein Versammlungszelt sind vorhanden. Heidi sorgt mit eurer Hilfe für einen gut abgefüllten Magen. Die Organisierung des Lagers übernimmt die Lagervollversammlung und ein von ihr gewählter Lagerrat.

Übrigens, die KJD/Thiergarten freut sich riesig auf euer Kommen!

Anmeldung sofort abschicken an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Hiermit melde ich mich verbindlich für die Teilnahme am KJD-Zeltlager vom 17.7. - 31.7. 82 in Thiergarten/Hunsrück an. Die 80,— DM Anzahlung habe ich überwiesen.

Name: ....**Vorname:** ....**Geb. dat.:** ....

Anschrift: ....**Tel. Nr.:** ....

Beruf: ....

Unterschrift
(bei nicht Volljährigen die der Erziehungsberechtigten)

DKP: Rundschlag gegen links

Im Januar 1982 legte die DKP-Zentrale ihren Funktionären eine Ausarbeitung vor, in der sie ihnen unter dem Titel „neue momente...'81" Informationen über „die maoistischen Gruppierungen" verspricht.

Eine Fotokopie dieses Machwerks wurde uns und offenbar auch anderen linken Organisationen zugeschickt, nicht von der DKP-Führung natürlich, sondern, wie es in dem beigefügten Vermerk heißt, von einem *Genossen*. Bei diesem unbekannten Genossen bedanken wir uns.

Da verschiedene Genossen ihr Interesse an dieser Ausarbeitung bekundet haben, veröffentlichen wir hier Auszüge, die unsere Partei betreffen.

Der „Arbeiterkampf" hat den DKP-Bericht mit dem Verfassungsschutzbericht verglichen. Nun wäre ja das Bemühen der DKP, ihren Mitgliedern über die Politik anderer Organisationen einen zusammenfassenden Überblick zu verschaffen, an sich nichts Verdammenswertes. Warum auch. Was den Vergleich dennoch gerechtfertigt erscheinen läßt, liegt in der Qualität der Ausarbeitung begründet, die nicht informiert, sondern mit entstellenden, erfundenen, verleumderischen Darstellungen die DKP-Mitglieder gegen alle linken oder sich als links verstehenden Organisationen aufhetzen soll, die die DKP-Politik nicht mitmachen.

Es beginnt schon damit, all diese Organisationen schlicht als „maoistisch" einzustufen, also auch die KPD. Die Revisionisten kennen die Anfechtbarkeit der sogenannten Mao-Tsetung-Ideen sehr gut, und deshalb paßt es ihnen überhaupt nicht, daß etwa unsere Partei die Einflüsse dieser Ideen auf ihre Politik ausgemerzt hat und auf der Grundlage des revolutionären Marxismus-Leninismus arbeitet, den sie selber vollständig verraten haben und deshalb um so mehr fürchten müssen.

Mit der folgenden Darstellung beginnt das DKP-Papier:

„Die maoistischen Gruppierungen, geschaffen in der Zeit des Kampfes um die Aufhebung des KPD-Verbots, der anwachsenden Jugend- und Studentenbewegung und vor allem nach der Neukonstituierung der DKP, begünstigt durch Staatsorgane und Massenmedien hatten immer einen gemeinsamen Nenner — bis heute: den Kampf gegen die DKP und die mit ihr befreundeten Organisationen SDAJ und MSB und die Diffamierung der Sowjetunion, der DDR und anderer Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Ihre objektive Rolle bestand und besteht darin, die antimonopolitische und sozialistische Orientierung von systemkritischen Jugendlichen zu erschweren, Teile der Arbeiterschaft durch ihr Auftreten zu verwirren und von der kommunistischen Bewegung abzuschrecken, die Einheit des Handelns zu stören.

Die Erfahrungen der Partei seit der Neukonstituierung haben erhärtet, wie es in den Thesen des Düsseldorfer Parteitags beschlossen wurde, daß es mit diesen Gruppierungen und ihren Führern keinerlei Gemeinsamkeit gibt, aber die geduldige und überzeugende Diskussion mit deren Mitgliedern und Sympathisanten geführt werden muß, um sie von den Positionen ihrer Gruppierung zu lösen und für uns zu gewinnen."

Die alte verlogene Leier: Die Partei, die sich ihre Zulassung beim Innenministerium erbettelte und erreichte, weil sie den revolutionären Grundsätzen der alten KPD offen abschwor, beschuldigt zum Beispiel unsere Partei, die von revolutionären KPDlern gegründet wurde und das KPD-Verbot einfach durchbrach, sie sei eine durch „Staatsorgane und Massenmedien" geförderte Speerspitze gegen die DKP. Darüber lohnt es sich hier gar nicht zu argumentieren; man muß schon beide Augen zu machen, um so etwas zu glauben.

Interessant der letzte Absatz, der an anderer Stelle noch präzisiert wird:

„Nach wie vor gilt dieses Prinzip auch für unsere weitere Arbeit: **keine Aktionseinheit oder ‚Bündnisse' mit diesen Gruppierungen als Organisation oder mit ihren Führungskadern.** Aber Diskussion mit ihren Anhängern, mit dem Ziel, sie vom Einfluß ihrer Führer zu lösen."

Was für die DKP nicht heißt, sich aus breiten Bündnissen, in denen Kräfte arbeiten, die sie glauben beeinflussen zu können, rauszuhalten, bloß „weil dort schon ein Maoist oder ein anderer Chaot sitzt". (Die Wortwahl ist in der Tat identisch mit der des Staatsschutzes.)

Nun, das ist wohl klar. Wir unsererseits scheuen die Berührung nicht, und was die Diskussionen angeht — wir sind jederzeit bereit und suchen sie mit den DKP-Mitgliedern, und wir haben schon oft die Erfahrung gemacht, daß sich da die Führer einmischen und „ihre Leute" möglichst schnell dieser „gefährlichen Begegnung" entziehen wollen ...

Kommen wir zur „Würdigung" unserer Partei durch die Revisionisten.

Folgende Kurzcharakteristik findet sich in der Einleitung des Papiers: „Die ‚KPD' (ML) von Aust hat Mao Tsetung schon länger als ‚Klassiker' gestrichen und steht voll auf Albanien als ‚einzigem sozialistischen Land der Welt', das allein die Ideen von Mao richtig verstanden hat." Diese Darstellung mag auch unsere albanischen Genossen amüsieren.

Im Hauptteil der Ausarbeitung heißt es dann:

„KPD (ML)

Albanisch orientierte maoistische Gruppierung, die jetzt den durch die Selbstauflösung der Semmler/Horlemann-Gruppe ‚freigewordenen' Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands mißbraucht, das ‚ML' aber weiterführt.

Leitung weiterhin durch Aust. Hauptfeld ihrer Tätigkeit verlagert auf RGO (‚Rote Gewerkschaftsopposition') und ‚Volksfront', sowie verstärkte Versuche subversiver Tätigkeit von der BRD und Westberlin aus in die DDR.

In einem Sonderdruck verkündet diese Gruppe ‚Über uns und unsere Ziele', daß trotz Kühlschrank, Waschmaschine, Fernseher oder ein eigenes Auto die Proletarier nichts zu verlieren haben, wie ihre Ketten. Und zwar in ‚Ost **und** Westdeutschland'. Deshalb ruft die KPD/ML ihre Mitglieder auf, ‚...**in der DDR** gegen Honeckers SED-Regime, für die Wiedererrichtung des wahren, marx'schen Sozialismus' zu kämpfen.

Um den Mund noch voller zu nehmen ,erklären die Kommunisten (!) es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können **durch den gewaltsamen Umsturz** aller bisherigen Gesellschaftsordnungen. Sicher wird ein solcher Aufstand der Arbeiter Opfer kosten...'

Man erinnert sich beim Lesen solcher Kraftmeierei an den Freibrief des Verwaltungsgerichts Köln, das der KPD/ML bei ihrer Gründung guten Willen und Verfassungstreue bescheinigte und, daß sie nicht unter das KPD-Verbot falle. Sicher besteht die Hoffnung, daß diese Gruppierung ihren ‚gewaltsamen Umsturz' **in der DDR** mit einer angeblichen ‚Sektion DDR' plant. Die Finanzspritzen bestimmter Leute scheinen aus diesem Grunde noch nicht wesentlich gekürzt — im Unterschied zu manch anderen Gruppen ähnlicher Machart, die über Geldmangel klagen.

Es wäre nützlich, den mißbrauchten Anhängern der ‚Volksfront' solche Tatsachen vor Augen zu führen, damit sie das Doppelspiel der KPD/ML: hie konterrevolutionäre Umsturzspielerei und da ‚antifaschistisches' Volksfrontmäntelchen durchschauen lernen. (...)

So versucht die KPD (ML) ihre Existenzberechtigung vor allem durch verstärkte subversive Tätigkeit gegen die DDR vom Boden Westberlins und der BRD aus nachzuweisen."

Jetzt lieber Leser, weißt du Bescheid über deine Partei!

Wir arbeiten für den gewaltsamen Umsturz der kapitalistischen Verhältnisse in West und Ost. Soweit stimmt das ja noch, was hier gesagt wird. Wir halten nichts von sogenannten „Revolutionären", die die Arbeiterklasse gegenüber einem straff organisierten, bis an die Zähne bewaffneten und zu jedem Gewaltakt gegen das um seine Lebensinteressen kämpfende Volk bereiten Feind entwaffnen und ihnen die Möglichkeit eines „friedlichen Hineinwachsens" in sozialistische Verhältnisse vorgaukeln. Sie liefern die Werktätigen damit denen aus, die sie heute ausbeuten, morgen aussteuern und übermorgen in den Krieg schicken. Der Blutzoll, den die Arbeiterklasse dafür zahlen muß, das kapitalistische System nicht revolutionär anzutasten, ist ungleich höher als die Opfer im Kampf für ihre Befreiung. Das hat dieses Jahrhundert zur Genüge bewiesen.

In West und Ost. Das „Ost", das stört diese Leute besonders, muß sie auch stören, da sie doch Jahr für Jahr mit Millionenbeträgen aus dem Osten gespritzt werden, um ihre antikommunistischen Umtriebe fortführen zu können. Daß unsere Partei, ganz im Geiste der alten KPD, für die Arbeitermacht in ganz Deutschland kämpft und den Verrat der Honecker-Leute am Sozialismus anprangert, den Widerstand unter den Arbeitern der DDR organisiert, das läßt sie nicht ruhig schlafen. Es muß diese Leute andererseits mit Befriedigung erfüllen, daß auch fast die gesamten sogenannten linken Organisationen der Bundesrepublik, die sich über die Unterdrückung demokratischer bürgerlicher, aber auch tatsächlich westlich-imperialistisch geprägter Opposition im Osten empören, den Kampf unserer Partei in der DDR und die brutalen Zwangsmaßnahmen gegen unsere Genossen, die dem Stasi in die Hände fielen, totschweigen. Das gilt ja auch für angeblich kommunistische Organisationen, die — wie etwa der KABD — gern herausstreichen, daß der Kampf der **Arbeiter** für sie das Entscheidende ist; der Kampf der kommunistischen Arbeiter in der DDR ist für sie nicht von Interesse.

Die weitere Wertung unserer Arbeit durch die DKP zu kommentieren, erübrigt sich. Zwei Fragen hätten wir noch an die DKP-Führer: Die Bescheinigung über Verfassungsmäßigkeit und guten Willen zur Zeit unserer Gründung ist uns bisher entgangen, auch die „bestimmten Leute", die uns Finanzspritzen verpassen, haben wir anscheinend immer übersehen. Wie wär's denn: weiht uns und die Öffentlichkeit in euer Geheimnis ein! Gegen Geld haben wir nichts. Aber wir können nicht soviel bieten dafür wie ihr selber; unsere revolutionäre Gesinnung lassen wir uns nicht abkaufen...

Erwähnt sei noch, daß die DKP die RGO und die *Volksfront* der KPD schlicht angliedern; auch hier dieselbe Masche wie der Verfassungsschutz und ähnliche Einrichtungen. Sie unterstützt den Beschluß des IG-Metall-Beirats, *Volksfront*-Mitglieder aus der Gewerkschaft auszuschließen, und macht sich damit einmal mehr zum Worführer der mit der demokratischen Einheitsgewerkschaft völlig unvereinbaren Unvereinbarkeitsbeschlüsse. An die dummen *Volksfrontler* gerichtet, schreiben sie: „Viele Anhänger der Volksfront sind aber von dieser Steuerung durch die KPD/ML nicht informiert." Da haben sie auf das hier zitierte DKP-Papier sicher gerade gewartet.

Die RGO ist den Revisionisten, die sich in der Gewerkschaftsarbeit auf Gedeih und Verderb den Beschlüssen der reaktionären DGB-Führung unterordnen, ein besonderer Dorn im Auge.

„Über die RGO (‚Rote Gewerkschaftsopposition') ist schon in dem Material über die Betriebsrätewahlen 1981 berichtet worden", heißt es in den „neuen momenten". Das genannte „Material" ist auch so ein verlogenes „Informations"-Papier. Darin wird die Zahl der gesamten Betriebsratssitze für „Spalterlisten", für Oppositionelle also, absurd gering mit 146, die der RGO — womöglich noch absurder — mit nur 30 im ganzen Bundesgebiet angegeben. Außerdem ist von nie existierenden „Volksfront-Listen" die Rede usw. Da wird einem schon reichlich viel zugemutet.

Zum Schluß nur noch ein Beispiel über die Dreistigkeit der Verleumder im Zusammenhang mit der RGO:

„Seitdem (seit den BR-Wahlen '81 — Red.) sind Beispiele einer **neuen Taktik** in der Gewerkschaftsarbeit berichtet worden: im Werk Union Dortmund, wo sie 2 Betriebsräte haben, wird alles, was von der IG Metall kommt kritiklos unterstützt, obwohl sie sich als Opposition gegen die IGM haben wählen lassen. Sie lehnen es ab, sich von der RGO zu distanzieren und versuchen, sich weiter Ansehen zu verschaffen im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze."

Abschließend kann man also feststellen:

Die DKP-Führung fürchtet und muß fürchten, daß ihre Mitglieder über die wirkliche Politik der KPD und anderer linker Organisationen informiert werden, sie selbst belügt sie nach Strich und Faden. Ihre „Argumente" sind dürftig und schwach. Wir unsererseits sollten uns dadurch nur bestärkt fühlen, mit den einfachen Kollegen der DKP vor allem im Betrieb ins Gespräch und zu gemeinsamen Aktionen zu kommen, weil dort die Tatsachen schwerer wiegen als Wortschwälle.

Überfall auf gelähmten Engländer

HLA terrorisiert die Bevölkerung

HAMBURG. — Die Meldungen über bewußt provokatives, rücksichtsloses Auftreten der Faschisten von der Hamburger Liste für Ausländerstopp in der Öffentlichkeit häufen sich. Immer öfter werden Ausländer und Hamburger Bürger, die den Propagandatrupps der Nazis ihre Ablehnung zu erkennen geben, angepöbelt oder direkt bedroht.

Einen Höhepunkt des schon terroristischen Auftretens dieser Leute, denen mit Hilfe von CDU und SPD die Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen im Juni ermöglicht wurde — und damit auch der Propagandarummel, den sie derzeit abziehen —, ist die Mißhandlung eines querschnittgelähmten Engländers.

Als dem englischen Wirtschaftsjournalisten Matthew McDonald, 47 Jahre alt und querschnittsgelähmt, ein Flugblatt der HLA durch den Briefschlitz seiner Wohnungstür flatterte, riß er empört die Tür auf. „Nimm den Nazi-Schweinkram wieder mit!" schrie er einem bulligen, vollbärtigen Nazi-Werber entgegen, der zusammen mit drei anderen Männern und einem etwa 15jährigen Mädchen vor seiner Wohnungstür stand. Der Anführer der Faschisten drückte ihn in die Wohnung zurück.

Als Matthew McDonald etwa zehn Minuten später einer Nachbarin die Tür öffnete, stand der HLA-Trupp immer noch da und fing sofort an zu pöbeln. Bei dem Streit nahmen die Nazis dem Journalisten die Krücken weg und schlugen ihm ins Gesicht. Dann hielten ihn zwei der Terroristen fest, und das Mädchen sprühte ihm aus einer Dose hochgiftiges CS-Gas ins Gesicht. Danach verschwanden die vier.

Damit aber war der Terror noch nicht vorbei. In der Nacht auf den folgenden Tag wurde McDonald jede Stunde durch einen Telefonanruf geweckt und von Nazis beschimpft. Und als er am Mittag des nächsten Tages spazieren gehen wollte und die Wohnungstür öffnete, prallte er zurück: „Ausländer raus!" stand in weißer Schrift auf der roten Tür, unter die Schmiererei war ein Hakenkreuz gemalt. Wenig später ein erneuter Anruf: „1939 haben wir solche Kanaker verbrannt! Du kannst froh sein, daß wir dich nur verprügelt haben. Aber die guten Zeiten kommen wieder!"

Man sieht an diesem empörenden Vorfall, wie sehr sich die Faschisten durch die wohlwollende Haltung der Behörden ihrem Treiben gegenüber ermutigt fühlen. Es bewahrheitet sich die Voraussage der Hamburger Antifaschisten, auch der KPD: Wenn man die Nazi-Liste zu den Wahlen zuläßt, wird das ihrem verbrecherischen Auftreten neuen Auftrieb geben. Alle Parteien haben das gewußt und billigend in Kauf genommen. Der Wahl in Hamburg wiederum wird womöglich die Aufstellung ähnlicher Listen bei nachfolgenden Wahlen folgen, etwa bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein. Der Widerstand muß also noch stärker werden.



Während die bürgerlichen Parteien der HLA die Beteiligung an der Bürgerschaftswahl und die ungehinderte Verbreitung ihres faschistischen Gedankenguts ermöglichen, haben die Hamburger Antifaschisten dieser Naziliste den Kampf angesagt.

Streik an der Gesamtschule Oberhausen-Osterfeld

Zum ersten Mal in der 13jährigen Geschichte der Gesamtschule Oberhausen kam es am vergangenen Dienstag zu einem ganztägigen Schulstreik. Eltern hatten dazu aufgerufen, nachdem auf einer Elternvollversammlung über die neuen Pläne der Kultusministerkonferenz (KMK) informiert wurde.

Sie sehen vor, daß die Klassen stärker differenziert (aufgeteilt) werden, und zwar in E-(Erweiterungs-) und G-(Grund-) Kurse. Außerdem sollen Abschlüsse und Übergänge in die Oberstufe verschärft werden.

Bayern und die CDU-Länder wollten sogar schon im 5. Jahrgang E- und G-Kurse einrichten, was total dem Gesamtschulgedanken (soziales Lernen statt Auslese, besondere Förderung der Arbeiterkinder usw.) widersprochen hätte.

Strauß und Kohl bezeichnen die Gesamtschule ja bekanntlich als „Gleichmacherei" und „Einheitsbrei". Ihnen geht es um die Aufrechterhaltung der Klassenschulen; jetzt versuchen sie, schon bestehende Gesamtschulen auch in SPD-Bundesländern über die Anerkennungsregelung in ihrem Sinne zu verändern.



Das stößt natürlich auf erbitterten Widerstand der Gesamtschuleltern, -lehrer und auch -schüler. Ihnen ist nämlich die Gesamtschule nicht in den Schoß gefallen, sie haben dafür gekämpft und sie immer wieder gegen Angriffe verteidigt.

Die SPD-Bundesländer setzen dem CDU-Angriff nichts Besseres entgegen als einen „Kompromiß", der vorsieht, daß zwar nicht im 5. und 6. Schuljahr „differenziert" wird, dafür aber in späteren Jahrgängen doch, und zwar im 7. zusätzlich Deutsch und im 9. zusätzlich Naturwissenschaften. Und in die Oberstufe soll dann nur noch der kommen können, der in mindestens zwei E-Kursen gewesen ist.

Dieser „Kompromiß" wurde von uns Eltern diskutiert und mit Mehrheit abgelehnt. Wir befürchten nämlich ein weiteres Teilen der Klassen, zunehmendes Konkurrenzdenken und auch zunehmenden Leistungsdruck. Außerdem: Wer meldet sein Kind noch an der Gesamtschule an, wenn die Übergänge in die Oberstufe schon fast schwerer sind als an Gymnasien? Von Gesamtschule wäre auch nach dem SPD-Kompromiß keine Rede mehr!

Die Abstimmung auf der Elternvollversammlung war eindeutig: Von 500 anwesenden Eltern sprachen sich 480 für einen Schulstreik aus; einstimmig wurde eine Resolution verabschiedet. Schulstreiks hatte es bisher nur an Kölner Gesamtschulen gegeben.

Dieser Schulstreik wurde in Form eines Aktionstages vorbereitet und durchgeführt. Schon um 8 Uhr waren die Eingänge besetzt, der Unterricht mußte um 10 Uhr abgebrochen werden, da nur wenige Schüler überhaupt in die Klassenräume gegangen waren. Die Lehrer mußten — hierauf waren sie vom Schulleiter verpflichtet worden — ihren Unterricht anbieten. Viele reihten sich aber anschließend ein in eine gemeinsame Demonstration vom Schulhof durch Osterfeld bis zum Rathaus Oberhausen. Dort überbrachten Elternvertreter ihren Standpunkt den Lokalpolitikern und hielten Abschlußreden. Die Forderung ist klar: Keine Zustimmung zu einer Regelung, die hinter das Bestehende geht! Keine Veränderung der jetzigen Situation!

Für diese Forderung sind wir auf die Straße gegangen und haben Sympathien gefunden. Ein Vater zum Schluß der Kundgebung: „Es geht nicht an, alle vier Jahre zu wählen und dann den Politikern das Geschäft zu überlassen. Und das dann noch zu Ungunsten unserer Kinder!"

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

„Ausländer willkommen" gegen Nazi-Professoren

Anfang Mai führte die Bochumer Initiative „Ausländer willkommen" eine Aktion gegen Ausländerfeindlichkeit durch, die viel beachtet wurde und, wenn auch in entstellter Form, durch die Presse ging. In Bochum wirken die rassistischen Professoren Schmidt-Kaler und Rust, Mitunterzeichner des Heidelberger Manifests gegen die Ausländer, ideologische Grundlage für die Aktivitäten von Neonazis, aber auch pseudowissenschaftliche Rechtfertigung für ausländerfeindliche Maßnahmen regierender Politiker, zum Beispiel des CDU-Senats in Westberlin.

Über den Verlauf der Aktion erhielten wir den folgenden Telefonbericht.

Bei dieser Aktion wurden die Eingänge der Mensa unterteilt in Eingänge für Ausländer und Eingänge für Deutsche. Dazu verteilten wir ein Flugblatt, wo drüber stand „akademisches Ausländer-Überwachungsamt", in dem diese Trennung der Eingänge begründet wurde, daß die Ausländer Schmarotzer seien und daß wir endlich mal sehen wollten, wieviel die Ausländer auf Kosten des deutschen Volkes in der Mensa verzehren. Dazu stand da drin, daß endlich die Vorschläge von Herrn Schmidt-Kaler durchgesetzt werden müßten.

Zu gleicher Zeit wurde ein Flugblatt für die Ausländer in verschiedenen Sprachen verteilt, die über diese Aktion aufgeklärt werden sollten, damit sie sich nicht provoziert fühlten.

Wenn die Leute die Eingänge passiert hatten, bekamen sie ein Aufklärungsflugblatt in die Hand gedrückt, in dem drinstand, daß es halt noch nicht so weit ist in Westdeutschland, daß die Mensaeingänge tatsächlich für Ausländer und Deutsche getrennt sind, daß es aber bald dazu kommen könnte, wenn wir nicht massiv gegen die Ausländerfeindlichkeit angehen und gegen solche Leute wie Schmidt-Kaler, und gegen die Gesetze der Bundes- und Landesregierung.

Die Aktion verlief eigentlich sehr gut. Das Erschreckende war nur, daß ungefähr 80 Prozent der Deutschen widerspruchslos durch die deutschen Eingänge gelatscht sind, ohne groß darüber nachzudenken, daß einige, die das „Behördenflugblatt" schon gelesen hatten, zielstrebig auf den deutschen Eingang zuliefen, obwohl der weiter entfernt war als der ausländische Eingang, daß also unter der Studentenschaft sehr viele über das Problem der Ausländerfeindlichkeit nicht Bescheid wissen und sich auch keine Gedanken darüber machen.

Positiv hervorzuheben ist, daß wir 200 Hefte „Der Schoß ist fruchtbar noch" verkauft haben.

Nach dieser Aktion gingen wir dann mit ungefähr 50 bis 60 Leuten zu dem Gebäude der Uni, in dem auch Schmidt-Kaler und Rust (beides Unterzeichner des Heidelberger Manifests) lehren, hängten große Wandzeitungen ans Gebäude draußen, aber auch im Gebäude auf, auf denen stand: „Institut für theoretischen Rassismus". Als wir im 7. Stock ankamen und auch dort Wandzeitungen anbringen wollten, wurden wir von einem Astronomieprofessor angesprochen, wir sollten abhauen, wir sollten das Gebäude nicht beschmutzen, das mit den Wandzeitungen ginge wirklich zu weit. Darauf antworteten wir ihm, das Gebäude sei schon verschmutzt durch die Anwesenheit und die Pamphlete von Schmidt-Kaler und Rust, und daß wir doch weitermachen wollten, worauf der Professor einer Kommilitonin eine Wandzeitung aus der Hand riß und wutentbrannt versuchte, sie zu zerreißen. Daraufhin gab es eine kleine Rangelei, wobei wir uns etwas angeschrieen haben und wir klarmachten, daß wir nicht bereit sind, solche Leute wie Schmidt-Kaler an der Uni zu dulden. Wir gingen dann aber weiter und klebten noch direkt bei Rust und Schmidt-Kaler.

Das war eine gute Aktion, obwohl unsere Wandzeitungen natürlich schnell wieder abgerissen wurden.

Am nächsten Tag stand in der „Bild"-Zeitung, ein Professor haben ein blaues Auge davongetragen, aber das war eine glatte Lüge. Dem Herrn, mit dem wir da die Auseinandersetzung hatten, ist überhaupt nichts passiert.

Ich habe den/die unten Genannte(n) als neuen Abonnenten des „Roten Morgens" geworben. Ich nehme damit am Wettbewerb teil.
Das Abo soll beginnen ab Nr. /82. Es gelten die bekannten Abonnements- und Vertriebsbedingungen.

Name des Werbers: ....
Straße: ....
PLZ/Ort: ....

RM-Abo-Wettbewerb

Name des Abonnenten: ....
Straße: ....
PLZ/Ort: ....
(Ausschneiden, auf Postkarte kleben oder in Briefumschlag stecken, einsenden!)

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

„Roter-Morgen"-Erzählwettbewerb

Wir beginnen in dieser Nummer mit dem Abdruck von Artikeln, die uns im Rahmen des Erzählwettbewerbes zugeschickt wurden. Noch sind es wenige; wir hoffen, daß sich noch viele Freunde des „Roten Morgens" an dem Wettbewerb beteiligen!

Die folgende Geschichte — „King Kong macht seinem Namen alle Ehre" — schickte uns der Kollege Peter aus Westberlin. Es geht darin um tatsächliche Vorfälle in einem Westberliner Betrieb 1978. (Zwischenüberschriften von uns — Red.)


RM-Erzählwettbewerb

King Kong macht seinem Namen alle Ehre

Es ist 11.00 Uhr. Die Frühstückspause ist vorbei. Die Kollegen haben ihre Maschinen wieder in Gang gesetzt. Die Kaltmaschinen. Das sind Verseilmaschinen und Wickelböcke. Die Warmmaschinen laufen ohne Unterbrechung. Auch die Pause durch. Denn das Abschalten und Wiederanschalten der Kunststoffmantelspritzen dauert längere Zeit. Anspritzstellen durfte es bei den meisten Adern und Kabeln nach VDE-Vorschrift nicht geben.

Plötzlich ein Rattern. Immer lauter. Und Rumpeln. Die Halle vibriert. Dann ein Knall. Ohrenbetäubend! — Die Kollegen schrecken zusammen. Was ist passiert? — Gefolgt von Klirren und Scheppern. Einen Augenblick später wieder Stille. Der übliche Geräuschpegel. Knapp unter neunzig Phon. Das ist erlaubt.

Georg stellt seine Maschine ab. Er rennt zum Unfallort. Mehrere Kollegen sind dort schon versammelt.

Der neue Aufwickler gleicht einer Ruine. Der Platz drumherum einem Trümmerfeld. Lauter Eisenteile und Glassplitter. Die tonnenschwere Stahlglocke hat sich aus ihrer Verankerung gelöst. Während der Fahrt. Sie hat mit ihrer ganzen Wucht die Panzerglasscheibe durchschlagen. Eisenringe, Bolzen und andere Teile, zentnerschwer, liegen in einem Umkreis von zehn Metern verstreut. Ein großer Ring unmittelbar neben der Prüfbox. Die Kollegen sind noch einmal mit dem Schrecken davongekommen. Zufall. Glück im Unglück!

Wie konnte es dazu kommen?

Vorne, in der großen Halle steht ein Drahtzug. Dieser zieht den daumendicken Kupferdraht durch eine Vielzahl von Steinen auf einen Querschnitt herab, wie er zum Beispiel für die Lichtleitungen von Wohnungen verwendet wird. Aufgabe des neuen Abwicklers ist es, den auf Maß gezogenen Draht auf Trommeln zu wickeln. Zweihundert-, dreihundert- oder vierhunderttausend Meter auf eine Trommel. Je nach Stärke. Dabei läuft der Draht von oben in die Glocke und wird an der Innenwandung entlang bis zum unteren Rand geführt. Die Glocke dreht sich mit hoher Geschwindigkeit um ihre eigene Achse, bewegt sich dabei gleichzeitig langsam hoch und runter, um den Draht gleichmäßig auf die Trommel zu verteilen. Die Glocke stülpt sich gleichsam über die unter ihr liegende Trommel. Sie verdeckt sie vollständig in der untersten Stellung. In der obersten Stellung liegt die Trommel fast frei. Und das Neuartige an diesem Aufwickler: Die rasante Geschwindigkeit. Über einhunderttausend Meter Stundenleistung. Unvorstellbar!

Wochenlang hatte die Montage gedauert. Wie ein Aussichtsturm ragt jetzt der Aufwickler in die Halle empor. Die Monteure sind immer noch da. Die Versuchsphase ist noch nicht abgeschlossen.

Acht Kollegen stehen beieinander. Sie fragen, wie es zu diesem Unfall kommen konnte. Kollege Mehmet, der Betriebsschlosser, war von Anfang an bei der Aufstellung dabei. Er hat den Unfall mitgekriegt. Aus nächster Nähe. Mehmet berichtet den besorgten Kollegen, wie es dazu kam:

„Heute lief die Maschine zum ersten Mal auf vollen Touren. Die Trommel fing wieder an zu vibrieren, immer stärker. Dann stieß sie gegen die Glocke und riß sie aus ihrer Halterung. Die Glocke schlug gegen die Panzerglasscheibe. Die ist zur Sicherheit vorne angebracht. Dann ging alles zu Bruch."

„Warum habt Ihr die Maschine nicht vorher abgestellt?", fragt Georg.

„Ihr habt doch selbst gesehen", fährt Mehmet fort, „der Betriebsleiter und Hausmann waren immerzu unten. Die Monteure mußten ständig Überstunden machen. Sogar sonntags. Dem Betriebsleiter geht es einfach nicht schnell genug. Bei vierzehnhundert Umdrehungen in der Minute fängt die Trommel an zu vibrieren. Siebzehnhundert soll der Aufwickler aber schaffen."

„Was der bei siebzehnhundert schafft, haben wir ja gesehen", wirft ein Kolleg ein.

„Hat denn keiner was abgekriegt?" fragt Georg.

„Nein, wir haben alle großes Glück gehabt. Ich stand mit den beiden Monteuren auf dieser Seite des Aufwicklers", sagt Mehmet und zeigt dabei mit der rechten Hand in die Richtung. „An dieser Seite ist die Maschine geschlossen. Die Teile sind vorne herausgeflogen durch die Scheibe. Und dort stand zufällig niemand."

„Haben die Kollegen hier an den Verpackungsautomaten nichts mitbekommen?" fragt ein anderer Kollege.

„Gott sei dank auch nicht. Es war auch in dem Moment niemand auf dem Mittelgang."

„Dieser Stahlring als Halskrause, das ist keine allzu verlockende Vorstellung. Da wäre sicher die Rübe runter gewesen." Ein etwas makabrer Scherz!

Der Aufwickler ist den Kollegen unheimlich. Er sieht nicht nur aus wie ein gewaltiges Ungeheuer, sondern verhält sich auch so. Nach diesem Unfall hat er seinen Namen weg: „King Kong."

„Es ist doch nichts passiert..."

Jetzt kommt der Betriebsleiter runter. Und auch Hausmann. Der Vorarbeiter hat sie gerufen und den Unfall gemeldet. Die beiden gehen auf die Kollegen zu. Der Betriebsleiter fragt: „Meine Herren, was ist hier los? Wollen Sie nicht an die Arbeit gehen? Es ist ja keinem was zugestoßen. Ihre Hilfe brauchen wir nicht. Das können wir schon selbst erledigen."

„Ganz so ist das ja nicht", erwidert Manfred, der an dem Wickelbock neben dem Drahtzug die Kabel ausbessert. „Schließlich hätten wir was abbekommen können. Das ist ja lebensgefährlich, hier zu arbeiten."

„Herr Franke, wir werden die Ursachen für den Unfall genau untersuchen. Wir werden dafür sorgen, daß das nicht noch einmal passiert. Sie können ganz beruhigt an Ihren Wickelbock gehen."

Danach gehen die Kollegen langsam auseinander, jeder wieder an seine Maschine.

Bei Schichtwechsel erzählt Georg dem Heinz, was heute passiert ist.

„Hat der Mehmet den Aufwickler sicher falsch bedient. Sonst wäre das wohl nicht passiert", ist die Reaktion von Heinz darauf. „Die sollten an so eine teure Maschine keine Türken ranlassen."

„Heinz, hör mit solchen Sprüchen auf. Du weißt doch auch, daß dem Betriebsleiter nichts schnell genug gehen kann. Wer weiß denn, ob der nicht dafür gesorgt hat, daß die Höchstgeschwindigkeit überschritten wurde? An dieser ganzen Hetze liegt doch das Übel! Und nicht an der Unfähigkeit der Kollegen."

„Das stimmt nicht, Georg. Ich habe gestern in der BZ gelesen, daß nach einem Autounfall an der österreichischen Grenze aus einem VW-Käfer neun Türken ausgestiegen sind. Da wundert einen doch nichts mehr. Dazu fällt mir ein Witz ein, den mir mein Bruder erzählt hat. Wieviele Juden kann man in einem VW transportieren?"

„Will ich gar nicht wissen. Die Witze von deinem Bruder sind ja meistens ganz üble Nazi-Witze", entgegnet Georg.

„Vierundsechzig! Zwei hinten, zwei vorne und sechzig im Aschenbecher."

„Mensch, Heinz, so etwas plapperst du ohne zu überlegen einfach nach. Weißt du nicht, was du da erzählst? Du denkst wohl auch, daß du als Deutscher was Besseres bist. Dabei vergißt du, daß Hitler nicht nur Juden umgebracht hat. Die Zahl der deutschen Soldaten, die auf den Schlachtfeldern verblutet sind, ist noch viel größer. Die Front läuft auch heute nicht zwischen Deutschen und Türken, sondern zwischen Unternehmern und Arbeitern. Dabei ist ganz egal, ob deutsch, türkisch oder was sonst noch. Ich habe manchmal den Eindruck, daß du mehr auf Seiten der Geschäftsleitung stehst. Und das bei zehn Mark Stundenlohn. Da liegst du aber völlig falsch."

„Die Türken sollen wieder dahingehen, wo sie herkommen. Die nehmen uns nur die Arbeitsplätze weg."

„Wer hat sie denn geholt? Du und ich doch nicht. Sondern die Unternehmer und die Regierung, weil sie viel Geld an denen verdienen können. Und die eine Million Arbeitslose heute sind denen auch noch lieb. Da können sie leicht einen Kollegen rausschmeißen und einen neuen von der Straße holen. Vielleicht noch mit fünfzig Prozent weniger Stundenlohn.

Heinz, solange wir Kollegen gegeneinander arbeiten, haben die Unternehmer doch, was sie wollen. Auch du bist weg vom Fenster, wenn du Schrott fährst oder die Schnauze zu weit aufreißt. Oder du mußt denen eben tief in den Arsch kriechen! Da ist aber nur für einige wenige Platz."

Georg denkt, beim Heinz ist das ja zwecklos. Der denkt nur immer, er ist der King. Arbeiten kann er ja auch, das will keiner bestreiten. Aber sein Hirn läßt er sich von seinem Bruder verkleistern. Was muß das für eine üble Type sein.

Sie geben keine Ruhe

Es dauert Wochen und Monate, bis die Ersatzteile für den Aufwickler beschafft sind. Die Monteure müssen die ganze Maschine auseinanderbauen, weil auch der Rahmen verzogen ist. Jetzt scheint aber wieder alles in Ordnung. Nur der uneinheitliche Anstrich und abgeschabte Farbe erinnern noch an den Unfall.

Eine weitere Versuchsphase folgt. Unablässig sind der Betriebsleiter und Hausmann den Monteuren auf den Fersen. Sie drängen sie ständig zur Eile. Sie geben nicht eher Ruhe, bis die Maschine auf voller Tourenzahl läuft.

Die Monteure bleiben noch einige Tage bei Reinicke, da der Aufwickler noch nicht einwandfrei funktioniert. Bei Höchstgeschwindigkeit kommt es immer wieder zu Schwingungen. Als Sicherheitsmaßnahme wird ein Vibrationsschalter eingebaut. Der soll die Maschine von alleine ausschalten, sobald die Schwingungen ein bestimmtes Maß überschreiten.

Mehmet steht gerade einige Schritte von der Maschine entfernt, als sie erneut zu rumpeln beginnt. Dasselbe Geräusch wie damals. Bei dem Unfall. Als alles auseinanderflog. Der Vibrationsschalter schaltet nicht ab. Das Rumpeln wird lauter. Mehmet überlegt kurz, ob er den Aufwickler abschalten soll. Er bleibt dann aber wie angewurzelt stehen. Er sieht, daß ein Monteur oben auf dem Aufwickler steht. Der macht Anstalten, schnell herunterzuklettern. Scheint sich aber doch nicht mehr zu trauen.

Das Rattern und Rumpeln nimmt zu. Die ganze Maschine wackelt. Verbissen klammert sich der Monteur am Geländer fest. Der doch sonst so selbstsicher und lässig auftrat. Todesangst in seinen Augen. Mehmet reißt sich gewaltsam aus dem Gebanntsein heraus. Er dreht sich um und rennt davon. So schnell er kann. Das Getöse wird lauter. Krachen folgt. Wieder ein ohrenbetäubender Knall! Zentnerschwere Eisenringe, abgerissene Bolzen und Schrauben durchschlagen die Panzerglasscheibe. Glasscherben und Eisenteile wirbeln in hohem Bogen durch die Luft. Sie übersäen den Mittelgang, Maschinen und Trommeln.

Der Aufwickler kommt zum Stillstand. Der Monteur sackt auf der Maschine zusammen. Er sitzt oben wie gelähmt und starrt kreidebleich in die Halle runter.

Zwei Kollegen klettern schnell die Leiter hoch. Sie wollen dem Monteur helfen. Sie bleiben eine Weile oben, bis er seinen Schrecken überwunden hat. Dann klettert er mit ihnen runter. Einer vorne, einer hinten, der Monteur in der Mitte.

Auch diesmal kommen alle mit dem Schrecken davon. Am gefährlichsten war die Sache für den Monteur. Er hatte aber instinktiv das Richtige getan, oben zu bleiben und sich festzuhalten. Die Maschine insgesamt war ja stehengeblieben. Nur unter ihm waren die Teile herausgeschleudert. King Kong hatte seinem Namen alle Ehre gemacht.

Die Betriebsleitung ist nun gezwungen, die ganze Maschine wieder abzubauen. Sie schickt sie zum Hersteller zurück.

Profit geht vor Menschenleben

Es vergeht ein halbes Jahr, bis der Aufwickler erneut in der Halle aufgebaut wird. Der Hersteller hat in der Zwischenzeit die Maschine überholt. Er hat sie überhaupt zum ersten Mal bei sich im Prüffeld zusammengebaut und ausprobiert. Diese Kosten hatte er sich vorher sparen wollen. Und selbst nach dem ersten Unfall wollte man da noch nicht ran. Daß diese Sparsamkeit Menschenleben kosten könnte, solche Gedanken läßt man erst gar nicht aufkommen.

Aber auch weiterhin hat King-Kong seine Mucken. Ein Teil nach dem anderen muß ausgewechselt werden. Die Reparaturrechnungen häufen sich zu ansehnlichen Stapeln auf den Schreibtischen im Materialbeschaffungsbüro. Es spricht sich langsam herum, daß der Aufwickler eine alte Maschine ist. Sie wurde erst nachträglich auf Leistung getrimmt. Der frische Anstrich hatte bis jetzt erfolgreich darüber hinweggetäuscht.

Als Georg das hört, muß er an seine damalige Firma denken. Die hatten einen Zweigbetrieb in Indien aufgebaut, wo die Facharbeiter für fünfzig Pfennig die Stunde große Generatoren bauten. Für die deutschen Kollegen blieb nur die Endlackierung und die Befestigung des Schildes mit der Aufschrift: Made in Western Germany. Und da reden die immer von Sicherung der Arbeitsplätze!

Kein Wunder. Kein Kollege will mehr am Drahtzug arbeiten. Aber was läßt sich dagegen tun? Auch jetzt versichert die Betriebsleitung, daß alles in Ordnung ist. Es bestünde keine Gefahr mehr. Die Kollegen überlegen: Lehnen wir die Arbeit ab, kann das als Arbeitsverweigerung ausgelegt werden. Es droht also fristlose Entlassung. Die Kollegen wissen genau, daß es noch vierzigtausend Kollegen in der Stadt gibt, die ebenfalls Arbeit suchen. Da ist die Geschäftsleitung nicht zimperlich. Wer soll unter diesen Umständen den Rausschmiß riskieren?...


Sterben für den Profit — in dieser Erzählung geht es darum, wie die Kapitalisten Sicherheitsbestimmungen nicht einhalten, weil für sie nur der schnelle Profit zählt.

Noch immer stirbt fast alle zwei Stunden eine Kollegin oder ein Kollege nach einem Arbeitsunfall. Opfer der kapitalistischen Produktionsbedingungen.

Unser Bild zeigt den Arbeiter Nuri C., im März 1978 von einem herabstürzenden Bauteil erschlagen. Er und seine Kollegen wußten, daß es gefährlich war, an diesem Platz zu arbeiten. Aber sie hatten Angst vor der Kündigung...

15 Jahre ROTER MORGEN

Wir laden ein zum Pressefest:

11./12. September im Ruhrgebiet

Beteiligt euch an den Wettbewerben!

„Roter-Morgen"-Verkaufswettbewerb

Wertungszeitraum: 1. Mai bis 1. September

Dies soll ein Wettbewerb zwischen den Ortsgruppen der Partei sein. Wir fordern alle Genossen auf, ihre bisherige Verkaufspraxis zu überprüfen, nach neuen Möglichkeiten zu suchen und diese umzusetzen.

Schreibt uns über eure Ideen und Erfahrungen, wir werden darüber berichten. Der Wettbewerb ist ja keine Geheimkonkurrenz, er soll Ansporn sein, damit wir insgesamt vorankommen.

Die Preise, die dabei zu gewinnen sind, kann sicher jede Ortsgruppe für ihre Arbeit gebrauchen:

1. Preis — Ein Diaprojektor
2. Preis — Ein Epidiaskop
3. Preis — Ein kompletter Parteistand (mit Tisch, Sonnenschirm, Stelltafeln, Parteifahne)

„Roter-Morgen"-Abonnenten-Werbewettbewerb

Wertungszeitraum: 1. Mai bis 1. September

Hier ist jeder einzelne Leser des „Roten Morgens" aufgerufen, aktiv zu werden. Neben der Freude über die weitere Verbreitung unserer Presse winkt als

Hauptpreis — Eine Flugreise nach Albanien
Zwei Wochen Vollpension mit Ausflügen für eine Person
Die anderen Preise sind attraktive Buchpreise

Erzählwettbewerb

Was ihr erlebt habt im politischen, gewerkschaftlichen Kampf, im Betrieb, mit dem Staat, seinen Nazis, seiner Polizei oder seinen Sozialämtern, mit Kollegen und Genossen im Kampf für unsere Sache — schreibt es auf. Große Scheu ist unangebracht, man muß kein Schriftsteller sein, um im „Roten Morgen" berücksichtigt zu werden. Schon vor dem Pressefest werden wir einzelne Einsendungen abdrucken. Aus euren Erfahrungen können andere lernen, sie können Ansporn sein.

Einzige Auflage: Schreibt bitte nicht mehr als 200 Schreibmaschinenzeilen.
Auch hier gibt es etwas zu gewinnen:

1. Preis — Eine Spiegelreflexkamera
2. Preis — Ein Kassettenrecorder mit Mikro
3. Preis — Ein Buchpreis

Einsendeschluß: 15. August 1982

Nicht verzweifeln ...



wenn's mit dem Schreiben nicht so flott von der Hand geht. Noch ist ja auch Zeit, und niemand braucht haareraufend sein Bier schal werden zu lassen. Man braucht auch keinen Schnellkursus in Schriftstellerei zu absolvieren. Wir möchten, daß Kollegen und Genossen das, was sie bei der Arbeit, im täglichen Leben, im Kampf für ihre Rechte usw. erlebt und erfahren haben und für berichtenswert halten, aufschreiben und uns zuschicken. Das ist auch ein Beitrag, unsere Zeitung lebendiger und besser zu machen. Daß es sich nebenbei auch noch lohnt, am Wettbewerb teilzunehmen, wißt ihr ja. Also: Haut rein! Wir können noch viele Beiträge verkraften!



Britische Automobilarbeiter im Streik — mit einem neuen Gesetz der Thatcher-Regierung soll das Streikrecht erheblich eingeschränkt werden.

Im Schatten des Falkland-Krieges

Thatcher-Regierung liquidiert Gewerkschaftsrechte

LONDON. — Während die gesamte britische Reaktion im Zusammenhang mit dem Falkland-Krieg chauvinistische Stimmungen schürt und das ganze Volk zur Unterstützung des Kolonialkrieges im Südatlantik mobilisieren will, hat das Unterhaus des Londoner Parlaments ein von der Regierung eingebrachtes Gesetz verabschiedet, das elementare gewerkschaftliche Rechte außer Kraft setzt.

Damit hat die Thatcher-Regierung ihren antigewerkschaftlichen Kurs konsequent fortgesetzt. Schon gleich nach ihrem Machtantritt war Arbeitsminister Prior darangegangen, den Handlungsspielraum der britischen Gewerkschaften per Gesetz auf kaltem Wege empfindlich einzuengen. Im Zentrum seines Angriffs stand dabei die sogenannte Immunitätsklausel, die sich die Arbeiterbewegung 1906 erkämpft hatte und die besagt, daß die Gewerkschaften nicht für wirtschaftliche Folgen von Streikkämpfen von den Unternehmern zu Schadensersatz verpflichtet werden können.

Prior klammerte nun aus dieser Klausel die in Britannien gebräuchliche Kampfform der „fliegenden Streikposten" aus. Diese Streiktaktik besteht darin, daß Posten auch vor den Kunden- und Lieferantenfirmen des bestreikten Betriebs aufziehen, um so dem Arbeitskampf mehr Schlagkraft zu verleihen. Nach Priors Gesetz nun können Unternehmer für den durch „fliegenden Streikposten" verursachten Produktionsausfall Schadensersatz von der betreffenden Gewerkschaft verlangen.

Diese und eine Reihe ähnlicher Maßnahmen gingen der britischen Monopolbourgeoisie und den von Margaret Thatcher repräsentierten extrem reaktionären Kräften innerhalb der Konservativen Partei noch nicht weit genug. Weil Arbeitsminister Prior offenbar nicht der richtige Mann für einen noch schärferen Kurs war, wurde er abgelöst und durch Norman Tebbit, einen engen Gefolgsmann Thatchers, ersetzt.

Der machte sich denn auch gleich daran, ein neues Gesetz gegen die Gewerkschaften auszutüfteln, das jetzt im Unterhaus verabschiedet wurde. Auch dieses Gesetz richtet sich wieder zentral gegen das Streikrecht. Tebbit hat die erwähnte Immunitätsklausel noch weiter eingeschränkt. Bislang war es bei „wilden Streiks", die in Britannien sehr häufig sind, für den Unternehmer des betroffenen Betriebs gesetzlich möglich, einzelne am Streik führend beteiligte Gewerkschaftsfunktionäre oder andere Kollegen auf Schadensersatz zu verpflichten. Nun war bei einzelnen Arbeitern aber natürlich finanziell nichts zu holen; die Kapitalisten unterließen entsprechende Klagen in den allermeisten Fällen darüber hinaus auch aus der Angst vor neuen Kämpfen.

Nach Tebbits neuem Gesetz aber kann bei einem „wilden Streik" die ganze Gewerkschaft schadensersatzpflichtig gemacht werden, wenn es die entsprechende Zentrale unterlassen hat, einen solchen Streik aktiv zu bekämpfen (beispielsweise durch Repressalien gegen beteiligte Mitglieder). Weiter definiert das neue Gesetz „rechtmäßige Arbeitskämpfe" nur noch als solche, die ganz oder hauptsächlich für die Verbesserung der Löhne oder der Arbeitsbedingungen geführt werden. Alle anderen Kämpfe — beispielsweise Sympathie- und Solidaritätsstreiks aller Art — gelten fortan als „unrechtmäßig" und ziehen ebenfalls empfindliche Strafen in Form von Schadensersatzleistungen nach sich.

Die Thatcher-Regierung hat auch eine andere alte Forderung des Kapitals zum Gesetz gemacht, die darauf abzielt, die Betriebe von kämpferischen Elementen zu säubern. Bislang konnten sogenannte troublemaker („Rädelsführer") bei Streiks nur dann entlassen werden, wenn mit ihnen die Gesamtheit der am Kampf beteiligten Kollegen auf die Straße gesetzt wurde. Diese Regelung ist im neuen Gesetz aufgehoben worden; nun können die Unternehmer gezielt und nach Belieben die „Rädelsführer" aus dem Betrieb werfen.

Schließlich ist Tebbits Gesetz auch ein gezielter Schlag gegen das System des closed shop, nach dem in zahlreichen Betrieben (mit insgesamt fünf Millionen Beschäftigten) nur Gewerkschaftsmitglieder eingestellt werden dürfen. Künftig aber muß in solchen Betrieben auch ein Nicht-Gewerkschaftsmitglied eingestellt werden, wenn es „Gewissensgründe" dafür geltend macht, daß es nicht den Gewerkschaften angehört. Weigert sich die Gewerkschaft in einem Betrieb mit closed shop dennoch gegen die Beschäftigung eines solchen „Gewissens"-Kandidaten, muß sie ihm eine Kandidaten, muß sie ihm eine

Außerdem muß in allen in Frage kommenden Betrieben künftig alle fünf Jahre darüber abgestimmt werden, ob das closed-shop-System beibehalten werden soll. Wenn nicht mindestens 80 Prozent aller Beschäftigten oder 85 Prozent aller an der Abstimmung Beteiligten für „Ja" plädieren, gilt das System als aufgehoben. Sperrt sich die Gewerkschaft dagegen, sind wiederum saftige Abfindungen für Nicht-Gewerkschafter wegen „unfairer Kündigung" fällig.

Thatchers Arbeitsminister hat dieses Gesetz, das wahrscheinlich noch in diesem Sommer in Kraft treten wird, als eine Notwendigkeit bezeichnet, um „die Freiheit des einzelnen vor dem Mißbrauch gewerkschaftlicher Macht zu sichern und das Funktionieren des Arbeitsmarktes zu verbessern." Bringt man diesen Spruch auf seinen wahren Kern, so bedeutet er, daß die Freiheit der Kapitalisten, den Arbeitsmarkt nach ihren Interessen funktionieren zu lassen, verbessert wird. Und dazu ist es eben notwendig, die bestehenden gewerkschaftlichen Freiheiten (in Tebbits Jargon: „Machtmißbrauch") bis auf ein Minimum zu reduzieren. Vor allem in Bezug auf das Streikrecht stellt das neue Gesetz den bislang schwersten Angriff der politischen Reaktion auf die Arbeiterbewegung dar.

Nun ist die britische Gewerkschaftsbewegung keine Kraft, die man so leicht in die Ecke drängen könnte. Das hat sich schon nach den oben erwähnten gesetzlichen Vorstößen des früheren Arbeitsministers Prior gezeigt: Seine neu eingeführten Regelungen zur Knebelung des Streikrechts sind so gut wie nie von den Unternehmern in Anspruch genommen worden — aus Furcht vor entsprechenden gewerkschaftlichen Kampfaktionen dagegen. Tebbits neues Gesetz muß aber wesentlich ernster genommen werden. Denn die Thatcher-Regierung und die hinter ihr stehenden Kräfte des Monopolkapitals haben deutlich gemacht, daß sie es dieses Mal wirklich auf eine Entscheidungsschlacht gegen die Gewerkschaften ankommen lassen wollen. Dabei spekulieren sie nicht nur auf die nun schon seit Jahren laufende reaktionäre Mobilisierung rückschrittlicher Elemente der Bevölkerung gegen die angebliche Machtanmaßung der Gewerkschaften. Sie setzen natürlich auch zielbewußt auf die schwierigen Bedingungen der Gewerkschaftsbewegung in der gegenwärtigen Krise, indem sie beispielsweise die von ihnen geschaffene inzwischen drei Millionen Werktätige umfassende Reservearmee der Arbeitslosen gegen die Gewerkschaften und ihren Kampf ausspielen.

Auf einer Sondertagung im April — noch vor der Verabschiedung des Tebbit-Gesetzes — haben sich die britischen Gewerkschaften über Kampfschritte gegen die Knebelung ihrer Rechte verständigt. So wollen sie beispielsweise die Abstimmungen in den closed-shop-Betrieben boykottieren und sich gegenseitig mit Kampfmaßnahmen und mit finanziellen Mitteln unterstützen, wenn das neue Gesetz gegen einzelne Gewerkschaften angewandt wird (kleinere Verbände könnten ja durch die erwähnten Schadensersatzforderungen oder Abfindungen in kürzester Frist finanziell ruiniert werden).

Auf jeden Fall wird die volle Mobilisierung der gewerkschaftlichen Kampfkraft notwendig sein, um diesen ultrareaktionären Angriff der Thatcher-Regierung zurückzuschlagen. Ob die rechten, auf den Kurs der Sozialpartnerschaft eingeschworenen Bonzen, die die meisten Gewerkschaften beherrschen, dazu allerdings bereit sein werden, ist fraglich. Gerade sie haben ja gegenwärtig wieder ein Beispiel ihrer Verkommenheit geliefert, indem sie sich aktiv an der Mobilisierung für Thatchers Aggressionskrieg beteiligt und die Flagge der imperialistischen „Vaterlandsverteidigung" geschwenkt haben. Damit haben sie gerade in dieser für die Arbeiterbewegung so kritischen Zeit die Positionen der Thatcher-Regierung erheblich gestärkt und das Kampfpotential der Gewerkschaften drastisch geschwächt.

Falkland-Krieg

Die Mission des CIA-Direktors Walters

US-Interessen im Südatlantik

Hunderte von Menschen sind bis zum Wochenende schon im Krieg um die Malvinen gestorben — für die Ehre der Nation, tönt die argentinische Junta; für die Befreiung der Falkland-Briten vom Joch der faschistischen Besatzer, klingt es aus London zurück.

Was die britische Kriegsstrategie betrifft, so haben sich mit der Invasion auf den Inseln die angeblich so edlen Motive der Frau Thatcher endgültig als widerwärtige Heuchelei entlarvt. Wurden schon vor Wochen bei den Bombardierungen von Port Stanley und anderen Orten auf den Malvinen auch britische Bürger durch britische Bomben und Granaten umgebracht, so ist die Invasion — mit der die Inseln zum Schlachtfeld gemacht werden — vollends dazu angetan, die Lebensgrundlagen der Inselbewohner zu zerstören und ihr Leben selbst bedenkenlos aufs Spiel zu setzen.

Und wenn sich die Thatcher-Regierung jetzt antifaschistisch gibt, so sollte man sich daran erinnern, daß sie noch vor Monaten einer der engsten Partner der



Britische Invasion auf den Malvinen

blutigen Militärdiktatur war, was sich ja nicht zuletzt in umfangreichen Waffenlieferungen an Buenos Aires geäußert hat. Das Waffenpotential, mit dem die Junta jetzt den Krieg führt, stammt bekanntlich ausschließlich aus der Produktion westlicher Rüstungskonzerne: ein Flugzeugträger und zwei Zerstörer aus Britannien, weitere sechs Zerstörer aus den USA, U-Boote aus Westdeutschland, Korvetten aus Frankreich, Kampfflugzeuge aus den USA, aus Frankreich und Israel. Einen Gewinner des Blutbads im Südatlantik gibt es immerhin schon: die Bosse von Boeing, Dassault, HDW oder Siemens. Sie verdienen beim Schiffeversenken und Flugzeugabschießen — und zwar auf beiden Seiten.

Und welche Seite schließlich auch den militärischen Sieg mit hohem Blutzoll der geopferten Soldaten und der Zivilbevölkerung davontragen wird, es wird in jedem Fall ein Sieg imperialistischer Interessen sein. Dazu einige Fakten zur Vorgeschichte des Kriegs. Über die Falkland-Inseln wird zwischen Britannien und Argentinien schon seit 1965 intensiv verhandelt, nachdem die UNO in jenem Jahr Argentinien die Souveränität über die Inseln zugesprochen hatte. Vor zwei Jahren aber wurde der Verhandlungsprozeß — hauptsächlich von britischer Seite — gestoppt.

Das geschah just zu einem Zeitpunkt, als auch die US-Imperialisten unverhohlen ihr Interesse an der südatlantischen Region anmeldeten. Sie begannen damit, eine „Südatlantische Verteidigungsgemeinschaft" zusammenzuzimmern, in der unter ihrer Kontrolle die faschistischen Regimes im südlichen Teil von Lateinamerika und das rassistische Regime von Südafrika zusammengeschlossen werden sollten. In der Folgezeit wurde dann immer deutlicher, daß diese „Verteidigungsgemeinschaft" eng mit der NATO verzahnt werden und die Weltmachtstellung des US-Imperialismus erweitern sollte.

Washington begründete diese Pläne — wie gehabt — mit der notwendigen Abwehr gegen die Sowjetunion (die hatte ihre Flotte im Südatlantik innerhalb eines Jahrzehnts verzehnfacht). Ausschlaggebend für die Aktivitäten beider Supermächte aber war nicht die „Abwehr", sondern die Offensive zur militärischen Kontrolle dieser Region und vor allem auch die Sicherung ökonomischer Raubinteressen. Da sind einmal die nach Expertenaussagen riesigen Naturreichtümer der Antarktis. In neun Jahren wird der jetzt bestehende Antarktisvertrag auslaufen; es gilt also jetzt schon, Anstrengungen zu unternehmen, um sich bei der Neuaufteilung einen möglichst großen Teil des Kuchens abschneiden zu können. Darüber hinaus birgt der Meeresboden zwischen der argentinischen Küste und den Malvinen auch große Erdöl- und Erdgasvorkommen.

Bezeichnenderweise fällt der Abbruch der Falkland-Verhandlungen zwischen Argentinien und Britannien auch mit dem Beginn der Ausbeutung dieser Rohstoffe zusammen. Offenbar ermutigt vom Wahlsieg Reagans hatte die argentinische Junta zu Beginn des letzten Jahres hier einen Vorstoß gemacht, und in einer amerikanischen Zeitung öffentlich Ölkonzessionen in dem zwischen London und Buenos Aires umstrittenen Seegebiet angeboten. US-Konzerne, darunter der Multi Mobil Oil, griffen sofort zu. Das veranlaßte wiederum London dazu, in der gleichen Zeitung ebenfalls eine Anzeige aufzugeben, in der die US-Konzerne gewarnt wurden, irgendwelche Aktivitäten in dem betreffenden Gebiet zu entfalten.

Hier deutete sich also schon an, daß es beim Kampf um die Falkland-Inseln um mehr ging als einen Prestige-Streit um irgendein unbedeutendes Felseneiland. Daß dann die argentinische Junta die Initiative zu einer militärischen Lösung ergriff, hängt — wie mehrmals im „Roten Morgen" dargestellt — mit der inneren Lage des Landes, vor allem mit dem Versuch der Junta zusammen, ihre schwer angeschlagene Position durch einen „nationalen Befreiungskrieg" zu stabilisieren. Ohne Unterstützung der USA jedoch hätte sich das Regime wohl kaum in dieses unberechenbare Abenteuer gestürzt.

Und hier spielte der ehemalige CIA-Direktor Vernon Walters — Reagans Spezialist für schmutzige Sachen in Lateinamerika — seine Rolle. Walters, der kürzlich auch bei der Regierungsumbildung in El Salvador das Kommando hatte, war maßgeblich daran beteiligt, der argentinischen Junta sowohl in der erwähnten „Südatlantischen Verteidigungsgemeinschaft" wie auch in US-Strategie zur „Befriedung" Mittelamerikas eine besondere Rolle zuzuweisen. Die Junta war dazu bestens geeignet. Einmal wegen des wirtschaftlichen und militärischen Potentials Argentiniens, und zum anderen durch den Umstand, daß sie gerade erst auf absolute US-Hörigkeit getrimmt worden war. Denn auf direktes Betreiben Washingtons war der „unzuverlässige" Junta-Chef Viola gestürzt und durch die US-Marionette Galtieri ersetzt worden.

Bei der Einstimmung in ihre Rolle im Rahmen der imperialistischen US-Strategie hat Walters der Junta auch amerikanische Unterstützung in der Falkland-Frage zugesagt. Und das dürfte wohl für die argentinischen Militärs das Signal zum Losschlagen gewesen sein. Für Washington schien dann nach dem Ausbruch der Kämpfe die Rechnung zunächst aufzugehen. Außenminister Haig wurde nach dem Vorbild Kissingers auf eine „Vermittlungsmission" geschickt, die ganz unverhohlen das Ziel verfolgte, die Malvinen unter eine amerikanische Verwaltung zu stellen. Diese Mission scheiterte jedoch alsbald am Widerstand der Thatcher-Regierung, die nicht so einfach der amerikanischen Supermacht das Feld überlassen wollte und nunmehr auf den totalen militärischen Sieg setzte, um die Malvinen wieder uneingeschränt unter die Kontrolle des britischen Imperialismus zu bringen.

Am 1. Mai erklärte Reagan dann das endgültige Scheitern der „Vermittlung" und die Unterstützung seiner Regierung für den britischen NATO-Partner. Zehn Tage später jedoch war der CIA-Mann Walters schon wieder in Buenos Aires und bot abermals amerikanische Unterstützung an — diesmal zur Abwendung einer totalen militärischen Niederlage Argentiniens. Wie der Kampf um die Malvinen letztlich auch ausgehen wird, die Reagan-Leute haben weiterhin ihre schmutzigen Hände in diesem Krieg, und sie werden es verstehen, das Ergebnis des Krieges für die imperialistischen Interessen der amerikanischen Supermacht auszunutzen.



Kavallerie-Einheit der südafrikanischen Besatzer in Namibia

Bischofskonferenz legt Bericht vor

Südafrikas Truppen foltern in Namibia

PRETORIA. — Das rassistische Regime von Südafrika ist aus einer ungewohnten Richtung unter Beschuß geraten: In der Hauptstadt Pretoria veröffentlichte die Katholische Bischofskonferenz (SABCB) einen Untersuchungsbericht über das von Südafrika besetzte Namibia. In diesem Bericht werden schwere Anschuldigungen gegen die Besatzertruppen vorgebracht.

Die Autoren, sechs Bischöfe, haben selbst Erfahrungen bei einer Reise durch Namibia gesammelt, und sie kommen zu einer politischen Schlußfolgerung, die dem Regime in Pretoria äußerst unangenehm sein dürfte: „Südafrika hat kein Recht, in Namibia zu sein." In langen Gesprächen mit insgesamt 180 Personen hatten sich die Kirchenvertreter ein Bild von der Lage in dem besetzten Land gemacht. Dabei mußten sie immer wieder von faschistischen Terrorakten der Besatzertruppen hören.

So heißt es in dem Bericht über die Situation im Kampfgebiet von Nord-Namibia, wo der Terror am schlimmsten wütet: „Sie (die südafrikanischen Soldaten) brechen in Häuser ein, schlagen die Bewohner, schießen auf Menschen, stehlen und töten das Vieh, plündern Läden. Wenn die Spuren der Swapo-Guerrilleros von den Sicherheitskräften entdeckt werden, sind die örtlichen Bewohner in Gefahr. Die ohnehin rohen Methoden werden noch verstärkt. Den Leuten werden die Augen verbunden, sie werden aus ihren Häusern gerissen und zusammengeschlagen oder sogar tot am Straßenrand liegen gelassen. Frauen werden oft vergewaltigt. Es kommt nicht selten vor, daß eine Abteilung schwarzer Soldaten zur Bewachung der Familien abkommandiert wird, während weiße Soldaten sich die hübschesten Mädchen heraussuchen und vergewaltigen. Es gibt keinerlei Bestrafung oder Wiedergutmachung, weil es als zu gefährlich und fruchtlos betrachtet wird, den Befehlshabern von Grausamkeiten und Unregelmäßigkeiten zu berichten."

Der Bericht der Bischofskonferenz enthält eine Fülle von Einzelheiten über den brutalen Terror der Besatzer. So wird von einem Mann berichtet, der am Nacken aufgehängt wurde, so daß er nur noch mit den Zehenspitzen den Boden berühren konnte, und dann mit Schlägen und Elektroschocks gefoltert wurde. Anschließend wurden er und andere Schwarze mit unter dem Kopf zugebundenen Säkken in einen Fluß geworfen.

Eine Frau berichtete über einen Gefängnisaufenthalt, bei dem sie ständig geschlagen und mit Elektroschocks behandelt wurde. Bei dieser Folterprozedur wurde sie auf einen Stuhl gefesselt, und ein salzgetränkter Lappen war ihr als Knebel über den Mund gebunden. Durch die wiederholten Schocks waren die Nieren der Frau so geschädigt, daß sie operiert werden mußte. Unmittelbar nach der Operation wurde sie ohne Behandlung in eine heiße und schmutzige Eisenbude geworfen, mit dem Ergebnis, daß die Wunden zu faulen begannen.

Bei solchem Terror ist es nicht verwunderlich, daß die Menschen in Namibia die Besatzer fürchten und hassen. Das Regime in Pretoria allerdings behauptet seit Jahr und Tag in zynischer Verdrehung der Tatsachen das Gegenteil: Die südafrikanischen Truppen würden die Namibier vor dem „Terror" der Swapo schützen. Neben den Enthüllungen über die Mord- und Folterpraktiken der Besatzer ist es ein weiteres Verdienst des Berichts der Bischofskonferenz, daß er solche Lügen enttarnt: „Was immer die marxistischen Tendenzen der Swapo sein mögen, sie scheint eine Bewegung mit mächtiger Unterstützung durch das Volk zu sein, und es wird als sicher angesehen, daß sie jede freie und faire Wahl gewinnen wird, die unter Aufsicht der Vereinten Nationen stattfindet."

Letzteres wissen die Rassisten in Pretoria natürlich auch. Und das ist der Grund dafür, daß sie solche Wahlen mit allen Mitteln verhindern wollen. Sie bedienen sich dabei zum einen politischer Tricks, bei denen ihnen die sogenannte westliche Kontaktgruppe eifrig zur Hand geht. Diese Gruppe, die sich aus Vertretern der USA, der BRD, Britanniens, Frankreichs und Kanadas zusammensetzt, hat für die von der UNO geforderten Wahlen in Namibia ein Wahlrecht entwickelt, das die herrschende weiße Minderheit des Landes einseitig begünstigt und von der Swapo daher zu Recht abgelehnt wird.

Mit solchen Manövern, die eine „friedliche Lösung" in Namibia immer wieder scheitern lassen, verschaffen sich die Rassisten Zeit für die militärische „Lösung", auf die sie immer noch setzen. Und dazu gehört nicht nur der hier beschriebene systematische Terror gegen die Zivilbevölkerung Namibias, die solchermaßen eingeschüchtert und von der Befreiungsbewegung isoliert werden soll, Dazu gehören auch die in den letzten Monaten immer häufiger werdenden bewaffneten Überfälle auf das benachbarte Angola und die dort angerichteten Massaker unter namibischen Flüchtlingen, Angehörigen und Anhängern der Swapo.

Wobei bemerkt werden muß, daß die westlichen Imperialisten und insbesondere die Bonner Regierung dem rassistischen Regime nicht nur bei seinen politischen Manövern hilft, sondern dieses Regime durch massive Militärhilfe auch für seine Mordaktionen in Namibia und Angola aufrüstet.

Beratungen mit der PAA

Zu Beratungen mit der Partei der Arbeit Albaniens hielt sich eine Delegation unserer Partei, bestehend aus den Genossen Ernst Aust (Vorsitzender der KPD) und Horst-Dieter Koch (Mitglied des Politbüros) für eine Woche in der SVR Albanien auf. Für die PAA nahmen an den Beratungen in Tirana die Genossen Ramiz Alia (Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees), Behar Stylla (Mitglied des ZK) und Agim Popa (Direktor der Auslandsabteilung) teil.

Beide Parteien gaben einen Überblick über die Lage und den Kampf in ihren Ländern. Gegenstand der Beratungen waren weiterhin vor allem Probleme des Kampfes der kommunistischen Parteien heute (Gewerkschaftspolitik, Einheitsfrontpolitik u.a.). Die Beratungen verliefen in herzlicher und brüderlicher Atmosphäre und im Geiste internationalistischer Zusammenarbeit, durch den die Beziehungen zwischen beiden Bruderparteien gekennzeichnet sind.

Die Pfaffen und der Falkland-Krieg

Hambach und die „Erben"

An der Pfälzer Weinstraße spotten die Einheimischen, das Hambacher Schloß werde bald ebenso heftig umkämpft sein wie die Grabeskirche in Jerusalem unter den verschiedenen Religionen. Und tatsächlich: die drei Bonner Parteien treten sich gegenwärtig auf die Füße, weil jede sich als die ganz spezielle Erbin des Hambacher Festes (siehe „Roter Morgen" 20/82) sieht, jener größten demokratischen Massenkundgebung in den Jahren vor der 48er Revolution, deren 150. Jahrestag den Anlaß zu dem Traditionsstreit unter den bürgerlichen Parteien gab.

FDP-Boß Genscher beispielsweise erkannte: „Der Elan, der in der Veranstaltung des Hambacher Festes zum Ausdruck kam, hat sich bei den Liberalen bis in die heutige Zeit erhalten." Zwar kämpften die Hambacher vor 150 Jahren mit Elan für demokratische Freiheiten, während sich heute der FDP-Polizeiminister Baum schwungvoll für den Ausbau eines perfekten Überwachungsstaates einsetzt — aber das sind natürlich nur zweitrangige Unterschiede.

SPD-Chef Brandt entdeckte, um für seine Partei das Hambacher Erbe zu sichern, einen anderen Gesichtspunkt: „Hambach war ein Bekenntnis zu dem, was die Arbeiterbewegung später ‚Internationale Solidarität' genannt hat." Nun fühlten sich die Demonstranten von 1832 ja wirklich in einer gemeinsamen Front gegen die preußisch-österreichisch-russische Reaktion, die damals Europa beherrschte und unterjochte. Und so läßt sich von daher natürlich ohne Mühe der Bogen schlagen zu dem, was die Sozialdemokratie später internationale Solidarität nannte: Man denke etwa an die uneigennützige Unterstützung für die zur Rettung der Demokratie angetretenen Generäle in der Türkei.

Aber während sich die Koalitionsparteien noch um das Erbe kabbelten, hatte die CDU längst das Rennen gemacht. Schließlich stellt sie in der Pfalz die Regierung, hat sie aus Steuergeldern über acht Millionen Mark für die Renovierung des Hambacher Schlosses lockergemacht. Und das sicherte ihr denn auch den Alleinvertretungsanspruch auf das Hambacher Erbe, den sie dadurch unterstrich, daß sie sich selbst das Schloß nahezu den ganzen Mai hindurch reservierte. Und so sah dann die Traditionsfeier der CDU-Regierung auf dem Hambacher Schloß aus: Das ganze Gelände war per Kabinettsorder zum Sperrgebiet erklärt worden; Polizisten krochen durch die Wälder und schreckten Spaziergänger auf; Spürhunde schnüffelten in jede Ecke; Ausweiskontrollen wurden vorgenommen.

drinnen im Schloß tummelten sich Ehrengäste besonderer Art, beispielsweise Alte Herren aus den Burschenschaften, die — wie der „Spiegel" berichtete — „nichts dabei" fanden, sich zu ihrer früheren Mitgliedschaft in der Waffen-SS zu bekennen.

Die SPD übrigens war zu dieser erlauchten Feier nicht zugelassen. Nur dem Parteichef Brandt nebst einigen wenigen Begleitern wurde es gestattet, sich im renovierten Schloß umzusehen. So mußte denn die größte Regierungspartei zu ihrer Hambach-Feier auf den Marktplatz im nahegelegenen Neustadt ziehen. Der pfälzische Fraktionschef Werner Klein — verbittert über den Ausschluß seiner Partei von den offiziellen Feiern — räsonnierte hinterher: „Warum eigentlich sind wir so brav auf dem Marktplatz geblieben und nicht einfach trotzdem zum Schloß marschiert?"

Ja, warum eigentlich nicht? Aber ein Marsch aufs Schloß — das hätte doch gefährlich nach



CDU-Ministerpräsident Vogel im Hambacher Schloß

Es war wirklich wie anno dazumal, als in der Pfalz noch die Fürsten regierten, nur daß deren Nachfolger nun zum feierlichen Staatsakt nicht in der Kutsche, sondern in schweren Limousinen anreisten. Und einer Demonstration ausgesehen, und dann noch gegen die Landesregierung! Und soweit will die SPD bei ihrer Berufung auf die Tradition des Hambacher Festes natürlich nicht gehen.

Unternehmer diffamieren KZ-Opfer

In einem Raum der Firma „Norddeutscher Eisenbau" in Sande bei Wilhelmshaven hing jahrelang das Bild eines ermordeten Kollegen. Es zeigt den Sozialdemokraten Wilhelm Krökel, der beim „Eisenbau" gearbeitet hatte, bis ihn die Nazis holten. 1945 wurde er im KZ Neuengamme ermordet.

Ein Jahr später organisierten die Kollegen vom „Eisenbau" eine Trauerfeier für den Ermordeten und brachten bei dieser Gelegenheit das besagte Bild an. Es hing bis zum letzten Dezember in dem Betrieb. Als aber zu dieser Zeit Renovierungsarbeiten vorgenommen wurden, nutzte der Geschäftsführer Friedrich Baumgärtel die Gelegenheit, um das Porträt verschwinden zu lassen. Auf Proteste des Betriebsrats reagierte er so: „Bilder von KZ-Häftlingen kommen nicht in meinen Betrieb. Schließlich weiß keiner, was Krökel ausgefressen hat. Um KZ-Opfer wird ohnehin schon zuviel hergemacht im Vergleich zu Soldaten, die sich für Volk und Vaterland eingesetzt haben."

Diese profaschistischen Äußerungen lösten eine Welle der Empörung unter den örtlichen Gewerkschaftern aus. Die IGM forderte von Baumgärtel eine Entschuldigung gegenüber den Hinterbliebenen Wilhelm Krökels und außerdem die Ablösung des Geschäftsführers. Mit dieser Forderung erklärte sich übrigens auch Herbert Ehrenberg, SPD-Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises, solidarisch. Es gab im Fall Baumgärtel eine gewerkschaftliche Protestkundgebung in der Stadthalle; dann aber wurde es merklich ruhiger in dieser Angelegenheit.

Hinter den Kulissen liefen Versuche, die Angelegenheit ohne weiteres Aufsehen zu bereinigen. Der SPD-Oberstadtdirektor Eickmeier hatte dazu Baumgärtel sowie den Inhaber der „Norddeutschen Eisenbau" und den regionalen Boß von Gesamtmetall ins Rathaus eingeladen. Man formulierte zusammen den Text einer Entschuldigung, die Baumgärtel vorlegen sollte. Der wollte jedoch nicht gleich unterschreiben, sondern die Sache noch einmal überschlafen. Daraufhin begab sich die Herrenrunde in den Ratskeller zum Umtrunk. Dort kam man mit einer Gruppe von Unternehmern ins Gespräch, die gerade eine Tagung im Ratskller durchführte. Und als Hermann Schiffhorst, Boß der örtlichen VEBA-Niederlassung, von der Geschichte mit der Entschuldigung hörte, fauchte er Baumgärtel an: „Du entschuldigst dich nicht. Wenn du umfällst, entziehe ich dir meine Aufträge."

Natürlich sprach sich diese unglaubliche Drohung in Wilhelmshaven schnell herum. Und tatsächlich ist der „Eisenbau" weitgehend von VEBA-Aufträgen abhängig. Aber statt nun erst Recht in die Offensive zu gehen und auch Konsequenzen gegen Schiffhorst — immerhin Angestellter eines staatlichen Konzerns — zu fordern, schraubte die IG Metall die ganze Angelegenheit herunter und verzichtete auf die Entschuldigung. Auch Ehrenberg mochte nun nichts mehr von der Sache wissen und gab zu verstehen, daß er andere Sorgen habe.



IGM-Kollegen mit dem Bild von Wilhelm Krökels



Das „Popemobil" — ein eigens für den Papstbesuch in England konstruiertes Panzerauto

„Gewalt ist zu rechtfertigen"

Nun hat er sich also doch noch zur Reise in die beiden kriegführenden Länder entschlossen: Papst Wojtyla besucht Britannien und danach Argentinien. Streng neutral will er sich dabei verhalten, mit keinem Politiker zusammentreffen und in England nur der Queen seine Aufwartung machen — aber die ist ja im Nebenberuf sozusagen eine Kollegin von Wojtyla, nämlich Oberhaupt der Anglikanischen Kirche.

Ansonsten wird der Papst, wie gehabt, an jeder Ecke für den Frieden beten, den schrecklichen Krieg als solchen verdammen und somit den Anspruch seiner Kirche als Friedensbewegung unterstreichen. Auf fromme Gemüter wird es sicher nicht ohne Eindruck bleiben, wenn Wojtyla in seinem „Popemobil" (siehe Foto) winkend und betend durch ein Land rollt, in dem die Reaktion gegenwärtig einen zügellosen Chauvinismus hochpeitscht.

Aber man sollte bei dieser Gelegenheit auch einmal den Blick auf diejenigen Figuren richten, die in der kirchlichen Hierarchie unter dem Papst stehen, auf diejenigen, die nicht als Beamte des Vatikan-Staats durch die Welt reisen, sondern die Millionengemeinden vor Ort zu betreuen haben. Und da sieht es schon ganz anders aus, da gibt es nicht einmal den Anschein von Neutralität oder gar eine wirkliche Verurteilung der eigenen kriegführenden Partei. Sowohl in Argentinien wie auch in Britannien gilt die Parole: Für Gott und Vaterland, und in beiden Ländern segnen die Häupter der Landeskirchen unter dieser Parole die Waffen und die Soldaten, die in den Krieg um die Malvinen ziehen.

Aber so wie das früher schon in den Raubkriegen der Herrschenden keine Spezialität der katholischen Kirche war, so ist es auch heute: Letzte Woche erst hat in Britannien der Primas der Anglikanischen Kirche, der Erzbischof von Canterbury, seine Bibel zu Rate gezogen und aus der frommen Lektüre den zwingenden Schluß gezogen, daß der von seiner Regierung geführte Kolonialkrieg im Südatlantik völlig gerechtfertigt ist. Hätte Britannien nämlich nicht militärisch auf die argentinische Besetzung der Malvinen reagiert, so der Erzbischof, wäre die Welt „weniger stabil" gewesen. Und für Stabilität, besonders für die Stabilität der letzten Reste des britischen Kolonialreiches, einzutreten, ist doch wahrhaft ein christliches Gebot.

Unter diesem Aspekt sieht der Erzbischof denn auch die Bergpredigt: „Das Hinhalten der anderen Wange" — so interpretiert er den Bibeltext — hätte bedeutet, daß Britannien „zum Komplizen einer Operation geworden wäre, die unsere Welt noch unsicherer gemacht hätte." Und wer macht sich schon gerne zum Komplizen? Da gibt es also nur eins: Statt die andere Backe hinzuhalten muß die königliche Marine eben die „Argies" mal kräftig zusammenschießen. Dann wird die Welt wieder sicherer sein.

Schließlich gab der Erzbischof seinen Gläubigen auch noch die folgende religiöse Unterweisung: „Die Anwendung von Gewalt ist zu rechtfertigen, wenn sie moralischen Ideen und Wahrheiten einen Platz zum Atmen verschafft." Das hätte Margaret Thatcher nicht treffender sagen können. Der britische Imperialismus, nur noch ein Schatten seines früheren Glanzes, braucht endlich wieder Platz zum Atmen.

„Wieso sollte die Jungfrau nicht weinen?"

Rechtzeitig zu den Regionalwahlen in Andalusien stellte sich in der Kirche San Juan de Dios in Granada ein Wunder ein: Der Priester Padre Fernando teilte der Öffentlichkeit mit, eine Marienstatue in der Kirche habe rote Tränen geweint. 70000 Menschen drängten sich binnen weniger Tage durch die Kirche, um das Wunder zu bestaunen.

Derweil erklärte ihnen die Prominenz der faschistischen und ultrareaktionären Parteien, die zum Wahlkampf in Andalusien weilte, den tieferen politischen Sinn dieses Wunders. „In Spanien", sagte etwa Blas Pinar, der Chef der „Fuerza Nueva", „wurde die Scheidung eingeführt und wird bald über die Schwangerschaftsunterbrechung diskutiert, wieso sollte da die Jungfrau nicht weinen?"

Genützt hat das Wunder allerdings nichts. Die gottlosen Sozialisten errangen bei der Wahl die absolute Mehrheit. Vielleicht bricht die heilige Jungfrau darüber alsbald wieder in Tränen aus.



Sonntag, 6. Juni
21.00 Uhr, WDR III
Der Staat als Mäzen — oder: Die eingesparte Kunst. Im Zuge der staatlichen Sparprogramme geraten auch die Theater zunehmend unter Beschuß. Über dieses Problem diskutiert der Bochumer Intendant Claus Peymann mit dem Regierungschef Rau (NRW) und dem Oberbürgermeister Rommel (Stuttgart).

***

Sonntag, 6. Juni
22.00 Uhr, ZDF
Liedercircus. In der Sendung tritt unter anderem der Hanns-Eisler-Chor aus Westberlin auf.

***

Sonntag, 6. Juni
22.45 Uhr, ARD
Schaukasten. Reportage von den Filmfestspielen in Cannes, wo gerade zwei sicher interessante Filme mit der Goldenen Palme ausgezeichnet wurden: „Yol" von Yilmaz Güney über das Schicksal einer Gruppe von Gefangenen auf Hafturlaub in der heutigen Türkei und „Missing" von Costa Gavras über die Suche eines Amerikaners nach seinem Sohn, der während des Militärputsches in Chile verschwunden ist.

***

Dienstag, 8. Juni
22.05 Uhr, ZDF
Nachtasyl. In seinem bekanntesten Theaterstück hat Maxim Gorki das Elend und den Zerfall des zaristischen Rußlands in den Bewohnern eines Asyls widergespiegelt. Gezeigt wird das Stück in einer Inszenierung von Jürgen Gosch aus Köln. Mit Helmut Brasch, Brigitte Janner, Anna Henkel u. a.

***

Mittwoch, 9. Juni
20.20 Uhr, ARD
1 + 1 = 3. Filmkomödie von Heidi Genee über die Emanzipation einer Frau. Adelheid Arndt, Dominik Graf, Christoph Quest u. a.

***

Donnerstag, 10. Juni
22.15 Uhr, ZDF
Es ging Tag und Nacht, liebes Kind. In dem Film von Katrin Seybold und Melanie Spitta erzählen Sintis über den Leidensweg ihres Volkes unter der faschistischen Diktatur — eine halbe Million Zigeuner haben die Nazis ermordet.

***

Freitag, 11. Juni
20.20 Uhr, NDR III
Geschäfte zwischen arm und reich. Am Beispiel von Tansania und Brasilien stellen Michael Ryan und John Sheppard die Wirtschaftsbeziehungen der „Dritten Welt" zu den imperialistischen Ländern dar.

***

Freitag, 11. Juni
22.55 Uhr, WDR III
Geschichte im Widerstreit. Bericht über ein Forschungsprojekt der Universtität Essen, bei dem es um die soziale Stellung der Frauen im Ruhrgebiet geht.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 22, 4 Haziran 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

Reagan defol! Batı Almanya NATO'dan çıkmalıdır!

Haydi Reagan'a karşı yürüyüşe!

Önümüzdeki hafta sonuna doğru Bonn'da savaş paktı NATO'nun zirve toplantısı yapılacak. Aynı günlerde ABD emperyalist çetesinin başı Ronald Reagan'da Bonn'u ziyaret edecek ve NATO zirve toplantısına katılarak ABD'nin silahlanma stratejisinin önemine değinecek. Bu nedenle 5 Haziran'da Hamburg'ta, 10 Haziran'da Bonn'da ve 11 Haziran'da ise Batı Berlin'de Reagan'a karşı onbinlerce insan sokaklara dökülerek barışın korunması için yürüyecek.

Hiç kuşkusuz Reagan Bonn'a barış meleği olarak gelmek istiyor. Ve barışı sürekli görüşmeler yoluyla sağlamaya hazır olduğunu sahte bir şekilde dile getiriyor. O, bunun içinde 29 Haziran'da Sovyet sosyal emperyalistlerinin de katılacağı Cenevre görüşmelerinin ne kadar büyük bir başarı olacağını vurgulamaya çalışacaktır. Ancak daha önce de vurguladımız gibi yeni başlayacak olan bu görüşme turlarıda iki süper devletin silahlarını sınırlandırmaya değil, daha ziyade silahlanmayı kat kat artırmalarına ve onların insanların barış umutlarını bu görüşmelere bağlamalarına hizmet edecektir.

ABD emperyalist çetesinin 1 nolu savaş kışkırtıcısı Ronald Reagan ne kadar barıştan yana dem vurursa vursun, o bir çok barışsever insanın gözünde bir savaş kışkırtıcısı, aşırı silahlanma yanlısı olarak kalmaya devam edecektir. Bunun içinde barış yanlısı güçler düzenleyecekleri eylemleri ile ona hakkettiği cevabı verecek, onun gerçek yüzünün daha geniş yığınlar tarafından görünmesine hizmet edeceklerdir. Reagan'a ve başını ABD emperyalizminin çektiği savaş paktı NATO'ya karşı düzenlenen eylemlerin güçlü bir eylem olması ve ABD savaş kışkırtıcılarının rolünün daha iyi kavranması için partimiz KPD payına düşen görevi yerine getirecektir.

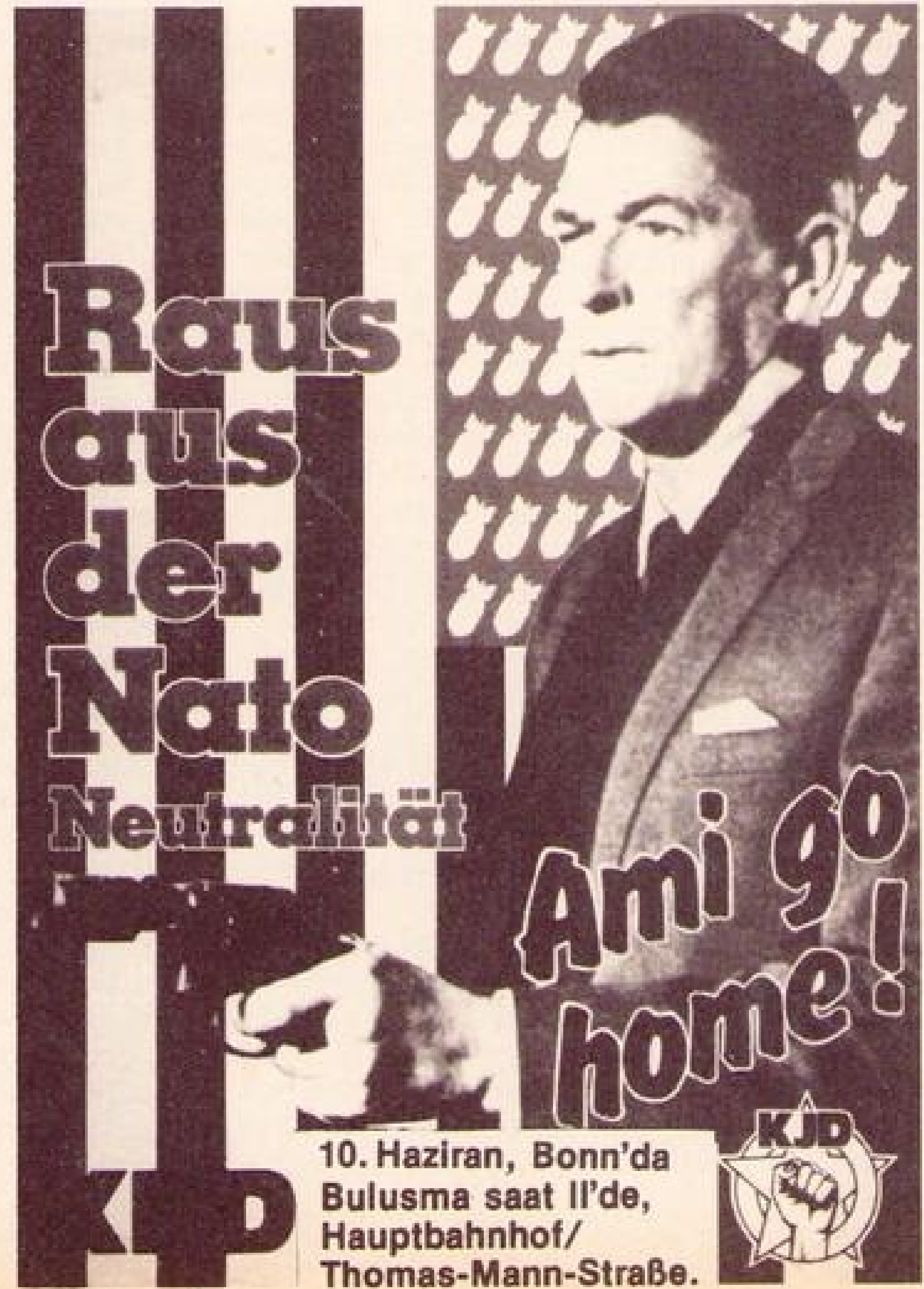
5 Haziran'da Hamburg'ta Reagan'a karşı güçlü bir yürüyüş yapılacak. Çünkü 10. 6. tarihi Hamburg'ta tatil günü değil. Bu nedenle de Hamburg'lu barışsever insanlar bütün güçlerini 10 Haziran'da Bonn'a seferber edemeyeceklerdir. Hamburg'ta yapılacak bu eylem saat 11'de Moorweide'de başlayacak.

10 Haziran'daki, Bonn yürüyüşünde partimiz KPD tek bir yürüyüş kolunda yer alacak. Şehir merkezinden geçen bu yürüyüş kolu için biz saat 11 ile 12 arasında Hauptbahnhof/ Thomas-Mann-Str.'de buluşacağız. Bunun için tüm KPD taraftarlarını burada toplanmaya çağırıyoruz. Burada aynı zamanda yürüyüşe resmi çağrı yapan güçlere karşın doğru bir siyasi görüşü dile getiren Göttingen Çağrısı'nı destekleyen güçler de buluşacak. Böylece bu yürüyüş kolunun barışın korunması konusunda berrak bir çizgi izlemesi de söz konusudur.

KPD gücü ve imkânları dahilinde bu yürüyüş kolunda, ABD'nin savaş kışkırtıcı rotasını, Bonn Hükümeti'nin savaşı kışkırtan politikasını ve savaş paktı NATO'yu yeren ve Batı Almanya'nın NATO'dan çıkması doğrultusunda şiarların atılmasına ve pankartların taşınmasına çalışacaktır. Yürüyüşte ayrıca Bonn Hükümeti'nin, İngiliz emperyalizminin Güney Atlantik Okyanusu'ndaki savaşını destekleyen, tutumu da mahkum edilecek.

Ayrıca 11 Haziran'da Batı Berlin'de Reagan'a karşı yürüyüş düzenlenecek. Bu eylemi KPD'de desteklemektedir.

Reagan'a ve NATO'ya karşı yürüyüşe ve mitinge katılalım!





Çelik işçileri direnişe geçtiler. **25 Mayıs'ta Peine Salzgitter P = S çelik tekelinin hissedarları toplandı ve bu toplantının ardından ise denetleme kurulunun toplantısı yapıldı. Peine-Salgitter çelik tekeli patronları Peine'deki şubeyi taksim taksim kapatmak istiyorlar. Patronların bu planını protesto etmek amacıyla çelik işçileri işi bırakarak hissedarlar toplantısının yapıldığı yere kadar yürüdüler. Bu direniş eylemi, Peine çelik işçilerinin işyerlerinin yok edilmesine karşı kısa süre içinde düzenledikleri ikinci protesto eylemidir. Peine çelik işçilerininin düzenledikleri bu eylem aynı zamanda halk tarafından da aktiv bir şekilde desteklendi. Düzenlenen protesto eylemine yaklaşık olarak dört bine yakın işçi ve halk katıldı.**

Kimya ve giyim sanayisinde toplu sözleşme turları:

Derhal grev oylaması yapılmalıdır!

DÜSSELDORF. — Kimya iş kolunda başlayan toplu sözleşme görüşmeleri henüz sona ermedi. IG Kimya sendika yönetimi patronlara karşı olağanüstü bir teslimiyet politikası izlemesine rağmen, işverenler Hessen Eyaleti'nde görüşmeleri sürdürmekten vazgeçtiler. Kimya kapitalistleri görüşmeleri sürdürmekten vaz geçmelerine gerekçe olarak yüzde 3,8 önerilerini sendikanın kabul etmemesini göstermekteler. Öte yandan giyim eşyası işkolunda ise işverenler 5 aylığına ücretleri dondurmak istemekteler.

Hessen Kimya endüstrisinde büyük olasılıkla bir uzlaşmaya varılacaktır. Çünkü burada geçerli olan uzlaştırma anlaşması, her iki tarafdan birinin görüşmeleri sürdürmekten vaz geçmesi durumunda bir uzlaştırmaya gidilmesini öngörmektedir. Bir uzlaştırmanın sağlanamaması durumunda ancak sendika mücadele eylemleri örgütleyebilir. Bu, görüşmelerin tekrardan başlatılması durumunda da geçerlidir.

Uzlaştırma görüşmelerinde bir anlaşmaya varılamaması halinde sendikanın mücadeleci eylemler örgütlemek yerine, tekrardan görüşmeleri başlatması büyük bir ihanet anlamını taşır. Çünkü kimya kapitalistleri aşırı kârlar elde etmekte ve konjüktür yükselmektedir. Ancak kapitalistler bir taraftan tatlı kârlarını elde etmeye devam ederken, diğer yandan ise sendikaları dize getirmeye çalışmaktalar.

Giyim sanayiisi kapitalistleri ise daha dizginsiz saldırılarda bulunmaktalar. Mayıs ayında toplu sözleşmelerin süresi sona ermiş olmasına rağmen, kapitalistler yeni toplu sözleşmeleri yapmak istemiyorlar. Kapitalistler, yaklaşık olarak 230 bin işçinin çalıştığı bu işkolu için ücretlerin beş ay dondurulmasını ve daha sonra, yani 1 Ekim 1982'den itibaren ise sadece yüzde 3'lik bir ücret zammı anlaşması yapmak istemekteler. Ücret zammını 12 ay üzerinden hesaplayacak olursak, bu yüzde 1,75 ücret artışı demektir! IG Tekstil sendika ağası Keller'in bu güne değin greve gidilmesi için oylama yapmak istemeyişi büyük bir skandaldır! İşçilerin mücadele gücü taleplerini gerçekleştirebilecek durumdadır. 18 ve 24 Mayıs'ta Güney Almanya'da 70 işyerinde yapılan ve yaklaşık olarak 10 bin işçinin katıldığı uyarı grevleri de ispatlamaktadır.

İngiliz komünistleri savaşa karşı mücadele ediyorlar

Falkland'da

Kanlı savaş devam ediyor

LONDRA/BUENOS AİRES. — Arnjantin sahili yakınındaki Malvin adalarında sürdürülen savaş giderek daha da kanlı bir hal almaktadır. Hemen hemen bine yakın gencecik insan bu savaşta hayatını yitirdi. Bu insanlar, iki gerici hükümetin stratejik ve bir merkezi öneme sahip olan ada üzerine sürdürdükleri çatışmaların birer kurbanlarıdırlar.

İngiliz emperyalizminin sömürgecilini ayakta tutmaya hizmet eden bu savaşın hiç bir haklı yanı yoktur. Arjantin cuntasına gelince, o da bununla Arjantin halkının ulusal çıkarlarını değil, ülke içinde sarsılan mevzisini tekrardan sağlamlaştırmak ve halkın kendisi ile kenetlenmesini sağlamak istemektedir.

Adalarda savaşın başlamasından sonra NATO'nun Avrupa şefi ABD'li general Rogers, bu savaşın prensiplerin savunulmasının gerekli olduğunu gösterdiğini belirtti. Başlangıçta yalpalayıcı bir tutum takınan ve şimdi ise İngiliz emperyalizmini destekleyen ABD böylece bu yolla Latin Amerika'daki çıkarlarını en iyi bir şekilde savunabileceğini düşünmektedir. Onun bu savaşta savunulması gereken prensip olarak nitelediği şey, emperyalist devletlerin işgal ettikleri toprakları tekrardan kendi denetimlerine geçirme haklarının olmasıdır.

İşte bunun içindir ki, İngiliz emperyalistleri en kanlı yüzlerini göstermelerine rağmen, Batı Avrupa'nın emperyalist devletlerini onu desteklemeye devam etmekteler.

Bu savaşın sona ermesi ancak İngiliz savaş birliklerinin derhal adadan geri çekilmesi ve İngiltere ile dayanışmaya son verilmesi ile düşünülebilir. Ancak bu tür görüşleri özellikle savaşın kaynağının emperyalist sistemde yattığını gören siyasi güçler savunmaktalar. Bunun içinde İngiltere'nin çeşitli şehirlerinde düzenlenen protesto eylemlerine Britanya Devrimci Komünist Partisi (M-L) güçlü bir seferberlik yaptı. Britanya kardeş partimiz başından beri Thatçher Hükümeti'nin savaş kışkırtıcılığına karşı savaşım vermekte ve sistematik bir şekilde sürdürülen kışkırtmaya karşı durmaktadır.



16 Mayıs'ta Londra'da düzenlenen Anti-Savaş yürüyüşünde Britanya Komünist Gençlik Birliği'nin bir bloğu

Sizleri "Kızıl Şafak" Basın Şenliğine katılmaya çağırıyoruz: 11/12 Eylül, Ruhr Bölgesinde

15 yıl KIZIL ŞAFAK

Bu yılın temmuz ayında gazetemiz "Kızıl Şafak" 16. yayın yılına girecek. Böylece "Kızıl Şafak" geride mücadele dolu tam 15 yıl bırakmış olacaktır. Gazetemiz 15 yıl önce Ernst Aust yoldaşın girişimi ile Hamburglu Marksist-Leninistler tarafından çıkarıldı. O dönemde mektup kağıdı büyüklüğünde yayınlanan, çoğaltılan "Kızıl Şafak" yasaklanan KPD içinde illegel olarak dağıtılıyordu.

"Kızıl Şafak" ilkin, işçi sınıfının kurtuluş mücadelesinden, devrimden vaz geçen ve illegalite şartlarının yarattığı zorluklardan faydalanarak parti örgütlerini dağıtan, demokratik merkeziyetçilik normlarını tasviye eden, Stalin'in ölümünden sonra Chrustschow'un darbe yaparak parti yönetimini ele geçirmesiyle birlikte Dünya Komünist Hareketi'nde beliren eğilimler hakkında doğru bilgi vermeyen, tabanı kandırmaya çalışan ve samimi devrimcileri dıştalayan KPD yönetimine karşı üyelee çağrı yaptı.

"Revizyonist ihanetin gecesi 'Kızıl Şafak'ın yayın yaşamına girmesiyle son bulmuş oldu. Alman İşçi Hareketi'nin şanlı tarihinde yeni bir gün başlıyor. Bu tarihi olay sembolik yankısını 'Kızıl Şafak' isminde buldu." "Kızıl Şafak"ın 10. yayın yaşamına girmesinden dolayı 11 Haziran 1977'de düzenlenen 1. Basın Şenliğinde Ernst Aust yoldaş gazetemizin bu ismine nasıl gelindiğini bu şekilde açıklıyordu.

"Kızıl Şafak"ın çıkan ikinci sayısı bile resmi olarak dağıtılarak KPD'ye konan yasak çemberinin kırılması doğrultusunda adım atıldı. "Kızıl Şafak" yaşamına başlamasıyla birlikte Batı Alman ve Batı Berlin işçi sınıfının devrimci çıkarlarının bir propagandacısı, Almanya'daki Marksist-Leninst Grupların bir birleştiricisi ve örgütleyicisi rolünü oynadı. Yayın yaşamından bir buçuk yıl sonra gazetemiz "Kızıl Şafak''



"Kızıl Şafak" 1. Basın Şenliği

Batı Alman işçi sınıfının gerçek Komünist Partisi/Marksist-Leninst'in kurulduğunu yazdı. Tabiiki bu süre zarfında devrimi savunmasından ötürü yasaklanan KPD'nin hedefinden vaz geçen revizyonistler de İçişleri Bakanlığına DKP'nin resmi olarak kurulmasına izin verilmesi için başvurmuştular.

Partimiz, Liebknecht'in, Luxemburg'un ve Thälmann'ın KPD'sinin şanlı geleneğinin doğrudan mirasını devralarak bunu KPD'nin kuruluşunun 50. yıl dönümünde KPD/ML'nin kuruluşunun ilanı ile dile getirdiği gibi, aynı şekilde "Kızıl Şafak"ta eski "Rote Fahne"nin (Kızıl Bayrak) mirasını devraldı. O, böylece Ernst Thälmann'ın KPD Merkez Yayın Organı "Rote Fahne"nin 10. yayın yılına ayak bastığı dönemde talep ettiği şu görevi de devralarak sürdürmektedir: *"Proleter Devrimin keskin bilenmiş bir kılıcı olmak"*

Geride bırakılan bu 15 yıl içinde bir dizi olay meydana geldi. Partimiz KPD gelişti, güçlendi. Kuşkusuz bu gelişme, partimizin bugün Almanya'da komünizm davası uğruna nasıl savaşım vermesi gerektiği, partimizin işçi sınıfı üzerinde nasıl etkisini genişletebileceği sorunlarını ele almaksızın, partimizin siyasetini somut durumun taleplerine ve ihtiyaçlarına uydurmaksızın düşünülemezdi. Tüm bunların hepsi "Kızıl Şafak"ın tam 15 yıllık yayın hayatında yankısını bulmaktadır. O, her zaman ve yolundan şaşmadan işçi sınıfının davası uğrunda mücadele verdi ve bu bayrağı bugün daha da yükseklere çıkarıyor. "Kızıl Şafak" işçi sınıfının ve devrimin çıkarlarını savunmada kendisini hiç bir zaman burjuva yasaları ile sınırlamadı ve onun dizginsiz saldırıları karşısında diz çökmedi.

7.2.1976 yılında "Kızıl Şafak'' "Doğu Almanya'da KPD/ML'in kurulduğunu duyurdu." Sürdürdüğü kararlı savaşımın sonucu partimiz KPD Doğu Almanya'da da işçi sınıfının davası uğruna savaşan ve revizyanist ihanete ve onun ifadesi olan yeni sömürücü düzenine başkaldıran bir dizi dürüst, alçak gönüllü ve samimi devrimciyi kazandı. Bu tarihten beri "Kızıl Şafak"ın Doğu Alman baskısı da yayın faaliyetini sürdürüyor. Doğu Alman hakim sınıfları partimize karşı azgınca saldırılarda bulunmalarına karşın, yoldaşlar ağır illegalite şartlarında işçi sınıfının kurtuluş davası uğruna hiç bir fedekarlığı, alçak gönüllüğü esirgemeden göstermekteler.

Eğer partinin ve "Kızıl Şafak"ın bir dizi değişikliğe uğramasından bahsediyorsak, bununla aynı zamanda en büyük gelişmelerin ve değişimin gazetemizin 10. yayın yılı ile 15. yayın yılı arasında olduğunu da vurgulamalıyız. "Kızıl Şafak"ın 1978 yılının 39. sayısında Ernst Aust yoldaş "propaganda partisi mi, yoksa mücadele partisi mi?" sorusunu gündeme getirdi. KPD, işyerlerinde kendisinin işçi arkadaşlarla birleşmesinin, onlar üzerinde etki kurmasının önünde, partinin kitle çalışmasının, doğru ve elastiki taktiklerin hazırlanmasının önünde engel teşkil eden sekter hataların aşılması için harekete geçti.

"Kızıl Şafak" 5 Ocak 1979'da KPD 4. Parti Kongresi'nin başarılı bir şekilde sona erdiğini yazdı. Bu kongre gerçekten başarılı bir kongre idi. Çünkü bu kongre partinin kitle içindeki çalışmasında temel değişiklikler yaparak yeni rotayı belirledi. Bunun bir örünü olarak "Kızıl Şafak"ta partili yoldaşların günlük mücadelelerine ışık tutan yazılar öncelikle yayınlanmaya başladı. Bu yazılar, yoldaşların kitleleri partinin amaçları doğrultusunda kazanmalarına, partinin siyasetini kitleler içinde yayabilmelerine beraklık getirdi, yardımcı oldu. "Kızıl Şafak" her hafta işçi sınıfının önemli ve belirleyici güncel ve gelecek sorunlarına ışık tutan, bunlara cevap veren bir yayın organı oldu.

Partimiz, KPD Batı Almanya'da yaşayan yabancıların Almanya'daki devrim açısından konumunu ve onların sorunlarını da doğru bir şekilde kavrayarak milliyetçi bir bakış açısından değil, sınıfsal açıdan soruna yaklaşarak yabancı işçilerin Almanya'daki işçi sınıfının bir parçası olduğu halkasını doğru ele aldı. İşte partimiz KPD'nin bu berrak sınıfsal bakış açısının bir ürünü olarakta, Almanya'daki yabancı emekçilerin çoğunluğunu oluşturan Türkiyeliler için "Kızıl Şafak"ın Türkçe çıkması kararlaştırdı. Almanya'da tek komünist partisi olarak yabancı işçilerinişçi sınıfının bir parçası olduğunu açık bir şekilde ortaya koymasına karşın, onların özel durumlarından dolayı, özel sorunlarının olduğunu da hiç bir zaman göz ardı etmedi ve bu sorunlara daha da somut eğilmenin gerektiğini ve bunun lisan zorluğundan ötürü Almanca yayınla yeterli olmadığını doğru bir şekilde kavradı ve imkânları dahilinde harekete geçti. KPD yabancıların özel sorunlarına eğilmeksizin, onların partimizin saflarına kazanılmasının, yerli ve yabancıların birliğinin sağlanmasının ve Almanya'da sosyalist devrimin başarıya ulaşmasının mümkün olmadığını gördü. İşte yabancı işçilerin bu ihtiyacını karşılayabilmek ve sorunlarına somut olarak eğilebilmek için partimiz KPD Merkez Yayın Organı'nı Türkçe çıkarılması yönünde imkanları dahilinde adım attı. Partimizin Almanya'da tek parti olarak yabancıların, özellikle de onların ezici çoğunluğunu oluşturan Türkiyelilere seslenmenin gereğini doğru bir temelde kavramasının bir ürünüdürkü "Kızıl Şafak" 19 Aralık 1980 yılında Türkçe de çıkmaya başladı. Bu da partimizin Almanya'da yerli ve yabancı işçilerin sorunlarina dogru bir temelde eğilen yegane parti olduğunun bir göstergesidir. "Kızıl Şafak" yayınına başladığından beri yabancıların sorunlarına eğilmekte ve bu sorunlara ilişkin, Almanya'da sınıf mücadelesine ilişkin partimizin görüşlerini ortaya koymakta ve Türkiyelilerin partimiz saflarında yer alması için ajitasyon, propaganda ve örgütleyici bir faaliyet sürdürmektedir.

Ancak amacımız gazeteyi sürekli düzeltmektir. Biz, "Kızıl Şafak"ın daha bir çok eksikliğinin olduğu düşüncesindeyiz.



1967 yılında yayınlanan "Kızıl Şafak"ın 1. sayısı

Örneğin kapitalist sömürü düzenin bir alternatifi olan sosyalist toplumun somut olarak propagandasının yapılamaması gibi. Bu nedenle "Kızıl Şafak"ın 15. yayın yılını geride bırakmış olması, bizler için de gazetenin içeriği ve sayfalarının biçimi üzerine düşünmek için bir neden olmalıdır. Ve özellikle de gazetemizin geniş yığınların bir yayın organı olmasını, onların okumasını ve onların görüşlerinin gazetemizde daha sık nasıl yer almasını sağlayabileceğimiz üzerine de düşünmeli, düşüncelerimizi yazı kuruluna iletmeliyiz.

Hiç şüphesiz yazı kurulu sıraladıklarımızın hepsini tek başına başaramaz. Bu konuda yoldaşların, okuyucuların yardımına ihtiyacımız var.

Basın şenliğinde her şeyden önce eğlenmek istiyoruz. Biz bunun için nedenimizin olduğu düşüncesindeyiz. Basın şenliğinin kesin programını önümüzdeki dönem içinde açıklayacağız.

Ancak biz eğlenmemizin, bizim şimdiden basın şenliğine hazırlanmamızla daha da iyi olacağı kanısındayız. **Bu nedenle basın şenliğine hazırlık olarak devrimci bir yarışma düzenledik. Hepinizi bu yarışmalara katılmaya çağırıyoruz!**

Basın şenliği 11/12 Eylül 1982 tarihinde Ruhr bölgesinde yapılacak. Böylece şenliği hazırlamak için önümüzde kısa bir dönem var. Öyleyse, bu kısa dönemden faydalanarak şenligimizin güçlü bir basın şenliğine dönüşmesini sağlamak için yaygın propagandaya girişelim ve düzenlenen devrimci yarışmalara katılarak partimizin çelikten birliğinin pekişmesine ve komünist basının daha da güçlenmesine katkıda bulunalım!

Haydi göreve!

"Kızıl Şafak"a abona bulma yarışmasına katılalım!

"Kızıl Şafak" 15. yayın hayatını doldurmasından ötürü devrimci bir yarışma düzenledi. Bu yarışmalar yerel parti örgütleri arasında "Kızıl Şafak"ın satımını artırma, gazeteye abone bulma ve yazılı anlatım temelinde olmak üzere üç ayrı konu şeklinde yürümektedir. Bu üç ayrı yarışmaya katılıp ve kazananlar için çeşitli armağanlar verilecek. Ancak "Kızıl Şafak" Türkçe Yazı Kurulu'ndaki imkânlarımızın darlığından dolayı biz Türkiyeli okuyucuları "Kızıl Şafak'a abone bulma yarışmasına" katılmaya çağırıyoruz. Bu yarışmaya "Kızıl Şafak"ı okuyan herkes katılmak isteyenler en geç 15 Ağustos'a kadar abone yaptıkları arkadaşların isimlerini aşağıdaki abone fişini doldurarak yazı kuruluna bildirmiş olmaları lazım. Herkes tanıdığını, iş arkadaşını gazeteye abone ederek "Kızıl Şafak"ın en geniş yığınlara ulaşmasını sağlayabilir. Yarışmayı birincilikle kazanan okuyucu Arnavutluk SHC'ye düzenlenen bir geziye katılacak. Diğerlerine ise çeşitli kitaplar armağan edilecek.

"Kızıl Şafak"a abone bulma yarışması

Ben, aşağıda ismi yazılı olanları "Kızıl Şafak"a abone ettim. Bunun için bende yarışmaya katılıyorum.
Abone sayı: ,1982 tarihinden itibaren başlayacak. Aboneler için bilinen genel kurallar geçerlidir.

Yarışmaya katılanın adı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Abone olanın adı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

(Formülü doldurduktan sonra kesip bir zarfa koyarak KŞ adresine gönderiniz)

Irkçı HLA anti-faşistlere karşı saldırılarını artırıyor

HAMBURG. — Kısa adı HLA olan Hamburger Liste für Ausländerbergrenzung'un başta yabancılar olmak üzere tüm anti-faşistlere karşı saldırıları yeni boyutlar kazanıyor. Bilinçli ve adice provokasyona girişen faşistler bildirilerini almayan yabancılara ve Hamburg halkına tehdit savurmakta, hatta fiili saldırılara bile girişmekteler. Anti-faşistler doğrudan NPDli ve ANS adlı faşist örgütleri tarafından yönlendirilen ve onların görüşlerini savunan bu ırkçı insiyatifin yasaklanmasını talep etmelerine karşın SPD ve CDU'nun yardımıyla önümüzdeki günlerde Hamburg'da yapılan belediye seçimlerine katılmasına olanak tanındı.

Hükümetin ve devletin yardım ve desteğini alan faşistler bir taraftan yabancılara karşı panzehirlerini dökerken, öte yandan ise kendilerine karşı olan herkese gözü dönmüşcesine saldırmaktalar. Onların bu saldırılarına uğrayanlardan biri de sakat olan bir İngiliz gazetecisidir.

Sakat olan 47 yaşındaki İngiliz ekonomi gazetecisi Matthew McDonald kapısının mektup deliğinde HLA adlı örgütün bildirisinin içeriye atıldığını görünce kapıyı açarak dışarıda üç erkek ve 15 yaşında bir kızla birlikte bulunan iri yarılı faşistte "Nazi paçavrasını alın tekrar beraber götürün!" diye kinle bağırıyor. Faşist çetenin elebaşısı sakat İngiliz'i içeriye iterek dövmeye başlıyor. Gazetecinin koltuk değneklerini elinden alarak yüzüne gözüne, neresi rastgelirse vuruyorlar. Ancak bu kadarını yeterli görmeyen faşist çetenin iki katili sakat İngiliz'in kolundan tutuyorlar ve bu esnada kızda bir kutuyla yüzüne yüksek zehirli CS-gazı sıkıyor. Daha sonra ise olay yerinden kaçıyorlar.

Fakat faşistler bu kadarını da yeterli görmemiş olmalılar ki, ikinci günü gece Mc Donald'a her saat başına telefon ederek küfürlerini savuruyorlar. Üçüncü günü evinden dışarı çıkarak gezmeye gitmek isteyen gazeteci kırmızı kapısının üzerinde beyaz yazı ile "Yabancılar dışarı!" yazısını görüyor. Bu yazının altına faşistler ayrıca bir de gammalı haç çiziyorlar. Kısa bir süre sonra ise kendisine telefon edilerek "1939 yılında senin gibi aşağılık insanları yaktık! Bunun için de seni sadece dövdüğümüze sevinmelisin. Ama o güzel günler gene gelecek!" diyorlar.

Faşistlerin çıkardıkları olaylardan sadece küçük bir örneği olan bu, bile onların devletin ve yöneticilerin sessizliğinden, daha doğrusu kendilerine karşı hiç adım atmamalarından ne kadar cesaret aldıklarını göstermektedir. KPD'de dahil olmak üzere Hamburglu anti-faşistler, bu Nazi Listesi'ne seçime katılmak hakkı tanındığı taktirde bunların vahşice saldırılarının, katliamlarının yeni bir itilim kazanacağını belirtmiştiler. Evet, işte anti-faşistlerin daha önce söyledikleri bugün ne yazıkki gerçek bir durum halini aldı. Tüm partiler ve devlet bu gerçeği bile bile faşistlerin seçime katılmasına izin verdiler. Çünkü faşistler bugün onlar için yedek bir güç görevini görmekteler. Bunun için anti-faşistler, tüm faşist örgütlerin yasalanması için savaşımı dünden daha da kararlı bir şekilde vermelidirler.

(„HLA terrorisiert die Bevölkerung")

DGB Kongresi sona erdi:

Sosyal ortaklık çizgisinin devamı kararlaştırıldı

2. BÖLÜM

Yazımın birinci bölümünde kısaca DGB Kongresinin hangi konulara açıklık kazandırması gerektiğine değinmiş ve sendikanın solcu kanadının DGB Yönetiminin bazı tutumunu eleştirdiğini belirtmiştik. Şimdi bu bölümde ise kongrenin devamında ele alınan diğer konulara değineceğiz.

DGB Kongresinde yönetimin bazı hatalarını eleştiren IG DruPa sendikasından Detlev Hensche işçi hareketinin şansının kendi hareketliliğinde olduğunu belirtti. HBV sendikasından Götz, DGB'nin sağcı yöneticilerinin silahlanma bütçesini desteklemelerini eleştirdi. Bu eleştirilerin dışında yöneltilen diğer eleştiriler ise bazı DGB yöneticilerinin sendikalar arasında dayanışma sağlanmasını bloke ettiği yönündeydi. Ayrıca SPD/FDP koalisyonuna karşı sendika yönetiminin tavrı mahkum edildi.

Ancak şu an işçi hareketinin can alıcı sorunlarından biri olan işsizlik sorununa ilişkin DGB yönetiminin şimdiye değin izlediği politika üzerine en küçük kayda değer bir tepki dahi gösterilmedi ki, DGB yönetimi işverenlerin rasyonalleştirme dalgalarına sürekli göz yumdu, hatta daha da ileri giderek işyerlerinin kapatılmasını önlemek için kendiğilinden direniş eylemleri örgütleyen işçilerin mücadelesini sabote ettiler.

Ayrıca işsizliğin her geçen gün yeni boyutlara ulaştığı, işyerlerinin ard arda kapatıldığı bir dönemde önemli bir talep olan, tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebinin gerçekleştirilmesinin ne anlamı taşıdığı çeşitli sendikal çevreler tarafından vurgulanmasına karşın DGB yönetiminin sağcı yöneticileri sürekli bu talebi geri plana itti, önemsiz bir talepmiş gibi üzerine sünger çekmeye giriştiler. Kongrede DGB yöneticilerin bu tutumu gerekli olan eştiri tarzıyla ele alınmadı.

Tek tek sorunlara ilişkin olarak kongreye verilen bazı önergeler, örneğin lokavtın kanunen yasaklanması gibi, kesin bir şekilde kararlaştırılmadı ki, kararlaştırılmış ve hayata uygulanacak olsa bu, bile DGB'nin sınıf mücadelesinde bazı sorunlar üzerine doğru bir tutum alması demektir. Bu önergenin yanı sıra IG Metall'ın NATO Ek Silahlanma kararını mahkum eden önergesi de kabul edilmedi.

Kongrede DGB içinde sol kanada dahil olan sendika yöneticileri, DGB Merkez Yönetim Kurulu'nun seçiminde de kesin bir tavır takınmadılar, sadece dillerinin uçları ile bazı sorunları eleştirmekle yetindiler. DGB Merkez Yönetimi tarafından önerilen tüm adaylar, örneğin itibarları zedelenmiş olan Loderer ve Pfeiffer gibileri bile birinci oylamada gerekli oyları toplayabildiler. Bunlara karşı alternativ adaylar gösterilmedi. Hiç kuşkusuz bu da DGB yönetiminin "demokrasi anlayışının" bir ifadesidir.

Kongre, sağcıların bir temsilcisi olan Ernst Breit'i DGB Başkanlığına seçti. Ernst Breit 518 oydan 499'unu toplayarak şidiye değin seçilen DGB Başkanları arasında en büyük oy sayısını aldı. Breit, DGB eski Başkanı Vetter'in sosyal ortaklık siyasetinin tartışmasız bir izleyicisi olduğunu açıkladı.

DGB Kongresinin bir bilançosunu yapacak olursak, bu kongre sosyal ortaklık çizgisinin daha da pekiştirilmesinden, eski kervanın sürmesinden başka hiç bir şeye hizmet etmedi. Eğer muhalefet güçleri, DGB sendika ağalarının sosyal ortaklık çizgisini, sınıf uzlaşmacı çizgiyi tarihin çöplüğüne atmayı ve sendika ağalarını mevkilerinden kovmayı başaramazlarsa, bu kervan böyle sürüp gider.

(„DGB Kongress in Westberlin: Alles sol beim alten bleiben")

Orthmann u. Herbst'te çıkışlara karşı direniş

İşletmenin giriş kapısı zincirlenerek bloke edildi

HAMBURG. — 14 Mayıs sabahı Orthmann und Herbst makina firması işçileri işe geldiklerinde firmanın giriş kapılarının bir zincirle kilitlenmiş olduğunu gördüler. Ayrıca orada asılı olan bir pankartın üzerine de "İşveren kışkırtma yok — Bizim işyerlerimize ihtiyacımız var!" diye yazılı.

Firmanın giriş kapıları dışarıdan herhangi birisi tarafından değil, firmadaki IG Metall Temsilciler Kurulu tarafından bloke edildi. Ve işe gelen işçiler, sendika temsilcilerinin bu eylemlerine hemen katıldılar. Büro emekcileri de sendika temsilcileri ile dayanışmaya girdi ki, onların içeriye girmek için imkânları vardı, ama buna rağmen işçi arkadaşları ile birlikte dışarıda kaldılar.

İşletme yönetimi 26 işçinin çıkışını vermek istiyor. Tabii ki çıkışa gerekçe olarakta "sparişlerin" olmadığını gösteriyor.

İşverenin bu küstahça açıklaması işçilerin sert protestolarına ve kinlerinin bilenmesine yol açtı. Çünkü aynı esnada 530 işçinin çalıştığı firmanın bazı bölümlerinde de fazla mesai yapılıyordu.

Işyeri işçi temsilciliği patronun çıkış verme planına karşı çıkarak işletme yönetimine üretim bölümünde kısa devre çalışmaya gitmesini önerdi. Ne varki işverenin bu öneriye cevabı, 26 kalifiyeli işçinin çıkış mektuplarını vermesi oldu!

İşçi arkadaşlar 24 Mayıs'ta üç saat boyunca eylemlerini sürdürdükten sonra demokratik bir şekilde oylamaya giderek grevin toptan sona erdirilmesini kararlaştırdılar. Sonra kapıdaki zincir kesilerek, giriş kapılar açıldı.

İşçilerin çıkışlara karşı toptan direnişe geçmeleri ve kararlı bir şekilde eylemlerini sürdürmeleri patronun yüreğine korku saldı. Bunun için de eylemin hemen ardından çıkışlar üzerine işyeri işçi temsilciliği ile yeniden görüşmeyi kabul etti.

(„Widerstand gegen Entlassungen bei Orthmann u. Herbst")



Hamburg Still firmasında protesto grevi

"Tüm işyerlerinin korunması için mücadele!"

HAMBURG. — 24 Mayıs pazartesi günü Hamburg Still firmasında çalışan 1200 işçi öğle molasından sonra bir saat süren uyarı grevi yaptı. İşçi arkadaşlar bu eylemleri ile üretimin bir bölümünün başka yere aktarılmasını ve bunun bir sonucu olarakta 116 işyerinin yok edilmesini protesto ettiler.

Protesto eyleminin bu ortamda yapılmasına özellikle de Ekonomik Kurul'un toplantı yapması yol açtı. İşçiler iki kol halinde harekete geçerek İdare binasının önünde buluştular. Grevdeki işçiler en önde şu pankartları taşıyorlardı: "Kısmen aktarma = Still'in taksim taksim kapatılması demektir — Bunun için planın geri alınmasını talep ediyoruz! — Tüm işyerlerinin korunması için mücadele!" ve "Tüm işyerlerinin korunması için mücadele — Tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası!"

Greve giden işçiler, işyeri işçi temsilciliğinden ve işletme yönetiminden rasyonalleştirme planları ve görüşmelerin durumu üzerine bilgi verilmesini talep ettiler. İşletmenin bir sözcüsü alçakca manevralara başvurarak, çıkışların verilmeyeceğini iddia etti. Ancak o bir taraftan bu açıklamayı yaparken, öte yandan ise işletmenin gerçekten bir bölümünün kapatılacağını ve 116 işyerinin yok edileceğini açıkladı.

İşletme sözcüsünün yaptığı bu açıklama, arkadaşların işyerini koruma mücadelelerinde haklı olduklarını bir kez daha doğruladı. Öte yandan işyeri işçi temsilciliği başkanı Drost, işçilerin işyerlerini korumak amacıyla başlattıkları mücadeleyi yenilgiye uğratmak için sahte bir şekilde "işçilere protesto edebilirsiniz, ama sessiz olun ve makinalara saldırmayın" dedi. İşyeri işçi temsilciliği başkanının bu söyledikleri tam da patronların dilinden değil mi?

İşçilerin işyerlerini korumak için, ve rasyonalleştirme dalgasına karşı durmak için başlattıkları savaşım makinalara saldırma olarak nitelendirilmekte!

Eylemin başlamasından yaklaşık 40 dakika sonra işçiler işletme idare binasının önünden ayrıldılar. Elbetteki Still patronlarının ve işçi temsilciliği başkanının istediği gibi tekrardan işbaşı yapmak için değil, aksine onlar kapatılması öngörülen işletme bölümüne doğru yürüdüler.

Bu bölümde bir arkadaş konuşma yaparak işletmedeki işçilerin tümünün dayanışmaya girmesine teşekkür etti. Arkadaş, konuşmasında Hamburg'ta çeşitli işletmelerdeki toptan çıkış planlarına değinerek, bir sosyal plan hazırlanarak tazminatların verilmesiyle, yeni işyeri bulma şansının mevcut olmadığını belirtti. Eylem bir saat sonra sona erdi.

(„Proteststreik bei Still Hamburg")

Hamburg Still İdaresinin tutumu ve 24. 5 tarihindeki grevin amacı

İşletme yönetimi 10 Mayıs'ta işyeri işçi temsilciliğine torhanenin kısmen kapatılacağını bildirdi. Şimdiye değin bu bölümde üretilen parçaların en geç 1983'ten itibaren Aschaffenburg (WGA) firmasından temin edilmesi öngörülmektedir. Still GmbH gibi WGA işletmesi de Linde tekelinin bir şubesidir.

İşletmenin tornahane kısmının kapanması ile birlikte toplam olarak 116 işyeri de yok edilecektir. Still patronları en az 50 işçinin çıkışını vermek istiyorlar. Patronlar, çıkışların verilmesine gerekçe olarak, her tarafta gösterilen aynı gerekçeyi, yani işyerinin rasyonalleştirilmesiyle 4 milyon Mark tasarruf edebileceklerini göstermekteler.

Bugün işletmenin bir kısmının kapatılmak istenmesi uzun vadede Linde tekeli patronlarının tüm işletmede rasyonalleştirmeye gideceklerinin bir göstergesidir. Alınam bir dizi tedbir tornahane üretim bölümünün Aschaffenburg'a aktarılması ile uzun vadede Hamburg şubesinin tamamen kapatılacağına işaret etmektedir.

Hiç kuşkusuz Linde kapitalistleri için üretimi sadece bir bögede yapmak daha fazla kâr getirmektedir. Ve patronların kıstası da sürekli kâr elde etmek olduğundan dolayı, kendileri için kârlı olan yolu seçeceklerdir.

Still sendika temsilcileri, işletmenin bir kısmının kapatılacağı üzerine haberdar edilmelerinin ikinci gününde "Sendika Temsilcileri Kurulu'nun 1. bildirisini" çıkardı, Bu bildiride şuna yer verilmekte: *"Tornaheninin kapanmasının diğer bölümler içinde etkisinin olacağı kaçınılmazdır. Bunun için bu durumdan herkes etkilenmektedir. Şu an 'sadece' 116 işyerinin yok edileceğinden bahsedilse bile, işçiler işyerlerini korumak için harekete geçmelidirler. (...)*

Eğer biz işyerlerini korumak için savaşırsak, bu hızlı ve aşırı kâr elde etmek isteyen işverenlerin hedefine karşı bir mücadele olacaktır. Bura da da gündem de azami kârların karşısında işyerleri (bizim geçim kaynağımız) bulunmaktadır"

Torhane kısmının kapatılmasından doğrudan etkilenen arkadaşlar haberi öğrendikler günden beri sessiz kalmamaktalar. Onlar, daha aynı günü bir işyeri toplantısı yaptılar ve buna karşı mücadele önlemlerinin alınması üzerine durdular.

KPD Delegasyonu AEP ile görüştü

Arnavutluk Emek Partisi ile görüşme yapmak için Ernst Aust (KPD Başkanı) ve Horst-Dieter Koch (Politik Büro üyesi) yoldaştan oluşan partimizin delegasyonu bir hafta Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nde bulundu. Tiran'da yapılan bu görüşmeye AEP'yi temsilen Ramiz Alia (Politik Büro üyesi ve Merkez Komitesi sekreteri), Behar Stylla (Merkez Komitesi üyesi) ve Agim Popa (Yurt dışı bürosu müdürü) yoldaşlar katıldılar.

Her iki parti de kendi ülkelerindeki durum ve mücadele üzerine genel bir bilgi verdiler. Görüşmelerin konusunu özellikle de komünist partilerin mücadelesinin bugünkü sorunları (sendika politikası, birleşik cephe politikası vb.) oluşturuyordu. Görüşmeler samimi ve kardeşçe bir hava içinde ve her iki kardeş partinin ilişkilerini karakterize eden enternasyonal birlikte çalışma ruhuyla sürdürüldü.

(„Beratungen mit der PAA")

AEG'de rasyonalleştirme dalgası:

1982 yılı içinde 6000 işyerinin yok edilmesi öngörülüyor

AEG-Telefunken firmasında son üç yıl içinde patronların kâr çıkarlarından ötürü acımasızca rasyonalleştirmeye gitmelerinin sonucunda 30 000'den fazla işyeri yok edildi. AEG-Telefunken patronları bu yıl içinde de 6 000 işyerini yok ederek işçileri açlık ve sefaletle başbaşa bırakmak istiyorlar.

Dünya çapında dev bir elektrik tekeli olan AEG senelerden beri kendisi ile rekabet içinde olan firmanın arkasında ineklemektedir. Ama buna rağmen, büyük bankalar tekelin kârlarından daha da fazla faiz almaktalar. İşte bunun için AEG patronları bu duruma son vermek ve dünya çapında pazardaki rekabetçilerini alt edebilmek ve tekelin azami kâr getirmesini sağlamak için geniş bir rasyonalleştirmeye girişmek istiyor.

1979 yılında 154 300 işçi çalıştıran AEG tekelinde bu sayı geçen yıl 123 700 civarındaydı. Böylece bu, AEG kapitalistlerinin son üç yıl içinde 30 600 emekçiyi sokağa atmış olmaları demektir.

AEG kapitalistlerinin hesabı, üretim masraflarını düşürerek azami kârları elde etmek olduğundan dolayı işletmede daha yoğun bir şekilde rasyonalleştirme planlarının sonucu bu yıl içinde 4000'i Batı Berlin ve Batı Almanya'da olmak üzere dünya çapında 6000 işyerinin yok edilmesi öngörülmektedir.

(„Rationalisierungsfeldzug bei AEG geht weiter")

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.**

Arnavutluk Sendikalar Birliği 6 Haziran'da 9. Kongresini yapacak!



Arnavutluk'tan mektup var

Bu sayı ile birlikte "Kızıl Şafak"ta gelecekte düzensiz aralıklarla "Arnavutluk'tan mektup var" başlığı ile yazılar yayınlamaya devam edeceğiz. Bu yazılar doğrudan Tiran muhabirimiz Johannes Vetter tarafından gönderilecektir. O, Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nde gelişen güncel olaylar, yapılan eylemler ya da sosyalist ülkede toplumsal yaşamın tek tek sorunları üzerine gelişmeleri birlikte yaşayarak en canlı örnekleri ile bize bildirecek. Bu başlık altında ilkin yayınladığımız mektup "Tiran'da 1 Mayıs yürüyüşü" üzerine idi. Şimdi bunu 6 Haziran'da Arnavutluk Sendikalar Birliği'nin 9. Kongresi'nin başlaması vesileyle, Tiran muhabirimizin gönderdiği mektubu biraz geçikmiş olsa da yayınlayarak devam edeceğiz. Çünkü bu mektupta sendikaların kongreye nasıl hazırlandığına yer verilmektedir.

Sevgili "Kızıl Şafak" Okuyucuları!

Aslında son olarak gönderdiğim uzun mektubun ardından hemen böyle alelacele gene yazmak istemiyordum, ama bu sabah kahvaltı molasında gazeteyi açtığımda niyetimden vaz geçmek zorunda kaldım. Çünkü Arnavutluk'ta AEP 8. Parti Kongresi'nden sonra önemli bir gün daha yaklaşıyor. ATA Ajansının verdiği bir habere göre 15 Mart'ta Tiran Kültür Sarayı'nda Arnavutluk Sendikalar Birliği Merkez Kurulu (GVA) plenumunu yapıyor. AEP Politik Büro üyesi ve Arnavutluk Sendikalar Birliği Başkanı Rita Marko, "GVA'nın 9. Kongresi'nin toplanmaya çağrılması ve AEP 8. Parti Kongresi kararlarının hayata geçirilebilinmesinde işçi sınıfının rolünü daha da yükseltmek için önümüzde duran görevler üzerine" rapor sundu.

GVA 9. Kongresi 6 Haziran 1982, Pazar günü başlayacak ve Tiran'da yapılacak.

Merkez Kurul plenumu, kongrenin hazırlanması için şu kararları aldı: Nisan ayında tüm işletmelerde ve kuruluşlarda bölge konferansı için sendika yönetimlerinin ve delegelerin seçilmesi lazım. 20 Mayıs'a kadar tüm bölge ve il genel kurullarının yapılmış olması gerekmektedir. İl genel kurulunda, il yönetiminin yanı sıra kongre için delegelerin seçilmeside öngörülmektedir.

Hiç kuşkusuz sosyalizmde sendikalar ile kapitalizmde sendikalar arasında hiç bir fark gözetmeksizin birbiriyle karşılaştıramayız; çünkü biri işçi devleti ile sıkı sıkıya birlikte çalışırken, (fakat hiç bir şekilde onunla kaynaşmaması lazım) ötekisi ise devlete karşı faaliyet sürdürüyor ya da sürdürmelidir. Ancak her iki toplumsal sistemde de sendikaların bir ortak yanı vardır; burada olduğu gibi orada da onlar işçi sınıfının mücadele örgütleri olmalı, burada işçi iktidarının devamı ve sağlamlaşması için savaşım vermeleri gerekirken (Çünkü bu kendiliğinden yürümüyor ve hele hele işçi sınıfı olmaksızın hiç yürümez), orada ise sermaye ve devlet tarafından ayaklar altına alınan işçi çıkarlarını savunması ve gerçekleştirmesi gerekmektedir.

GVA'nın temel görevinin ne olduğunu sorarsak, bunu hemen cevaplayabiliriz: emekçilerin komünist eğitimi, bunun altında bugün tabii ki bir çok şey anlaşılabilir, çünkü bugün sayısız "komünizm modelleri" var ve su götürmez bir şekilde işçi katili Jaruzelski'de aynı şiarları ağzında geveleyip durmaktadır. Elbetteki onun eğitim ya da daha doğrusu yetiştirme cihazı top namlusudur. Peki Arnavutluk'ta bunun altında ne anlaşılmakta? Bunun cevabını "Zëri i Popullit"in (AEP Merkez Yayın Organı, KŞ) bugünkü sayısı bize veriyor: *"Emekçilerimizin ideolojik, siyasi, kültürel ve mesleki genel seviyesi ne kadar yüksek olursa, onlar o denli de ülkenin tüm alanlarında, örneğin üretim bölümünde, devlet işlerinin ve toplumsal işlerin yönetiminde (...) görevlerini daha iyi bir şekilde yerine getirebilirler."*

İşte bu, Arnavutluk'ta toplumsal yaşamın tümünde geçerolan genel bir yasadır. Bu yasanın uygulanmasının hiç bir zaman son bulması düşünülemez, çünkü görevler ve sorunlar giderek daha da dallanıp budaklanmakta ki, burada da işçi sınıfının kitle örgütlerinin eğitim çalışması önemli bir rol oynar.

"Zëri i Popullit"in bugünkü sayısında komünist eğitimin daha başka ne anlama geldiğini okumaya devam edelim: "(...) her sendika üyesi, ister kendisinin isterse iş arkadaşının hataları olsun, bunlara karşı, yöneticilerde gevşekliğin, beceriksizliğin, bürokratizmin, ve liberalizmin belirmesine ve parti direktiflerini hayata geçirmede karşılaştığı her engele karşı uzlaşmaz bir tavır takınmalıdır."

Burada da görüldüğü gibi, sendikalar sosyalizmde de işçi sınıfının **mücadele** örgütleridirler ve olmalıdırlar da.

Partimiz, KPD 3. Parti Kongresinden bu yana işçilerin ekseriye pratikten öğrendiğini daha iyi kavramaya başladı; elbetteki bunun için propagandamızı sürdürmekten vazgeçmedik, ama onu idealize etmeye son verdik. Bunun aynısı sosyalizm içinde geçerlidir. Propaganda burada da önemli olmasına (ve sosyalizmde tüm kitle iletişim araçlarında yapılmasına) rağmen, gene belirleyici etkeni pratik oynamaktadır. Zaten bugüne değin sosyalizmi sözlerle kurmayı ya da savunmayı hiç bir kimse başaramadı.

Uzun zamandan beri Arnavutluk'ta devrimci hareketlerin ve girişimlerin güzel örneği sürdürülmektedir. Bu girişimler pek nadir parti yönetimi tarafından başlatılmakta; ilkin tek tek işyerlerinin personeli tarafından geliştirilen ve daha sonra ise faydalı bir şey olduğu açığa çıkan her türlü girişim parti tarafından tüm ülke çapına yaygınlaştırılmaktadır. 8. Parti Kongresi'nin ardından örneğin cereyandan, petrolden, hammaddelerden vs. tasarruf yapabilmek için sayısızca devrimci girişimler oluştu. İşte bu noktada Sendikalar Birliği ve sendikacılar da bu girişimlerde yer almalıdırlar, çünkü tamda devrimci yeni ile bürokratizm, işi oluruna bırakma, gevşeklik ve toplumun ilerlemesini engelleyen diğer şeyler keşfedilmekte ve hedeflenmektedir.

Sendikalar Birliği'nin teorik eğitimin pratikle en yakın ilişkisini kurması gerektiğini bir tarafa bırakalım, teorik eğitimde bile var olan eksikliklerin giderilmesi için çalışması gereklidir. "Zëri i Popullit" bu konuda şöyle diyor: *"8. Parti Kongresi tarafından Sendikalar Birliği için tespit edilen görevler, sendika örgütlerinin eğitim çalışmasını daha da düzeltmesini, onu somut olarak sürdürmesini ve hayatla yakın bağını kurmasını gerektirmekte, onların, eğitim çalışmasında işin oluruna bırakılmasına, takribi bir yaklaşımın yapılmasına, şekilciliğe karşı savaşım vermesini ve sınıfın seviyesini, çıkarlarını, taleplerini, yeni durumu, ve görevleri hesaba katan oldukça canlı, yatkın ve çok çeşitli çalışma tarzının kullanılmasını gerekli kılmaktadır."*

Adı geçen "Zëri i Popullit" makalesinde devamla şunun söylenmesi sorunun daha açık bir şekilde anlaşılmasını sağlamaktadır: *"Bu kongrede, her zaman ülkenin tüm sorunları üzerine önemli sözünü söyleyen işçi sınıfının bir kez daha sesi yükselecektir, başında Enver Hoca yoldaşın bulunduğu Emek Partisi ile birbirine sıkı sıkıya bağlı bulunan, iktidarı elinde bulunduran sınıfın sesi yükselecektir. Kongre, işçi sınıfının ve diğer emekçilerin bir mücadele örgütü olan Sendikalar Birliği'nin rolünün daha da yükseklere çıkarılmasına katkıda bulunacaktır"*

6 Haziran'a kadar sabırsızlıkla beklenilmeli — belki bir ya da diğer okuyucu bu tarihte izinini Arnavutluk'ta geçirmek isteyecektir. Öyleyse, gene gelecek sefere yazışmak üzere, hoşça kalın!

Johannes Vetter

ARNAVUTLUK'TA İŞÇİ DENETİMİ

Polonya'da general Jaruzelski işçi hareketine karşı saldırıya hazırlandığında, bunun "karşı devrimci faaliyeti" tasfiye etmek için gerekli olduğunu açıkladı. Bu generalin ve onun arkasındaki güçlerin "karşı devrimci", "anti-sosyalist" diye adlandırdıkları şeyler, örneğin Solidarność sendikasının işyerlerinde belirli denetleme organlarının işçilerin eline verilmesi, diğer bir deyişle işletme müdürlerinin seçimi hakkında işçilerin karar verme hakkını gerçekleştirme girişimidir.

Demekki kendisine sosyalist adını veren Polonya hakim sınıfları şeytanın zem zem suyundan korktuğu gibi kendileri de işçilerin her türlü denetiminden ya da söz sahibi olmasından korkmaktalar. Kuşkusuz onlarda bu korkunun olmasının nedeni vardır: Bu da kağıt üzerinde "iktidar sahibi olan" işçilerin sırtından bir avuç kapitalist sömürücü ve asalak sınıfın saltanatını sürdürmek istemesidir. İşte işçilerin sırtından edindikleri kârlarını daha da artırmak, saltanatlarının devamını sağlayabilmek için geçen yılın aralık ayında yaşandığı gibi Polonya hakim sınıfları işçilerin üzerine panzerlerle gitmekte, silahların namlusunu onlara çevirmekteler.

Tüm bunların sosyalizmle yakından uzaktan bir bağı yoktur. Tartışma götürmez bu gerçeği bugün sosyalizmin gerçek kalesi Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti çok açık bir şekilde doğrulamaktadır. İşçi sınıfının gerçekten iktidarda olduğu bu ülkede, sosyalist sistemin işlerliğinde kimin söz hakkına sahip olduğunu somut olarak ortaya koymaktadır. Buna ilişkin yukarıda bahsettiğimiz işçi denetimi sorununu ele alalım. Arnavutluk'ta üretimde ve toplumsal yaşamın diğer alanlarında işçilerin denetimi sağlamak için somut olarak hangi hakları var?

Bu ülkede artık uzun zamandan beri pekişmiş bir araç haline gelen önemli kontrol aracından biri işçilerin ve köylülüğün denetimidir. Tüm sanayii işletmelerinde, ziraatta, tarım kooperatiflerinde işçi ve köylü denetimini sağlayacak gruplar oluşturulmakta. Bu gruplar istisnasız sadece ve sadece üretimde yer alan işçilerden, kooperatif köylülerinden oluşmaktadır. Bu gruplar parti yönetimleri tarafından değil, aksine doğrudan işçiler ya da kooperatif köylüleri tarafından seçilmekteler. Bu denetim görevinde önemli bir nokta da, her yıl denetleme grubuna seçilen üyelerin üçte birinin yeniden seçilmesidir. Böylece bir çok emekçi denetleme görevinde, ülkenin yönetiminde yer alma olanağını elde etmektedir.

Peki bu denetleme gruplarının görevleri nelerdir? Bu grubun başlıca görevini, işçi iktidarın ve dolayısıyla da emekçilerin çıkarını hedefleyen tüm eğilimlere karşı savaşım vermek oluşturmaktadır. Örneğin bu eğilimlere bürokratizmi, sosyalist mülkiyetteki düzensizliği, sosyalist yasaların çiğnenmesini, şahsi açgözlülüğü sayabiliriz.

Sosyalizm "kapalı bir kutu değildir". Nitekim yukarıda sıraladığımız eğilimler pekâlâ burada da ortaya çıkabilmektedir. Bunun için sorunu, bunların çıkmasına ve boy atmasına göz yummak mı, yoksa bunlara karşı titizlikle ve uzlaşmaz savaşım vermek mi oluşturmaktadır. Geçmişte sosyalist ülke olan Doğu Almanya, Polonya gibi ülkelerde bu tür eğilimlerin sistemleşerek bir sistem haline gelmesi ve dolayısıyla bu ülkelerde kapitalist restarasyona yol açmasından Arnavut komünistleri dersler çıkardılar. İşte bunun için dir ki, bugün Arnavutluk'ta nerede bir şey olurunda değilse orada işçi ve köylü denetleme grupları harekete geçer.



Korça tekstil fabrikasının birinde bir grup kadın işçi, İl Sağlık İşlerinin denetimine hazırlanıyor.

Bu denetleme gruplarının yetkileri oldukça kapsamlıdır. Onlar denetledikleri bölümde tüm dosyaları vb. belgeleri gözden geçirme haklarına sahipler. Denetledikleri alanda herkes kendilerine hesap vermeye mecburdur. Bu yolla bu denetleme grupları sadece bir takım olumsuzlukları açığa çıkarmamakta, aynı zamanda bu olumsuzlukların bertaraf edilebilmesi için adım atabilmektedir. Çünkü onların denetledikleri alanda önlemler alma ve gerekli görüldüğünde personelde değişikliğe gitme hakları vardır. Örneğin bir denetleme grubu her hangi bir işyerinde denetim görevini yerine getirmek istiyorsa, bunu hiç bir şekilde önceden bildirmeden yapmakta ve eğer bu işyerinde yönetici kadroların görevlerini tam olarak yerine getirmediğinin kanısına varırsa, orada söz konusu kadroların görevinden alınmaları için etki yapabilir.

Denetleme gruplarının denetim faaliyeti sadece kendilerinin çalıştıkları işletmelerle ya da kooperatiflerle sınırlı değildir. İl çerçevesinde bir işçi ve köylü denetleme grubu seçilmektedir. Ve bu denetleme grubu ilde bulunan tüm işletmeleri denetlemekle yükümlüdür. Bu gruptüm devlet organlarını, sağlık dairelerini, okulları, sanayii işletmelerini vb. alanları denetler. Bu gruplarla sadece bir işyeri ya da kooperatif çerçevesinde denetim görevini yerine getiren denetleme gruplarının hakları eşittir.

Verimli bir çalışmanın yapılabilinmesi için başlıca faktör, işçi ve köylü denetleme grupları üyelerinin kapsamlı olarak görevlerine hazırlanma haklarının olmasıdır. Bu hazırlık gerekli olan bir şeydir. Çünkü, eğer denetim grubu yüzeysel bir denetleme yapmak istemiyorsa, denetleyeceği alan üzerine önceden kapsamlı bilgi edinmesi lazımdır. Bu tür bilgileri denetleme grubunun üyeleri özel kurslarda edinebilmekteler. Ayrıca bu gruplar görevlerini yerine getirebilmek için uzmanları da çalışmalarına katma hakkına sahipler.

Arnavutluk'ta bugün işçi ve köylü denetimini hemen hemen bir kitle hareketi olarak değerlendirebiliriz. On binlerce emekçi çeşitli denetleme gruplarında yer almakta. Böylece aktiv olarak ülkenin yönetimine katılmakta ve dolayısıyla da yönetmekte. İşte burada oldukça büyük bir öneme sahip olan işçi-köylü denetleme organları, emekçilerin yönetimde yer almalarının, söz sahibi olmalarının doğrudan yönetmelerinin sadece bir biçimidir. Ve bu organlar ne komünist partisiyle ne de devlet cihazı ile çelişmektedir. Çünkü sosyalist Arnavutluk'ta parti ve devlet işçi iktidarının aygıtlarıdırlar. Ama buna rağmen işçi-köylü denetleme organları gereklidir. Çünkü bu organlar aracılığıyla gerçekten emekçilerin o ülkenin efendileri olması doğrudan garanti altına alınabilmekte, işçi ve kooperatif köylüleri, işçi iktidarını yıkmayı amaçlayan, kapitalist restorasyona yol açabilecek bürokratizme, liberalizme vb. eğilimlere karşı uyanık olmakta ve bu zararlı eğilimlerin bertaraf edilmesi için bilakis kendileri aktiv bir şekilde savaşımda yer alabilmekteler.

(„Arbeiterkontrolle in Albanien")